Veröffentlichungen
des Stadtarchivs
Nr. 4

Ernst Lämmle

# Die Gmünder Juden

**Wege und Schicksale 1861–1945**

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2023

Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd

Ernst Lämmle

# Die Gmünder Juden

## Wege und Schicksale 1861–1945

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2023

Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2023

Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Gmünd
©1979 Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
Schriftleitung und Redaktion: Stadtarchivrat Dr. K. J. Herrmann
7070 Schwäbisch Gmünd
Stadtarchiv, Augustinerstraße 3

Bearbeitung:
Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH, Schwäbisch Gmünd
Gesamtherstellung
Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

ISBN 3-921703-25-5

## Inhaltsverzeichnis


Vorwort 6

Die Juden im Königreich Württemberg 9

**Die Anfänge der Gemeinde in Gmünd** 13

Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg 23
Integration in die Gmünder Gesellschaft 26

**Erster Weltkrieg und Weimarer Zeit, Statistik des Jahres 1933** 31

Die Juden im Ersten Weltkrieg 31
Auf dem Weg zu einem eigenen Gotteshaus 34
Trennung von Oberdorf 39
Veränderungen in den zwanziger Jahren 40
Geschäftliche Niedergänge 43
Liste der Gmünder Juden 1933 47
Jüdischer Grundbesitz 1933 54
Über religiöses Leben und Brauchtum 56

**Diskriminierung, Verfolgung und Tod in der NS-Zeit** 58

Die Anfangsjahre des Dritten Reiches 58
Zuzüge ab 1934 nach Schwäbisch Gmünd 62
Die Nürnberger Gesetze und ihre Auswirkungen 63
Die Auswanderung der Juden 64
Schicksale der jungen Gmünder Juden 70
Die Reichskristallnacht in Schwäbisch Gmünd 77
Das Ende der Gemeinde 80
Umquartierung in Schwäbisch Gmünd 87
Die erste Deportation 91
Die „Endlösung der Judenfrage" 98
Der Nachlaß der Verschleppten 102
Das „Altersghetto" Theresienstadt 105
Weitere Einzelschicksale 111
Liste der deportierten Juden aus Schwäbisch Gmünd 113

Anmerkungen 117

Quellen- und Literaturverzeichnis 121

## Vorwort

Anfang der sechziger Jahre wuchs plötzlich wieder das Interesse an der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland, namentlich als durch den Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß schreckliche Einzelheiten über die Verfolgung und Ausrottung von Polen und Juden in den von Deutschen besetzten Ostgebieten bekannt geworden waren. In dem Jahrzehnt zuvor waren diese Dinge zurückgetreten: man hatte die NS-Zeit mit KZ und Judenverfolgung abgeschüttelt, hätte sie am liebsten vergessen und gab sich stürmisch dem Wiederaufbau und dem wirtschaftlichen Aufstieg hin.

In der Zeit des wieder erwachten Interesses kam eines Tages ein Student zu mir – ich war damals Dozent an der eben errichteten Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd – und wollte über Judentum und Antisemitismus eine Zulassungsarbeit für die erste Dienstprüfung schreiben. Es war Herr Joachim-Albrecht Grimm. Ich gab ihm den Rat, sich auf die Gmünder Juden zu beschränken, ihrer Vergangenheit nachzugehen und ihre Schicksale im Dritten Reich zu erforschen. Daraus ist dann eine recht beachtliche Untersuchung geworden. Grimm hat viel Stoff zusammengetragen, manche Zeugen gehört und mit einer Reihe von ehemaligen Gmünder Juden korrespondiert.

Seitdem hat mich das Thema „Gmünder Juden" nicht mehr losgelassen. Ich habe selbst Nachforschungen auf diesem Gebiet angestellt, konnte neues Material erschließen und bin weiteren Fragestellungen nachgegangen. Daraus ist in den Jahren 1964–1967 eine Reihe von Aufsätzen entstanden, die in der Beilage „Heimat im Stauferland" der Gmünder Tagespost erschienen sind. Außerdem habe ich auf der Immatrikulationsfeier des Sommersemesters 1966 eine Rede gehalten zum Thema: „Die Gmünder Juden, eine historisch-soziologische Betrachtung."

Meine Untersuchungen sind damals nicht zu Ende geführt worden, andere Aufgaben traten in den Vordergrund. Namentlich konnte ich die NS-Zeit in Gmünd noch nicht im einzelnen untersuchen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen, und so kann ich heute die gesamte Darstellung von den Anfängen der jüdischen Gemeinde im vorigen Jahrhundert bis zu ihrem Ende in der Zeit des Nationalsozialismus vorlegen. Die Arbeit enthält auch die Liste der Gmünder Juden vom Jahre 1933 und die Liste der Opfer der Verfolgung.

Die Gmünder Juden der früheren Jahrhunderte der Reichsstadtzeit bleiben hier außer Betracht.

Ich möchte ein Wort des Dankes sagen an alle die Stellen, die mich bei der mühseligen Suche nach den Spuren der Gmünder Juden unterstützt haben: den städtischen Ämtern, allen voran dem Stadtarchiv und seinem rührigen Leiter, Herrn Dr. Klaus-Jürgen Herrmann, sowie dessen Mitarbeitern, dem Landratsamt, dem Finanzamt und dem Grundbuchamt. Sodann dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Leiter der Dokumentationsstelle, Herrn Archivdirektor Dr. Paul Sauer, der bereitwillig Fingerzeige und Auskünfte gab. Insbesondere danke ich der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Schoch, daß sie die Drucklegung dieser Arbeit ermöglichte. Wertvolle Einsichten verdanke ich auch dem Briefwechsel mit den ehemaligen Gmünder jüdischen Mitbürgern in der Ferne.

*Ernst Lämmle*



*Einweihung der Synagoge 1926: Ansprache des Religionslehrers Hermann Uhlmann*
*Die Gmünder Juden tragen die Thora-Rollen, von rechts nach links: Carl Rothschild, Abraham Kahn, Gustav Mayer, Margot Gutmann, Hermann Uhlmann, Alfred Meth, Siegfried Gutmann, mit dem Rücken Landesrabbiner Dr. Paul Rieger*

# Die Juden im Königreich Württemberg

Gegen Ende des Mittelalters herrschte große Judenfeindschaft im deutschen Südwesten. Zumeist waren es wirtschaftliche Gründe, die diesen Judenhaß entfachten. Die Juden hatten vielfach eine führende Stellung im Handel errungen und man warf ihnen „Wucher' vor; sicher wirkte auch die alte Abneigung gegen die „Christusmörder" nach. Im Jahre 1498 wurden die Juden aus dem Herzogtum Württemberg vertrieben. Die Reichsstadt Gmünd folgte bald nach und erlangte 1501 von Kaiser Maximilian die „Ausschaffung" der Juden aus ihrem Gebiet, zunächst befristet auf zehn Jahre. 1521 erklärte Karl V. die Austreibung der Juden aus Gmünd „auf ewig". 1507 wies die Reichsstadt Nördlingen die Juden aus ihren Mauern, auch Bopfingen mußten sie verlassen. Wohin sich die Juden nach ihrer Ausweisung wandten, ist im einzelnen nicht bekannt. Ein Teil von ihnen wanderte ab in die weiten Räume Osteuropas, nach Polen und Rußland, andere fanden im Gebiet benachbarter Fürsten und Reichsritter Zuflucht, so bei den Grafen von Öttingen, die in Wallerstein ihren Sitz hatten. Auch der Deutsche Orden gestattete den Juden die Niederlassung. Zum Teil war es wohl Menschenfreundlichkeit, die dabei eine Rolle spielte: ein damaliger Graf von Öttingen war ausgesprochen judenfreundlich gesinnt, oft aber waren es finanzielle Erwägungen: die Juden standen dann im Schutz dieser Herrschaften, sie waren Schutzjuden, und als solche konnte man sie kräftig besteuern.

So entstanden im 16. und 17. Jahrhundert im Gebiet der Öttinger, die sich in mehrere Linien verzweigten, Judensiedlungen in Oberdorf bei Bopfingen, in Flochberg, Aufhausen, Pflaumloch, Wallerstein und Harburg. Das Territorium der Grafen von Öttingen lag ja, von heute aus gesehen, teils in Bayern, teils in Württemberg. Ebenso bildete sich im Deutsch-Ordens-Städtchen Lauchheim eine jüdische Gemeinde. Aus diesen Gemeinden kommen dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ersten jüdischen Zuwanderer nach Gmünd.

In den ländlichen Gemeinden hatten die Juden lange Zeit ein gedrücktes Dasein. Sie lebten sehr beengt, ihre Häuser in Aufhausen und Oberdorf waren überfüllt. In ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit waren sie hauptsächlich auf den Handel verwiesen. Das Handwerk war ihnen versperrt. Viele lebten sehr kümmerlich vom Schacherhandel, d. h., sie zogen umher als Hausierer und Trödelhändler, liehen auf Faustpfänder

und betrieben das Viehverstellen. Andere waren Viehhändler, Getreide- und Lederhändler, einige waren auch im Geldhandel tätig.

Jahrhundertelang war die Reichsstadt Gmünd „judenfrei" gewesen, bis 1802. Nur gelegentlich und vorübergehend hatte man Juden wieder zugelassen. Es gab in der Stadt noch immer den ehemaligen Wohnbezirk der Juden, wo sie einst im Ghetto gelebt hatten, den „Judenhof", und er hieß so bis 1936. Dort stand auch die ehemalige Synagoge, die 1788 wegen Baufälligkeit abgebrochen wurde.

Württemberg erfuhr in der Zeit der Französischen Revolution und Napoleons einen großen Gebietszuwachs. Vom Herzogtum über das Kurfürstentum stieg es auf zum Königreich. In den neuwürttembergischen Teilen gab es zahlreiche Judengemeinden, die jahrhundertelang unter der Schutzherrschaft des Adels gestanden waren und nun mit den Reichsstädten und geistlichen Territorien unter die Herrschaft des Königs von Württemberg kamen. Die Juden lebten je nach bisheriger Regelung unter sehr verschiedenen Rechtsverhältnissen. Schon König Friedrich hat sich hier um Vereinheitlichung bemüht. Diese erfolgt dann 1828 durch das grundlegende „Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen." Dieses Gesetz war in seiner Zielsetzung ein Erziehungsgesetz; es wollte die Juden zu nützlichen Bürgern und Untertanen machen. Es enthielt Vorschriften über Beschränkungen im Schacherhandel und wollte die Juden einer geregelten Tätigkeit in der Landwirtschaft oder im Handwerk zuführen. Nur die auf diese Weise „gebesserten Juden" sollten in den württembergischen Staatsverband aufgenommen werden. In dieser Richtung sind dann auch einige Erfolge zu verzeichnen. In den folgenden Jahrzehnten geht die Zahl der Schacherhändler beträchtlich zurück. Vieh-, Pferde- und Landesproduktenhändler, Inhaber von Textil- und Gemischtwarengeschäften und ein kleiner Stamm von Handwerkern treten an ihre Stelle. Das Gesetz stellt eine Stufe dar im sozialen und kulturellen Aufstieg der Juden.

Es enthält auch genaue Vorschriften über die Bildung und Gestaltung der jüdischen Religionsgemeinden, sowie über die Schulpflicht der jüdischen Kinder. Nach dem Vorbild der evangelischen Landeskirche sollten die Juden, obwohl sie nie eine Kirche waren, nun Kirchengemeinden bilden „zum Zwecke der gemeinschaftlichen Gottesverehrung". Jeder württembergische Jude gehörte künftig einer solchen Kirchengemeinde an. Die Gottesdienste in den Synagogen leiteten Rabbiner, deren Amtssprengel häufig mehrere Gemeinden umfaßte. Die Ernennung der Rabbiner behielt sich die Regierung vor, die von den Bewerbern ein abgeschlossenes theologisches Studium und eine staatliche Prüfung verlangte. Gemeinden, die keinen eigenen Rabbiner hatten – und eine solche wird dann auch die Gmünder sein – sollten für Gottesdienst und

Religionsunterricht einen Vorsänger anstellen. Das waren zumeist Lehrer, die die Prüfung zum Volksschuldienst hatten. In jeder Gemeinde war ein Vorsteheramt zu bilden; ihm oblag die Fürsorge für den Gottesdienst, die Einhaltung der Kirchenzucht und die Erledigung anderer Aufgaben, so die Entscheidung in Personalsachen und die Durchführung des jährlichen Haushaltsplans. Dem Vorsteheramt gehörten neben dem Rabbiner, bzw. Vorsänger wenigstens drei aus der Gemeinde zu wählende Beisitzer an. Für die Aufsicht über die israelitischen Kirchengemeinden und für das Armenwesen der Juden sah die Regierung eine Oberkirchenbehörde vor, der auch die Verwaltung der israelitischen Zentralkirchenkasse obliegen sollte.

Am 5. Januar 1832 trat diese Königliche Israelitische Oberkirchenbehörde, die eine gemischte staatliche und kirchliche Behörde war, ins Leben. Ihr gehörte ein Rabbiner an mit dem Titel Kirchenrat, sowie drei weitere Israeliten als Beisitzer; als Vorstand fungierte ein christlicher Regierungskommissar. Der erste Regierungskommissar an der Spitze dieser Behörde stand übrigens in einer direkten Beziehung zu Gmünd. Es war Dr. Johann Balthasar Steinhardt, von 1824 bis 1829 Oberamtsrichter in Gmünd. Damals war die Stelle eines weltlichen Mitglieds beim Katholischen Kirchenrat, einer Behörde ähnlich der zu bildenden Israelitischen Oberkirchenbehörde, frei geworden, und das Ministerium bot Steinhardt diese Stelle an. Der machte jedoch zur Bedingung, daß sein jährliches Gehalt von 1600 auf 2000 Gulden erhöht werde. Das Ministerium erklärte darauf, dieser Wunsch könne nur erfüllt werden, wenn Steinhardt zugleich die Stelle eines Vorstands der Israelitischen Oberkirchenbehörde übernehme; dafür werde ihm die Differenz von 400 Gulden gewährt – ein typisches Beispiel schwäbischer Sparsamkeit. Steinhardt sagte zu, und der König vollzog die Ernennung für beide Ämter. Die Israelitische Oberkirchenbehörde unterstand ab 1848 dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, einem Vorläufer des heutigen Kultusministeriums.

Nach dem Schema einer Landeskirche waren damit die Juden im Königreich Württemberg zusammengefaßt und einer bürokratischen Regelung unterworfen. Das Staatskirchentum war damit auch auf ihre Religionsgemeinschaft ausgedehnt.

Die volle Gleichstellung mit ihren christlichen Mitbürgern hatten die Juden mit dem Gesetz von 1828 noch nicht erreicht. Es ist verständlich, daß sie in den folgenden Jahrzehnten mit ganzer Energie nach der vollen Gleichberechtigung strebten. Als die Zeit dafür reif schien und auch im benachbarten Baden die Dinge in Fluß kamen, trafen sich die Juden aus allen Teilen Württembergs im Januar 1861 zu einer Versammlung in Esslingen. Diese Versammlung wählte die sogenannte Emanzipationskommission, ein Gremium von dreizehn Männern, das die damalige Ju-



*Elkan Gutmann 1821–1896*
*Der Begründer des Bankhauses Gutmann und Söhne in Gmünd*

denschaft des Landes repräsentierte und die Sache der Emanzipation beim König, bei der Regierung und bei den beiden Kammern des Landtags vorantreiben sollte. Die volle Gleichberechtigung erlangten die Juden in Württemberg durch das Gesetz vom 13. August 1864, dessen erster Artikel lautete: „Die im Königreich einheimischen Juden sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind, sie genießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen." Es war die staatsbürgerliche Gleichstellung, die sie damit erlangten, nicht die gesellschaftliche. Die volle Gleichberechtigung haben die Juden in Deutschland, wenn überhaupt, erst in den Jahren der Weimarer Republik erreicht. In diesen sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ließen sich zum ersten Mal wieder Juden in Gmünd nieder.

Der Emanzipationskommission gehörte auch Elkan Gutmann an, dem wir dann in Gmünd wieder begegnen. Er war ein Mann von ausgreifender Tätigkeit und regen geistigen Interessen, der in Oberdorf zugleich als Kirchenvorsteher und langjähriger Gemeinde- und Stiftungspfleger wirkte. Er gründet in Gmünd zunächst die Firma Gutmann und Oberdorfer, aus der dann das Bankhaus Gutmann und Söhne hervorgeht (1874). Seinem Sohn Hermann kommt die führende Rolle zu bei der Gründung einer jüdischen Gemeinde in Gmünd. Elkan Gutmann selbst übersiedelte nicht nach Gmünd; er weilte wohl des öfteren geschäftlich in unserer Stadt, ließ aber in der Hauptsache seine Söhne hier und anderwärts tätig werden.

# Die Anfänge der Gemeinde in Gmünd

Im Zeitalter der Emanzipation drängten die Juden aus den vielfach beengten ländlichen Verhältnissen in die Städte. In ihnen entstanden damals die ersten Industriebetriebe; hier erhofften sich vor allem die jüngeren Juden berufliches Vorwärtskommen und bessere Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder.

Bei der Volkszählung 1858 gab es noch keine Juden in Gmünd, die ersten beiden werden 1861 registriert. Dr. Wochenmark, der letzte Religionslehrer der Gemeinde in Gmünd, spricht von zwei Familien Kuhn aus Kappel bei Buchau, die sich zuerst in Gmünd niedergelassen hätten. In der eigentlichen Gründungszeit der Gemeinde, ausgangs der achtziger Jahre, finden wir noch den Betrieb von I. A. Kuhn, Bortenmacher, Kurz- und Weißwaren, am Marktplatz in Gmünd. Am 1. August 1890 geht das Geschäft an den Neffen Albert Rosenthal über. Auch Hermann Kuhn ist in der Gründungszeit noch in Gmünd anwesend. 1867 weilen bereits 22 Juden in unserer Stadt. Die Familien Heimann und Gutmann sind damals schon in Gmünd vertreten.

Die meisten Zuwanderer kommen aus dem dürftigen ländlichen Milieu, einige waren auch dort schon zu bescheidenem Wohlstand gelangt, so Elkan Gutmann in Oberdorf und Rafael Julius Mayer in Mönchsroth bei Dinkelsbühl. Auch Mönchsroth hatte einst zum öttingischen Herrschaftsgebiet gehört.

Alle waren sie von lebhafter Aktivität erfüllt; sie hatten einen unbändigen Aufstiegswillen und wollten es den Städtern gleichtun. Die ehemaligen Reichsstädter, wohl auch die Gmünder, fürchteten die Konkurrenz jüdischer Händler und Kaufleute.

An Bopfingen und Aalen vorbei strebten sie nach Gmünd, wenn es nicht gleich weiterging in den mittleren Neckarraum mit Stuttgart oder Cannstatt, oder nach Heilbronn. Die gewerbereiche Stadt Gmünd, selbst in kräftigem wirtschaftlichen Aufstieg begriffen nach dem Anschluß an das Eisenbahnnetz, zog sie an, schien ihnen günstig für ihre Vorhaben. Alle sind sie zunächst dem Handel zugetan, und so gründen sie in Gmünd ihre Geschäfte:

Die Brüder David und Louis Heimann aus Oberdorf gehen ins Textilgeschäft. David Heimann hatte sich auch im traditionellen Gmünder Gewerbe versucht und an der Mutlanger Straße eine Silberwarenfabrik mit Dampfbetrieb eröffnet. Offenbar hat er aber damit keinen Erfolg gehabt, und so finden wir die beiden Brüder dann im Textilgeschäft; sie gründen am Marktplatz, dort, wo von den dreißiger Jahren bis vor kurzem das Schuhgeschäft Altschüler war und sich heute die Dresdner Bank befindet, ein Geschäft für Manufaktur- und Modewaren. Die Gut-

mann, Vater und Söhne, fangen ein Bankgeschäft an und errichten zusammen mit Dr. Richter aus Pforzheim eine Gold- und Silberscheideanstalt draußen in der Pfennigmühle, eine „Gekrätzefabrik", wie man damals sagte. Rafael Julius Mayer aber beginnt mit seinen Söhnen in Gmünd einen Leder- und Landesproduktenhandel. Baruch Kahn übt als Viehhändler einen traditionellen Beruf der Juden aus, ebenso Louis Neumaier; Elias Wassermann ist Pferdehändler. Neumaier und Wassermann stammen aus Lauchheim, Kahn aus Schluchtern in Baden.

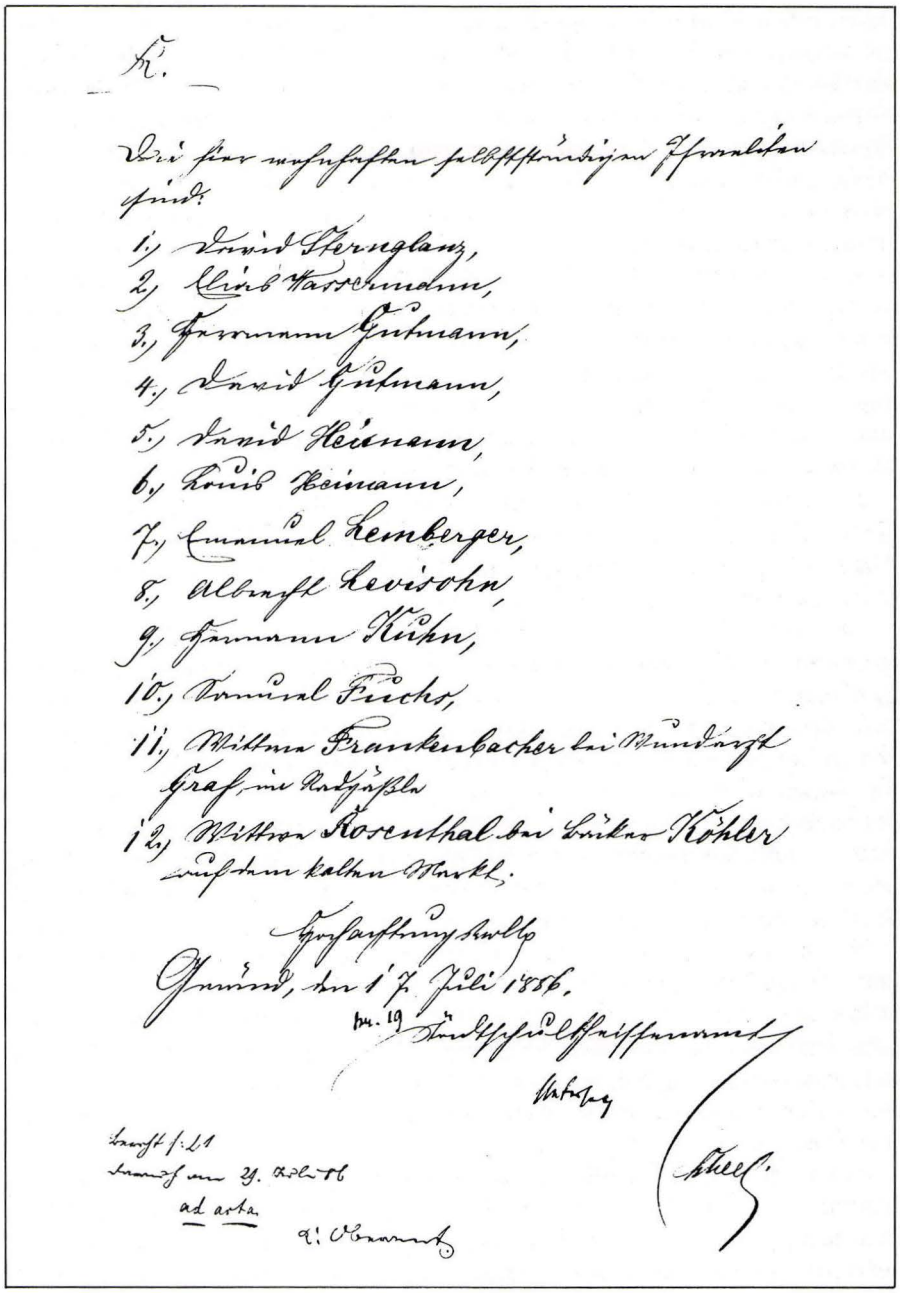
Dem traditionellen Trödelhandel der Juden, dazu dem Pfand- und Leihgeschäft ist von den ersten Zuwanderern am ehesten Emanuel Lemberger zuzurechnen. Er stammt aus der alten Judengemeinde Rexingen bei Horb. Von weither kommen Samuel Fuchs und Albrecht Levison; beide gehen in Gmünd zum Kleiderhandel über. Samuel Fuchs stammt aus Deutsch-Krug in Ungarn, kommt also aus einem Lande der Habsburger Monarchie; Albrecht Levison aus Goch in Westfalen.

Es überwiegen also Berufe im Umkreis des Handels. Nur ein in abhängiger Arbeit Stehender ist unter den Wählern zum Vorsteheramt 1890: Albert Prager, Kabinettmeister bei Erhard und Söhne. Doch Prager ist offenbar nicht lang in Gmünd geblieben.

Gut zwanzig Jahre später, nachdem die ersten jüdischen Familien zugewandert sind, regt sich bei ihnen der Wunsch, eine eigene Gemeinde in Gmünd zu gründen. Bislang hatten sie, soweit eben möglich, an hohen Feiertagen ihre Heimatgemeinden besucht und hatten das rituell zubereitete Fleisch von auswärts, von Crailsheim, bezogen. Das war auf die Dauer doch ein unbefriedigender Zustand. Die treibende Kraft bei der Gründung einer eigenen Gemeinde war Bankier Hermann Gutmann. Auf seinem Grabstein auf dem Judenfriedhof in Oberdorf ist heute noch zu lesen, daß er der Gründer der israelitischen Gemeinde in Gmünd war. Auch David Heimann tritt in dieser Sache einmal hervor.

Wir kennen bereits die alte Judengemeinde Oberdorf bei Bopfingen und die starken personellen Verbindungen, die von Gmünd aus dorthin bestanden. Am 17. Juli 1886 teilt das Stadtschultheißenamt Gmünd dem Oberamt Gmünd die Namen von 16 selbständigen Juden in Gmünd mit. Als selbständig galt damals, wer einen eigenen Hausstand hatte. Mit ihren Familienangehörigen dürften diese 16 Juden auf etwa 80 bis 90 Personen gekommen sein.

Am 5. September 1887 richten 9 dieser 16 selbständigen Juden ein Schreiben an die Israelitische Oberkirchenbehörde mit der Bitte um Errichtung einer eigenen selbständigen Gemeinde in Gmünd. Es herrschte also keine völlige Einheit unter ihnen, 7 Opponenten standen noch abseits. Die mit der Gründung verbundenen finanziellen Lasten erschienen ihnen zu hoch: man mußte ja dann in Gmünd die notwendigen Kulteinrichtungen schaffen, einen Betsaal einrichten, einen Lehrer



K.

Die hier ansässigen selbstständigen Israeliten sind:

1, David Sternglanz,
2, Löb Hirschmann,
3, Hermann Guttmann,
4, David Guttmann,
5, David Heimann,
6, Louis Heimann,
7, Emanuel Lemberger,
8, Albrecht Levisohn,
9, Hermann Kühn,
10, Samuel Fuchs,
11, Wittwe Frankenbacher bei Wundrath Graf in Radgasse
12, Wittwe Rosenthal bei Lucas Köhler auf dem kalten Markt.

Gemeinschaftlich
Gmünd, den 17. Juli 1886.

M. P. Stadtschultheißenamt
Untersee

Heute 1/21
heraus am 29. Oktober 86
ad acta.
Oberamt

*Aus der Gründungsgeschichte der Gemeinde: das Stadtschultheißenamt (=Bürgermeisteramt) macht dem Oberamt die in Gmünd wohnhaften selbständigen Juden namhaft, mit Unterschrift des damaligen Stadtschultheißen Untersee*

anstellen und besolden, ein Schullokal ausstatten und womöglich noch einen eigenen Judenfriedhof in Gmünd errichten. Im gleichen Monat des Jahres 1887, in dem dieser erste Vorstoß in Stuttgart unternommen wird, fand in Gmünd zum ersten Mal wieder nach Jahrhunderten ein jüdischer Gottesdienst statt. Er wurde am Versöhnungstag (Jom Kippur) im Hause des David Mayer in der Rinderbachergasse 21 gefeiert.

Angesichts der immer noch kleinen Zahl der Gmünder Juden und der beträchtlichen Opposition zögert die Oberkirchenbehörde zunächst, dem Gesuch zu entsprechen. In ihrer Antwort hebt sie auf die geringe Zahl der Gmünder Juden ab und meint, es müsse zunächst gelingen, die noch abseits Stehenden zu gewinnen. Im übrigen bemerkt die Stuttgarter Behörde, es bleibe den Gmünder Juden unbenommen, durch freiwillige Beiträge Vorkehrungen zu treffen für einen angemessenen Gottesdienst und die Erteilung des Religionsunterrichts. Dies wolle das Oberamt dem Kaufmann David Heimann eröffnen. Heimann war offenbar der Wortführer bei diesem ersten Vorstoß. Der Dienstweg geht für die Gmünder Juden bei ihren Eingaben und sonstigen Schreiben über die Stadt zum Oberamt und von da zur Oberkirchenbehörde in Stuttgart und umgekehrt.

Die in dem Schreiben der Oberkirchenbehörde gegebenen Anregungen greifen die Gmünder sofort auf. Durch Vertrag untereinander vom 17. Juni 1888 gründen sie eine Religionsgenossenschaft, d. h. eine Kultusgemeinde auf privater Basis, und verpflichten sich, jährlich die Summe von 1025 Mark für sie aufzubringen – in damaliger Zeit ein stattlicher Betrag für die neun Unterzeichner. Die Initiatoren der Religionsgenossenschaft waren die Brüder Hermann und David Gutmann, die Brüder David und Louis Heimann, Baruch Kahn, Elias Wassermann, David Mayer, David Sternglanz und die Witwe Karoline Frankenbacher, eine Schwester der Brüder Gutmann.

Als ihre Ziele bezeichnet die Religionsgenossenschaft: „Erziehung der schulpflichtigen Kinder nach religiös-mosaischen Gesetzen, regelmäßiger Gottesdienst an Sabbaten und israelitischen Feiertagen" und „Schlachten nach rituellen Vorschriften, um dem Übelstande der Religionsübertretung einerseits und dem Bezug des Fleisches von auswärts andererseits enthoben zu sein." Mit ihren Beiträgen wollten die neun Familien ein eigenes Gemeindeleben aufbauen und erhalten. Sie stellen einen jüdischen Religionslehrer an, der zugleich als Vorsänger und als „Schochet" (für das Schächten) tätig sein soll. Zu den neun Mitgliedern der Religionsgenossenschaft stoßen in den nächsten Jahren noch fünf weitere hinzu. Es sind dies Albrecht Levison, Albert Prager, Emanuel Lemberger, Louis Neumaier und Samuel Fuchs.

Diese vierzehn Gmünder Juden richten dann am 9. Februar 1890 ein Schreiben an die Oberkirchenbehörde in Stuttgart mit der Bitte, eine

Filialkirchengemeinde in Gmünd zu errichten. Diese vierzehn sind damit die eigentlichen Gründungsmitglieder der hiesigen Gemeinde. Sie haben offenbar mit Oberdorf Fühlung aufgenommen, denn in dem Schreiben heißt es, die Filialgemeinde solle Oberdorf angeschlossen werden und in Oberdorf solle auch der Begräbnisplatz für die Gmünder Juden sein. In ihrer Antwort erklärt die Oberkirchenbehörde, die Errichtung einer selbständigen Gemeinde in Gmünd sei doch besser als eine Filialgemeinde, und so geschieht es auch: am 22. August 1890 wird die Bildung einer selbständigen Kirchengemeinde in Gmünd „aus den daselbst wohnhaften Israeliten unter Zuteilung zum Rabbinat Oberdorf" verfügt. Dies ist das eigentliche Gründungsdatum. Der Begräbnisplatz wird wie vorgesehen Oberdorf. Zum ehrenamtlichen Gemeindepfleger wird Hermann Gutmann bestellt.

Natürlich braucht die neue Gemeinde ihre entsprechenden Einrichtungen: sie benötigt vor allem einen Raum, in dem die Kinder in der jüdischen Religion unterrichtet werden und in dem an den Sabbaten und an jüdischen Festtagen Gottesdienst abgehalten werden kann. Sie braucht ferner einen Lehrer, der den Religionsunterricht abhält. Er soll, da man keine Aussicht hat, einen Rabbiner zu bekommen, zugleich als Vorsänger den Gottesdienst gestalten und außerdem das rituelle Schlachten besorgen. Schließlich muß man, und darüber wacht schon die vorgesetzte Behörde, ein Vorsteheramt bilden. Bereits vor der offiziellen Gründung der Gemeinde hatte sich deshalb Hermann Gutmann am 9. Juli 1888 im Namen der privaten Religionsgenossenschaft an den Gemeinderat gewandt mit der Bitte um Überlassung eines geeigneten Lokals durch die Stadt. Er hatte dabei auch gleich einen konkreten Vorschlag gemacht: die Stadt möge einen zur Zeit nicht benutzten Schulsaal der Frauenarbeitsschule in der Schmalzgrube, dem heutigen Schwörhaus, zur Verfügung stellen. In einer Nachschrift zählte Gutmann die jüdischen Feiertage im September auf: Neujahrsfest, Versöhnungstag und Laubhüttenfest. Er deutet damit den Wunsch an, daß die Juden diese Feiertage bereits in der Schmalzgrube abhalten könnten. Dieser Wunsch geht in Erfüllung. Stadtschultheiß Untersee macht sich Notizen auf dem Gesuch und stellt einige Fragen, die Gutmann beantwortet.

Stadtbauamt und Stadtpflege äußern sich positiv, und so genehmigt der Gemeinderat am 20. Juli 1888 das Gesuch. Unter § 647 heißt es im damaligen Gemeinderatsprotokoll: „Die bürgerlichen Collegien" (Gemeinderat und Bürgerausschuß) sind in keiner Weise abgeneigt, diesem Ansinnen ... entgegenzukommen, solange und soweit dies überhaupt möglich ist." Das Schullokal solle der Religionsgenossenschaft „ausdrücklich nur in täglich widerruflicher Weise und ebenso nur zum Zwecke der Erteilung des religiösen Unterrichts ihrer Kinder und zur

Abhaltung ihres Gottesdienstes gegen ein an die Stadtpflege zu entrichtendes monatliches Pachtgeld von fünf Mark, für welches Hermann Gutmann haftbar ist, mietweise überlassen" werden. Eine Wohnung für den Lehrer in der Schmalzgrube einzurichten lehnt der Gemeinderat ab. Eine gewisse Zurückhaltung ist hier bei allem Entgegenkommen doch spürbar. Das beobachten wir auch zwei Jahre später, als die Juden, inzwischen als Kirchengemeinde offiziell anerkannt, erneut an den Gemeinderat herantreten mit der Bitte, ihnen den Schulsaal auf eine bestimmte Zeit, etwa zehn Jahre, zu überlassen, „um das seitherige Provisorium durch Neuanschaffungen in den Stand zu setzen, wie es ein würdiger Betsaal erfordert." Der Gemeinderat bescheidet diese Bitte in der Sitzung am 18. November 1890 abschlägig, „da die Stadt bei dem sonstigen Mangel an geeigneten Lokalitäten über kurz oder lang in die Lage kommen könnte, das Lokal für eigene Zwecke nötig zu haben." Im Jahre 1912 wird wohl auf die persönliche Haftung für das Pachtgeld verzichtet, an dem stets widerruflichen Charakter des Mietverhältnisses dagegen nichts geändert. Die Juden waren also darauf hingewiesen, sich mit der Zeit nach einem anderen Lokal umzusehen. Immerhin konnten sie den Saal in der Schmalzgrube dreißig Jahre lang, bis ins Jahr 1918, für ihre Zwecke benützen.

Nachdem man nun ein Schullokal in der Schmalzgrube hatte, mußte ein Religionslehrer angestellt werden. Diesen fand man in der Person des Lehrers Bernhard Adler, der zugleich an der jüdischen Volksschule in Aufhausen unterrichtete. Adler wird noch von der Religionsgenossenschaft zum 1. September 1888 angestellt. In Gmünd gab es weder damals noch später eine jüdische Volksschule, wohl aber in den alten Judengemeinden Oberdorf und Aufhausen. Die jüdischen Schüler besuchten in Gmünd die evangelische Volksschule, bzw. eine der weiterführenden Schulen. Beim jüdischen Lehrer hatten sie nur den Religionsunterricht. Im Jahre 1891 zählte die israelitische Religionsschule in Gmünd 16 Schüler; unter ihnen sind so bekannte Namen wie Siegfried Gutmann, der spätere Bankier, und David Heimann, der kommende Rechtsanwalt. Von diesen 16 Schülern besuchten fünf die evangelische Volksschule, neun das Reallyceum und zwei die höhere Töchterschule – ein Zeichen des außerordentlichen Bildungswillens der Eltern in der jungen jüdischen Gemeinde.

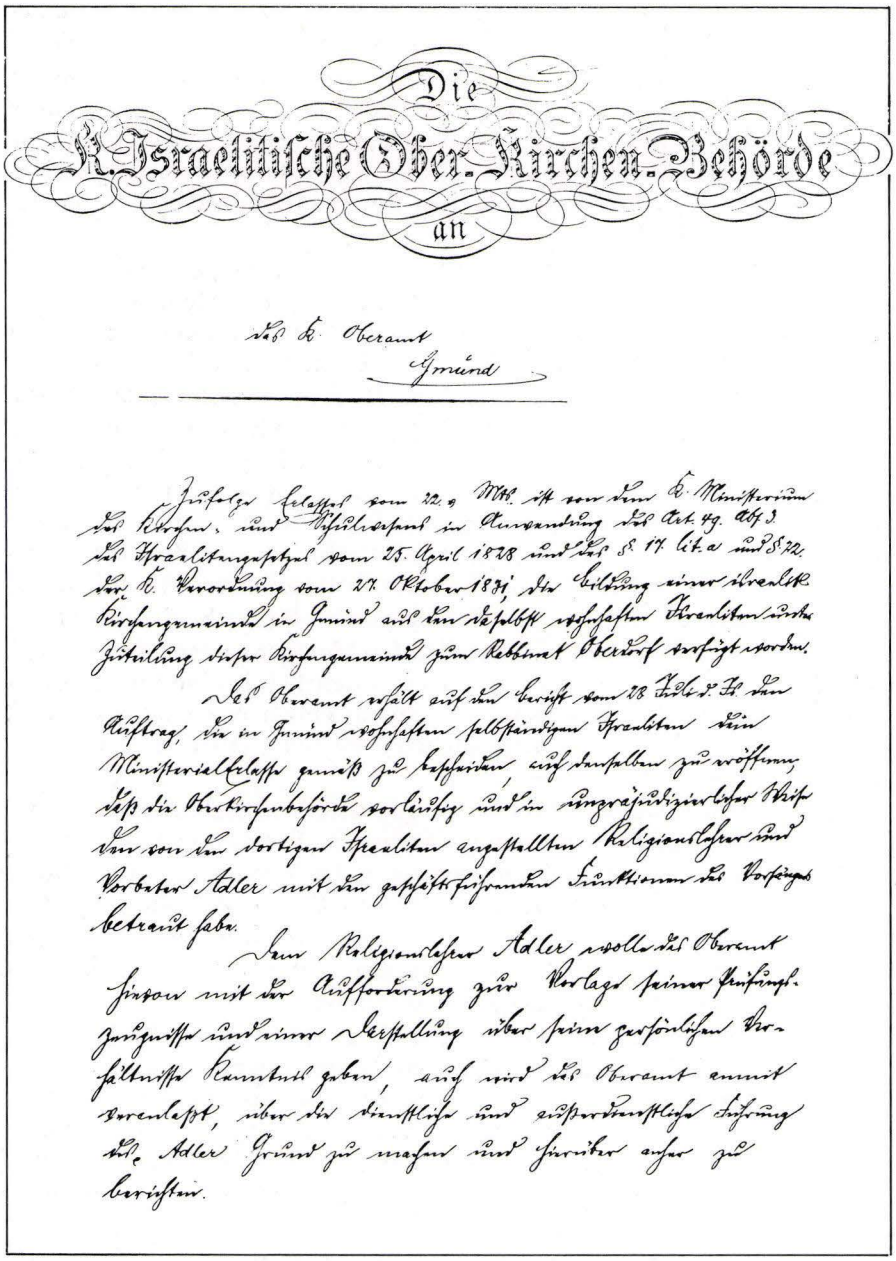
Gmünd ist nie Sitz eines Rabbiners geworden. Die hiesige israelitische Gemeinde gehörte mit Aufhausen und Lauchheim zum Rabbinat Oberdorf. Während aber zu Beginn die Oberdorfer Gemeinde doppelt so stark war wie die Gmünder, schrumpfte sie im Lauf der Jahrzehnte derart, daß um das Jahr 1930 die Muttergemeinde kleiner geworden war als die Tochter in Gmünd. Auch in Gmünd beobachten wir bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs einen leichten Rückgang. Im Jahr der

Gründung 1890 zählte die Gemeinde 97 Seelen, 1914 dagegen waren es 71 Seelen. Dann steigt die Zahl nach dem ersten Krieg langsam wieder an auf über 90 im Jahre 1933. Sie hat damit niemals mehr als ein halbes Prozent der Gmünder Bevölkerung umfaßt. Auch in Stuttgart zählten die Juden kaum mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Zahlen muß man sich vor Augen führen, wenn dann in der völkischen und später in der NS-Propaganda von der „jüdischen Gefahr" für das deutsche Volk die Rede ist.

Da Gmünd keinen Rabbiner hatte, kam dem jeweiligen Religionslehrer eine große Bedeutung zu für die Gestaltung des Gemeindelebens. Der Rabbiner kam jährlich nur etwa zweimal nach Gmünd, um mit der Gemeinde den Sabbat zu feiern oder zu besonderen Anlässen wie z. B. einer Hochzeit. Sonst hielt das Jahr über der Religionslehrer den Gottesdienst. Trotz ihrer Kleinheit suchte die junge Gmünder Gemeinde, was das innere und auch was das religiöse Leben anlangt, es den größeren Gemeinden im Lande gleichzutun. Das spüren wir gleich bei dem Vertrag, den noch die private Kultusgemeinde mit ihrem Lehrer Bernhard Adler abschließt. Dieser Vertrag enthält sehr genaue Bestimmungen über die Pflichten Adlers hinsichtlich des Gottesdienstes, des Religionsunterrichts und des Schächtens. Zum letzteren Punkt heißt es, er habe bei dem von der Gemeinde anzustellenden Metzger (einem Nichtjuden) nach Bedarf zu schächten und dreimal wöchentlich je eine Stunde beim Verkauf des Fleisches anwesend zu sein. In einem Nachtrag von 1889 wird das Lehrergehalt, das ursprünglich 800 Mark jährlich betrug, auf 1000 Mark festgesetzt.

Die jüdischen Religionslehrer waren geprüfte Volksschullehrer; sie besuchten in Württemberg das Seminar Esslingen. Für das Amt des Vorsängers hatten sie weitere Prüfungen abzulegen. Im Vertrag mit Adler heißt es noch ausdrücklich, er habe darauf hinzuwirken, „daß die junge Gemeinde den Anforderungen der Kgl. Israelitischen Oberkirchenbehörde entspricht und durch Hebung des Gesanges und des Unterrichts das leistet, um anderen Gemeinden gleichzukommen."

Wie sieht es in diesem Punkt nach einigen Jahren aus? Im Ludwigsburger Staatsarchiv haben sich glücklicherweise einige Visitationsberichte aus dem Rabbinat Oberdorf erhalten, die uns Aufschluß geben. Rabbiner Dr. Kroner, der die Visitation in Gmünd vornimmt, berichtet darüber am 10. Februar 1895 an die Oberkirchenbehörde. Er rühmt den Kirchenvorsteher Hermann Gutmann, der in der hiesigen Gemeinde erfolgreich „für Würde und Ordnung des Gottesdienstes Sorge getragen" habe und zollt auch Lehrer Adler Anerkennung dafür, daß er „durch sein Vorbeten wie durch seine Vorträge, als auch durch sein außergottesdienstliches Verhalten einen guten Geist in der Gemeinde geweckt und erhalten" habe. Kroner kommt in seinem Bericht zu dem Schluß,



Die
K. Israelitische Ober-Kirchen-Behörde
an

das K. Oberamt
Gmünd

Höchster Erlaß vom 22. v. Mts. ist von dem K. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens in Anwendung des Art. 49. Abs. 3 des Israelitengesetzes vom 25. April 1828 und des §. 17. lit. a und §. 22. der K. Verordnung vom 27. Oktober 1831, die Errichtung einer israelit. Kirchengemeinde in Gmünd und den daselbst wohnhaften Israeliten durch Zuteilung dieser Kirchengemeinde zum Rabbinat Oberdorf verfügt worden.

Das Oberamt wollte auf den Bericht vom 28. Juli d. J. den Auftrag, die in Gmünd wohnhaften selbständigen Israeliten eine Ministerialklasse gemäß zu bezeichnen, auf denselben zu eröffnen, daß die Oberkirchenbehörde vorläufig auf die Ernennung eines Vorsängers von den dortigen Israeliten angestellten Religionslehrer und Vorbeter Adler mit den gesetzlichen Funktionen des Vorsängers betraut habe.

Der Religionslehrer Adler wolle das Oberamt hiervon mit der Aufforderung zur Vorlage seiner Prüfungszeugnisse und einer Darstellung über seine persönlichen Verhältnisse in Kenntnis geben, auch wird das Oberamt ersucht, über die dienstliche und außerdienstliche Führung des Adler Gmünd zu messen und hierüber alsbald zu berichten.

*Schreiben der Königl. Israelitischen Oberkirchenbehörde vom 8.9.1890 an das Oberamt in Gmünd. Das Schreiben nimmt Bezug auf die Bildung der israelitischen Kirchengemeinde in Gmünd; es behandelt die Bestellung des Religionslehrers Adler zum Vorsänger und fordert zur Bildung eines Vorsteheramts in Gmünd auf.*

Beiliegend wird das Oberamt beauftragt, die erforderlichen Anordnungen für die Bildung eines Vorstehers und der israelitischen Kirchengemeinde Gmünd nach Maßgabe des §. 1. Ziffer I der K. Verordnung vom 27. Oktober 1831 und der K. Verordnung vom 25. März 1851 zu treffen.

Stuttgart den 8. September 1890

Rückl

Abschrift an

den Herrn J. Gideon i. Gm.

in Gmünd

zur gefl. Kenntnißnahme

Gmünd den 10. Sept. 1890

Kgl. Oberamt.

Vdt.

Abschrift z.

den Kirchenvorstand Gmünd

zur Kenntnißnahme u. weiteren

Veranlassung nach Ziffer II. der

oben cit. K. V. vom 27. Okt. 1831.

daß die junge Gemeinde in Gmünd „Anerkennung und jede nur mögliche Unterstützung" verdiene. Der Visitator Dr. Theodor Kroner war zu seiner Zeit eine führende Persönlichkeit in der württembergischen Judenschaft. Wissenschaftlich interessiert, vielseitig gebildet und ungemein rührig, ist er nach einer Tätigkeit als Rabbiner in Erfurt, bzw. als Direktor der jüdischen Lehrerbildungsanstalt in Hannover im Jahre 1893 zum theologischen Mitglied der Oberkirchenbehörde und zum ersten Stadtrabbiner in Stuttgart ernannt worden. Zugleich war er einige Jahre Rabbinatsverweser in Oberdorf. In dieser Eigenschaft hatte er die Visitation in Gmünd durchgeführt. Sein Sohn Dr. Hermann Kroner, dem wir noch begegnen werden, wirkt von 1897 bis 1930 als Bezirksrabbiner in Oberdorf.

Mit Errichtung der jüdischen Gemeinde in Gmünd war ein Vorsteheramt zu bilden, damals Kirchenvorsteheramt genannt. Ihm gehörten an der Religionslehrer Bernhard Adler kraft Amtes, sowie drei von den männlichen Gemeindemitgliedern zu wählende Beisitzer. Die erste Wahl zum Vorsteheramt fand statt am 17. Oktober 1890 und zwar in Gegenwart des Stadtschultheißenamtsverwesers Feihl, der ein Protokoll darüber fertigt und dem Oberamt zuleitet. Das Protokoll und sogar die Stimmzettel von dieser Wahl, zu der zwölf Wahlberechtigte erschienen waren, haben sich in den Akten des Landratsamts erhalten. Gewählt wurden Hermann Gutmann, Elias Wassermann und David Mayer. Hermann Gutmann wird danach zum ehrenamtlichen Gemeindepfleger gewählt. Dieses Amt übt er bis 1901 aus, dem Vorsteheramt gehört er bis zu seinem Tod im Jahre 1912 an.

Elias Wassermann machte 1893 Konkurs und mußte deshalb aus dem Amt ausscheiden. So streng waren damals die Sitten: wer wirtschaftlich Schiffbruch erlitten hatte, war sozusagen bürgerlich tot und hatte aus Ehrenämtern auszuscheiden. Wassermann ging dann nach Tübingen. An seiner Stelle wurde David Heimann in das Vorsteheramt gewählt, der freilich wenige Wochen danach stirbt. Darauf tritt sein Bruder Louis Heimann in das Vorsteheramt ein, der Vater des Gmünder Rechtsanwalts Heimann. Hermann Gutmann, David Mayer und Louis Heimann werden jeweils nach Ablauf ihrer Amtszeit noch mehrmals in das Vorsteheramt gewählt.

Bernhard Adler war als Religionslehrer und Vorsänger bis 1895 in Gmünd tätig. Dann wechselt das Amt mehrmals seinen Inhaber, bis am 10. Juni 1900 der Lehrer Hermann Uhlmann in Lauchheim zum Religionslehrer in Gmünd ernannt wird. Uhlmann stammte wie seine Frau aus Oberdorf. Die Gmünder Juden übertrugen ihm bald auch das Amt des Gemeindepflegers, das bisher Hermann Gutmann versehen hatte. In den langen Jahren seiner Tätigkeit (bis 1932) ist Uhlmann in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden, zumal er auch im Gmünder Vereinsleben tätig war als Dirigent des Gesangvereins „Liedertafel". Uhlmann musizierte gern, doch wurde ihm eines Tages von höherer Stelle bedeutet, seine Tätigkeit bei der „Liedertafel" sei unerwünscht. Der Verein bestand hauptsächlich aus Arbeitern und galt als „rot". Doch kam das in der Wahl der Vortragsstücke nie zum Ausdruck, wie mir Alfred Uhlmann, der Sohn des Religionslehrers, in einem Brief versicherte. Hermann Uhlmann übernahm auch noch die Vertretung von Versicherungen; die bescheidene Bezahlung als Lehrer zwang mehr oder weniger zu einer Nebentätigkeit. Durch Jahrzehnte wohnte Uhlmann am Eingang der Kappelgasse im Hause Häcker. Daraus ergaben sich freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Familien, die sich mehrfach ausgewirkt haben.

Allgemein sind die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg dadurch gekennzeichnet, daß sich die Juden – zumeist erfolgreich – in das Gmünder Wirtschaftsleben weiter integrierten und, soweit es die konservative Struktur der Gmünder Gesellschaft zuließ, auch im gesellschaftlichen Leben der Stadt Fuß faßten.

Die Juden haben in Deutschland seit der Emanzipation große Anstrengungen unternommen, um sich zu assimilieren; sie taten alles, um als gute Deutsche zu erscheinen. Trotzdem blieb ein gewisses Gefühl der Fremdheit ihnen gegenüber selbst bei jenen Deutschen bestehen, die sich frei wußten von irgendwelchen antijüdischen Empfindungen. Die negative Beziehung vieler Deutscher zu den Juden war meist mit Respekt für ihre Tüchtigkeit und ihre Erfolge, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, verbunden.

In wirtschaftlicher Hinsicht ergeben sich bei den Gmünder Juden bedeutsame Entwicklungen; es sind dies die Veränderungen im Hause Gutmann, die Gründung der Schuhfabrik R. J. Mayer und die Anfänge des Kaufhauses Meth in Gmünd.

Betrachten wir zunächst die Veränderungen beim Bankhaus Gutmann und Söhne. Die Familie stammte bekanntlich aus Oberdorf. Sie verzweigt sich von dort nach Gmünd, Heilbronn und München. Elkan

Gutmann faßt bereits 1868 in Gmünd Fuß; 1874 wird das Bank- und Wechselgeschäft Gutmann und Söhne als Offene Handelsgesellschaft gegründet. Teilhaber sind Elkan Gutmann in Oberdorf und Hermann Gutmann in Gmünd. 1881 tritt als weiterer Teilhaber der jüngere Bruder von Hermann Gutmann, David Gutmann, in die Firma ein. Nach dem Tode von Elkan Gutmann (1896) führen die beiden Brüder das Geschäft weiter. Zu diesem Zeitpunkt bestand das andere Unternehmen, an dem die Gutmann beteiligt waren, die Scheideanstalt Dr. Richter und Gutmann, bereits nicht mehr; die Gesellschaft war durch gegenseitige Übereinkunft vom 1. Dezember 1892 aufgelöst worden.



*Aufstieg ins gehobene Bürgertum: die Familie Gutmann 1909*
*Am Tisch sitzend: das Ehepaar Hermann und Pauline Gutmann*
*stehend von links nach rechts die Kinder: Theodor Gutmann, Siegfried Gutmann mit Frau Rosa, die Tochter Hedwig mit Gatten Max Mayer, und der Jurist Dr. Alfred Gutmann*

Hermann Gutmann war in Gmünd eine angesehene Persönlichkeit; er galt als tüchtiger Geschäftsmann, aber er konnte schließlich nicht übersehen, daß die große Zeit der Privatbanken in Deutschland bereits vorbei war. Mehr und mehr traten die Großbanken in den Vordergrund, der Konzentrationsprozeß war in vollem Gang. So treten im letzten Lebensjahrzehnt von Hermann Gutmann große Veränderungen in der Bank ein. Im Jahre 1900 tritt Siegfried Gutmann, der älteste Sohn von

Hermann Gutmann, als Prokurist in die Firma ein. 1905 wird die OHG durch gegenseitige Übereinkunft der Teilhaber aufgelöst. Hermann Gutmann nimmt das Geschäft allein in die Hände, sein Bruder David ist offenbar nach München abgewandert. Prokurist bleibt Siegfried Gutmann. Im Jahre 1909 finden gleich zwei Umwandlungen statt. Zuerst geht die Einzelfirma wieder in eine Offene Handelsgesellschaft über mit Hermann Gutmann und seinen beiden Söhnen Siegfried und Theodor als Teilhabern. Dann wird die OHG in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, deren persönlich haftende Gesellschafter die eben Genannten sind, in die aber nun auch die Württembergische Landesbank als Kommanditistin mit einer Einlage von 20 000 Mark eintritt. Hermann Gutmann sah sich offenbar veranlaßt, eine größere Bank, eben die Württ. Landesbank, als Partnerin in sein Geschäft hereinzunehmen. Ein Jahr danach tritt die Dresdner Bank anstelle der Landesbank mit der gleichen Einlage ein; sie scheidet nach dem Tode von Hermann Gutmann (1912) wieder aus, und es treten nun an Stelle der Dresdner Bank mit beträchtlichen Einlagen (100 000 bzw. 300 000 Mark) ein: der Bruder des Verstorbenen, David Gutmann, Privatier in München, und die Witwe, Frau Pauline Gutmann. Damit sind die Gutmann 1913 wieder unter sich in der Bank, doch ein Jahr darauf kommt schon das plötzliche Ende. Die Firma wird für 300 000 Mark an die Württembergische Vereinsbank in Stuttgart verkauft, und wir finden danach Siegfried Gutmann als Direktor bei der Württ. Vereinsbank, Filiale Gmünd, wieder. Sein Bruder Theodor wird in Heilbronn von der Vereinsbank als Direktor übernommen.

Bis heute ist mir nicht bekannt, was im einzelnen zum Ende des angesehenen Bankhauses Gutmann geführt hat, das auch die Vertretung der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt in Gmünd innehatte, doch wird man nicht fehl gehen in der Annahme, daß geschäftliche Rückschläge mit dafür die Ursache waren. Außerdem wollte David Gutmann aus dem Geschäft aussteigen.

Von der Bankgründung, die Siegfried Gutmann nach dem Ersten Weltkrieg unternommen hat, wird noch die Rede sein.

Und nun zur Schuhfabrik Mayer. Die Familie Mayer stammt, wie schon erwähnt, aus Mönchsroth bei Dinkelsbühl. Sie hat sich ursprünglich mit dem Leder- und Landesproduktenhandel befaßt. Gründer der hiesigen Firma im Jahre 1884 ist Rafael Julius Mayer, Lederhändler in Mönchsroth. Ähnlich wie Elkan Gutmann ist R. J. Mayer nicht definitiv nach Gmünd gezogen: er hat hier das Geschäft gegründet, weilte aus diesem Anlaß natürlich des öfteren in Gmünd, blieb aber in Mönchsroth wohnhaft und hat hier seine Söhne arbeiten lassen. Zunächst ist es David Mayer, der seit 1885 in Gmünd ansässig ist und anfangs in der Rinderbachergasse 21 wohnt. In diesem Hause fand ja der erste Gottes-

dienst der Juden im Jahre 1887 statt. 1894 wird das Geschäft in eine Offene Handelsgesellschaft umgewandelt mit den Brüdern David und Gustav Mayer als Teilhabern. Beide zeigen unternehmerischen Wagemut und gehen im folgenden Jahr zur Schuhfabrikation über.

Die Schuhfabrik Mayer ist ein jüdisches Unternehmen in Gmünd, das bis in die Zeit des Dritten Reiches hinein einen gesicherten Bestand hat. Die beiden Brüder erwerben einen stattlichen Grundbesitz: die Gebäude Höferlesbach 7 und Vordere Schmiedgasse 20, sowie ein großes Grundstück zwischen beiden Häusern, auf dem später die Schuhfabrik gebaut wird. 1912 errichten sie das große, etwas wuchtige Gebäude für Büro und Lagerräume an der Vorderen Schmiedgasse, das in den sechziger Jahren Hermann Schoell erwirbt und in dem sich heute der Obi-Markt befindet.

## Integration in die Gmünder Gesellschaft

David Mayer gehörte in der Gründungszeit mit Hermann Gutmann dem Vorsteheramt an, bis ihn 1901 sein jüngerer Bruder Gustav ablöst. Er war eine umtriebige, vielseitig interessierte und großzügige Persönlichkeit, ein rühriger Verkehrsexperte, der unablässig bemüht war, die Verkehrsverbindungen von und nach Gmünd zu verbessern. Er hieß hier nur der „Eisenbahn-Mayer" und sorgte sich nach dem ersten Krieg auch um den Ausbau der Kraftpost- und Omnibusverbindungen im Gmünder Bezirk.

Als ein Mann von liberaler Grundhaltung hat sich David Mayer schon in jungen Jahren der Politik verschrieben. Im Adreßbuch 1894 wird unter den politischen Organisationen der „Demokratische Volksverein" angeführt, dessen Vorstand David Mayer war. Er stand damit in der Tradition der Demokraten von 1848. Die Parteibezeichnungen der Liberalen wechseln damals häufig. Aus dem „Demokratischen Volksverein" wird eine „Deutsche Volkspartei" und schließlich die „Fortschrittliche Volkspartei"; bis zum Beginn des Krieges 1914 kehrt David Mayer stets als 2. Vorsitzender der örtlichen Parteiorganisation wieder. Die erwähnten Parteien sind die Vorläufer der „Deutschen Demokratischen Partei" der Weimarer Zeit, bzw. der DVP und dann der FDP der Gegenwart. Es ist also die Partei von Theodor Heuß und Reinhold Maier, der David Mayer zu seiner Zeit angehörte. Auch andere Gmünder Juden zählen zu den „Demokraten", wie man sie kurzerhand nannte.

Ganz auf der Linie seiner politischen Aktivität liegt es, wenn Mayer

im Jahre 1906 mit den Fabrikanten Deyhle, Erhard, Wöhler, Hauber, Gatter und anderen Vertretern aus der damaligen Gmünder Geschäftswelt zu den Gründern der „Gmünder Zeitung" gehört, einem Blatt, das laut Gesellschaftsvertrag „ohne bestimmte Parteirichtung, aber mit liberaler Tendenz" zu führen war, das Gegenstück zur Remszeitung.

Während David Mayer sich bei der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei engagierte, tendierte der 18 Jahre jüngere Siegfried Gutmann mehr zu den rechtsliberalen Gruppierungen. Er bemühte sich um Aufnahme bei den „Jungliberalen", denen ebenfalls bekannte Gmünder Fabrikanten und andere Geschäftsleute angehörten, wurde aber nicht aufgenommen, was ihn sehr kränkte. Dies ist ein Zeichen dafür, daß bei den Rechtsliberalen antisemitische Tendenzen vorhanden waren. Dagegen konnte Siegfried Gutmann beim Hansabund als Kassier fungieren, einer Organisation, welche damals die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie vertrat.

Die Beispiele David Mayer und Siegfried Gutmann zeigen – man könnte auch Samuel Fuchs nennen, daß die Gmünder Juden nicht abseits stehen wollten, daß sie vielmehr versuchten, sich voll und ganz in die bürgerliche Gesellschaft von Gmünd zu integrieren.

Von großer Bedeutung für das Geschäftsleben in Gmünd vor wie nach dem Ersten Weltkrieg war die Tätigkeit von Alfred Meth. Er hat sich in den Jahrzehnten seiner Anwesenheit in Gmünd zu einem sehr erfolgreichen Geschäftsmann entwickelt. Meth war ein geborener Kaufmann. Wo ein Geschäft zu machen war, nahm er die Gelegenheit wahr. Er hat das erste moderne Kaufhaus in Gmünd gegründet. Immer auf neue Möglichkeiten bedacht, umtriebig und zielstrebig, schenkte er sich und seinen Angehörigen nichts, verlangte auch sehr viel von seinem Personal, den rund 50 Beschäftigten. Sie standen bei ihm in einer strengen Zucht und mußten alles tun, um die Kundschaft zufriedenzustellen. So kam das Geschäft auf die Höhe. Meths Aktionsradius reichte über Gmünd weit hinaus: in einer Anzahl ähnlicher Unternehmen war er beteiligt oder als Geschäftsführer tätig, so in Heilbronn, Ulm und Heidenheim.

Alfred Meth stammte aus Ostdeutschland. Er ist am 24. Mai 1875 in Königshütte/Oberschlesien geboren, war nach seiner Eheschließung zunächst in Ravensburg tätig und kam im Jahre 1902 nach Gmünd, wo er zunächst ein Sortimentsgeschäft einrichtete. Sein erstes Geschäftslokal war im Gebäude Bocksgasse 16. Im Adreßbuch von 1903 inseriert er mit Küchen- und Haushaltungsgegenständen, Kurz-, Weiß- und Wollwaren. Wenige Jahre danach übersiedelt er in den größeren Komplex von Bocksgasse 29, in dem bis 1977 das Kaufhaus Merkur (Horten) untergebracht war und in dem sich nun die Firma Eisen-Widmann eingerichtet hat. Dieses Gebäude war als größeres Kaufhaus gebaut und gehörte dem Bankier Constantin Köhler. Meth war hier zur Miete und wohnte selbst

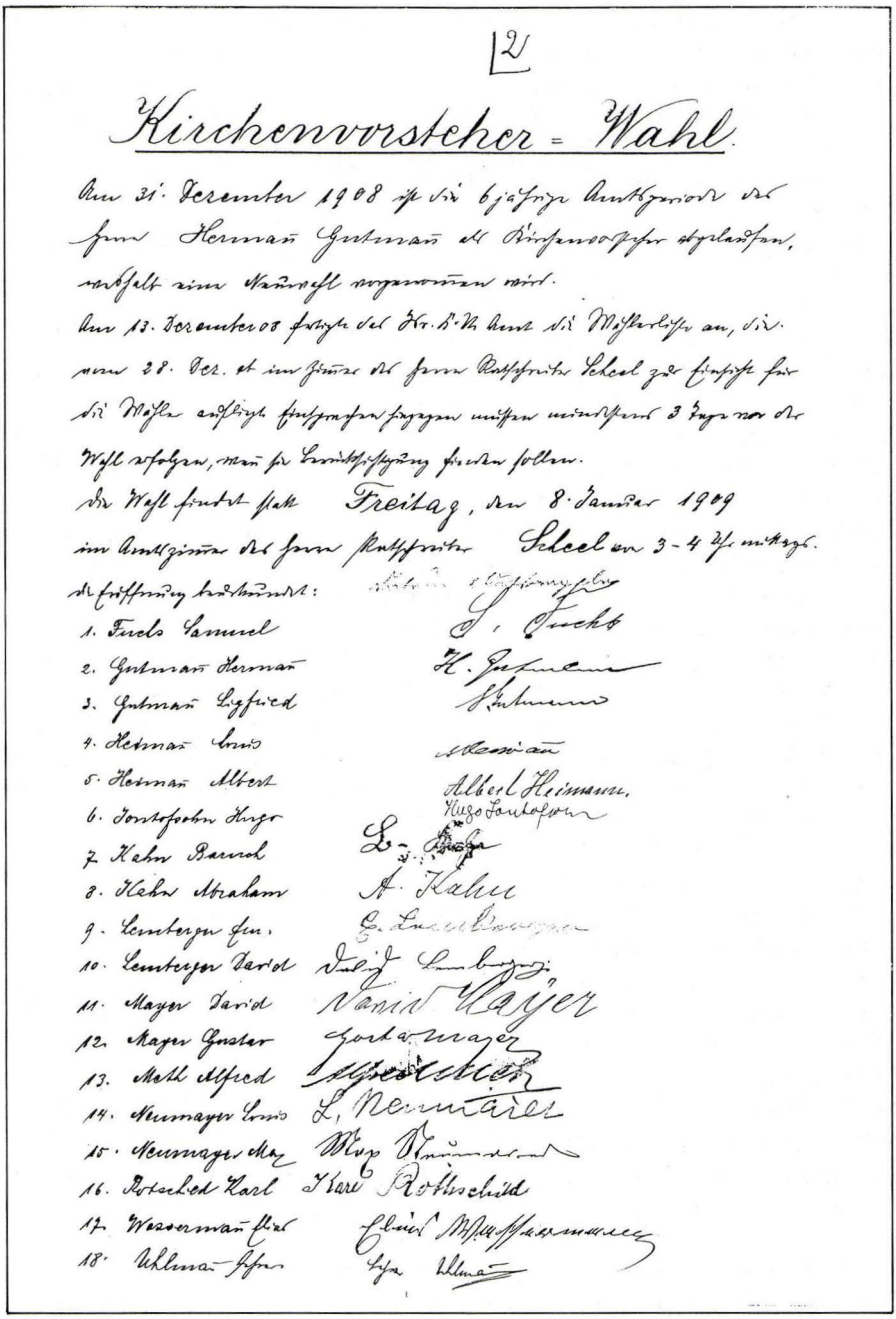
in dem Kaufhaus. Nun konnte er sich erst richtig entfalten. Neben den schon erwähnten Abteilungen nahm er nun Damen- und Herrenkonfektion und vieles andere hinzu. Doch wurde es schließlich kein Warenhaus mit dem umfassenden Angebot, wie wir es heute kennen. Das lag der Zeit noch nicht, und Meth kannte bei allem Drang nach Erweiterung doch auch seine Grenzen im damaligen Gmünd. Ohnehin stieß sein Vorgehen in mittelständischen Kreisen auf manches Unbehagen. In Gmünd sind ihm zu der Tochter Elfriede noch drei weitere Kinder geboren worden: die Töchter Herta und Dorothea, sowie sein Sohn Manfred.

Wenige Meter von Meth entfernt hatte Samuel Fuchs im Gebäude Bocksgasse 25 seinen Laden. Bei ihm gab es Herrenkonfektion und Anfertigung nach Maß. Auch dieses Geschäft wurde sehr bekannt; „Jud Fuchs" und „Meth" waren in Gmünd feste Begriffe. Samuel Fuchs hatte eine Nichtjüdin zur Frau, er hatte die Stricklehrerin Anna Laub geheiratet. Seine Kinder gehörten jedoch der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Nach dem Tode seiner Frau 1912 übergab er sein Geschäft in der Bocksgasse an seinen Schwiegersohn Max Marberg. Das Gebäude Bocksgasse 25 blieb jedoch in seinem Besitz. Er hat es später seinen ledig gebliebenen Kindern Ella und Arthur Fuchs vermacht. Arthur Fuchs war wegen eines Sturzes in der Kindheit geistig zurückgeblieben. Samuel Fuchs zog sich jedoch nach der Geschäftsübergabe nicht aufs Altenteil zurück: er betrieb in seiner Wohnung Marktplatz 32 (Haus Spindler) weiterhin einen Handel mit Herren- und Knabenbekleidung.

Ein weiteres Geschäft mit Haushaltungsartikeln war das Kaufhaus Stern am Marktplatz. Es wurde später von Richard Mendel und Ludwig Heß übernommen.

Es war schon die Rede davon, daß die Juden im Zeitalter der Emanzipation ein starkes Bildungsstreben kennzeichnete. Sie hatten eine Vorliebe für die sogenannten freien Berufe und strebten insbesondere die Berufe des Arztes und des Rechtsanwalts an. 1933 waren 16,25 % aller Rechtsanwälte im Deutschen Reich Juden, bei den Ärzten waren es 10,88 %. Einen jüdischen Arzt hat es in Gmünd nicht gegeben, wohl aber einen jüdischen Rechtsanwalt: David Heimann. In der Gründungsgeschichte haben wir schon von den Brüdern David und Louis Heimann gehört und von ihren geschäftlichen Gründungen in Gmünd. Ihr Vater wiederum, also der Großvater von Rechtsanwalt Heimann, kam aus Wallerstein. Damit waren die Heimann in früheren Jahrhunderten wohl Schutzjuden der Grafen von Öttingen-Wallerstein.

Die beiden Brüder David und Louis Heimann haben zunächst gemeinsam ein Manufaktur- und Modewarengeschäft am Marktplatz betrieben. Später trennen sie sich, d. h. Louis Heimann gründet ein eigenes Geschäft derselben Branche, das sich zunächst in der Kapuzinergasse, spä-



# Kirchenvorsteher = Wahl.

Am 31. Dezember 1908 ist die 6jährige Amtsperiode der
Herren Hermann Gutmann als Kirchenvorsteher abgelaufen,
weshalb eine Neuwahl vorgenommen wird.
Am 13. Dezember 08 stellte der Hr. B.V. Rabbi die Wahlliste an, die
vom 28. Dez. ab im Büro des Herrn Rechtsanwalt Scheel zur Einsicht für
die Wahl berechtigter Personen liegen müssen mindestens 3 Tage vor der
Wahl erfolgen, um sie Einsprüche machen zu können.
Die Wahl findet statt Freitag, den 8. Januar 1909
im Amtszimmer des Herrn Rechtsanwalt Scheel von 3-4 Uhr nachm.
Die Stimmberechtigten sind:

1. Juels Samuel
2. Gutmann Herman
3. Gutmann Siegfried
4. Herman Louis
5. Herman Albert
6. Isaakssohn Hugo
7. Kahn Bernh
8. Kahn Abraham
9. Lemberger Jos.
10. Lemberger Isidor
11. Mayer David
12. Mayer Gustav
13. Metz Alfred
14. Neumayer Louis
15. Neumayer Max
16. Rothschild Karl
17. Wasserman Herz
18. Ullmann Isaac

*Wählerliste zur Kirchenvorsteher-Wahl 1909, wahlberechtigt sind nur die erwachsenen Männer. Die Liste enthält die Unterschriften der 18 selbständigen Juden von damals.*

ter in der Kornhausstraße 10 befindet. Beide Familien sind in Gmünd zu Besitz und Ansehen gelangt. So erwirbt Louis Heimann das Haus in der Kornhausstraße, während die Familie David Heimann das stattliche Geschäftshaus am Marktplatz zu eigen hat, in dem sich heute die Filiale der Dresdner Bank befindet. Beide Brüder gehören zu den Gründungsmitgliedern der Gemeinde, beide gehören nacheinander dem Vorsteheramt an.

Louis Heimann hat daneben auch das Geldgeschäft betrieben, und im Weltkrieg 1914–1918 hat er sein Geld in Kriegsanleihen angelegt wie so viele andere Gmünder. 1918 ist er gestorben. Damit hört sein Geschäft auf, denn sein Sohn David hat eine ganz andere Laufbahn eingeschlagen. Er hatte in München, Heidelberg und Tübingen die Rechtswissenschaften studiert und war nach dem Staatsexamen in das bekannte Stuttgarter Rechtsanwaltsbüro Thalmessinger eingetreten, bevor er sich selbständig machte. Er hat sich im Jahre 1908 als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt Gmünd niedergelassen.

Rechtsanwalt Heimann hat damit die Sphäre des Handels, in der seine Vorfahren durch Jahrhunderte tätig gewesen waren, verlassen und ist in einen akademischen Beruf übergetreten. Er war zugelassen beim Amtsgericht Gmünd und beim Landgericht Ellwangen. Über drei Jahrzehnte lang, unterbrochen durch die Kriegsjahre 1914–1918, hat er seinen Beruf ausgeübt, hat sich in seiner ruhigen, zurückhaltenden Art Vertrauen erworben und eine angesehene Praxis innegehabt. Sein Verhältnis zu den Kollegen – es arbeiteten damals fünf, später sechs Anwälte in Gmünd – sowie zu den Richtern und Staatsanwälten war freundlich und kollegial. Jahrzehntelang lebte er mit seiner Familie im Hause des Kürschnermeisters Hegele am Marktplatz. Anfangs hatte er hier auch seine Kanzlei, später verlegte er sie ins elterliche Haus in der Kornhausstraße. Seine Frau stammte aus Straßburg und war die Nichte des Religionslehrers Uhlmann.

Ein weiterer Akademiker unter den Gmünder Juden war der Gymnasialprofessor Dr. Ludwig Spiro. Er stammte aus Wankheim, Oberamt Tübingen; seine Frau war die Tochter eines jüdischen Wundarztes in Buttenhausen. Spiro war im Gymnasialdienst tätig, erst in der Pfalz, wo seine beiden ältesten Kinder geboren sind, von 1901 bis 1906 in Gmünd, dann in Tübingen und ab 1917 wieder in Gmünd. 1902 trat er in Stuttgart zum evangelischen Bekenntnis über; auch alle Kinder werden evangelisch erzogen. Seine Frau dagegen blieb dem jüdischen Glauben treu. Dieser Übertritt zu einem christlichen Bekenntnis wird die Kinder später nicht vor der Vernichtungspraxis der Nationalsozialisten bewahren. Als Grund für den Übertritt kann man nur vermuten, daß Spiro sich dadurch ein besseres berufliches Vorwärtskommen versprach, auch seinerzeit für seine Kinder.

# Erster Weltkrieg und Weimarer Zeit, Statistik des Jahres 1933

## Die Juden im Ersten Weltkrieg

Nach Erlangung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung war es das Bestreben weiter Kreise des deutschen Judentums, sich möglichst weitgehend in das deutsche wirtschaftliche, politische und geistige Leben einzugliedern. Wir konnten dies auch in Gmünd beobachten. Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß die Juden in Gmünd wohlgelitten waren, daß die Behörden ihnen im allgemeinen Entgegenkommen zeigten. Unausgesprochen bestand freilich eine Kluft zwischen Juden und Christen. Rechtsanwalt Heimann war national eingestellt. Er mußte natürlich Kontakte pflegen zu den führenden Persönlichkeiten der Gmünder Gesellschaft und erschien daher bei offiziellen Anlässen, z. B. bei den Banketten an Kaisers Geburtstag, im Hotel Rad (Gmünder Hof). Dabei nahm er stets unten an der Tafel Platz; er war sich der Distanz bewußt. Sie lebten vielfach nebeneinander, Juden und Deutsche, nicht miteinander.

Seit den achtziger Jahren erhob sich der Antisemitismus in immer neuen Wellen. In der Abwehr dagegen wurde 1893 der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegründet; er fand auch in Gmünd seine Anhänger. Der Centralverein wollte die volle Einbürgerung der Juden in das deutsche Leben unter gleichzeitiger Wahrung jüdischen Selbstbewußtseins und jüdischen Geistes. Der Centralverein ist die eine der beiden großen Organisationen des deutschen Judentums – die andere, gegensätzlich gerichtet, ist die Zionistische Vereinigung. Irgendwelche Strebungen in Richtung Zionismus, d. h. die Juden aus Deutschland herauszulösen, sie als Volk, als Nation zu konstituieren und in Palästina anzusiedeln, sind in Gmünd vor dem Ersten Weltkrieg nicht festzustellen.

Als 1914 der Krieg ausbrach, eilten die Juden wie ihre nichtjüdischen Mitbürger zu den Fahnen und zeichneten Kriegsanleihen. Die jüdischen Verbände erließen einen Aufruf, in dem es heißt: „Daß jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. – Glaubensgenossen! Wir rufen euch auf, über das

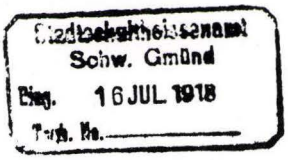
Maß der Pflicht hinaus eure Kräfte dem Vaterland zu widmen!" Diese betont nationale Einstellung ist auch bei den Gmünder Juden zu spüren. Nach einer Mitteilung von Alfred Uhlmann, der nach dem Krieg die Gmünder Ortsgruppe des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten" anführte, war eine beträchtliche Anzahl der Gmünder Juden Kriegsteilnehmer im Weltkrieg 1914–18, darunter die schon mehrfach genannten Siegfried Gutmann, David Heimann und Alfred Meth.

Die 10 413 Juden, die 1914 in Württemberg lebten, stellten 1610 Soldaten ins Feld. Von diesen sind 263 gefallen, 509 wurden verwundet, 568 erhielten Auszeichnungen. Von den jüdischen Kriegsteilnehmern aus Württemberg wurden 105 zu Offizieren befördert, von denen 24 gefallen sind, darunter Fritz Mayer, ein Sohn des Schuhfabrikanten und liberalen Politikers David Mayer. Außer Fritz Mayer sind noch drei Gmünder Juden gefallen, nämlich Wilhelm Fuchs, ein Sohn von Samuel Fuchs, Alfred Kahn, ein Sohn von Abraham Kahn und der aus Rexingen stammende Hugo Lehmann. Die Aufstellung von Alfred Uhlmann nennt noch weitere 18 jüdische Kriegsteilnehmer aus Gmünd. Die von Georg Stütz verfaßte Chronik „Gmünd im Weltkrieg" schildert in ihrer Ehrentafel ein Stoßtruppunternehmen des cand. rer. pol. Fritz Mayer.



*Max Marberg als Soldat im Ersten Weltkrieg in den Argonnen 1917*

Im Jahre 1917 übergab David Gutmann, der jüngere Bruder von Hermann Gutmann, der Hospitalverwaltung den Betrag von 20 000 Mark als Stiftung für bedürftige Kriegsinvaliden und deren Angehörige. Auch nach der Inflation hatte diese David-Gutmann-Stiftung ein namhaftes Kapital, aus dessen Ertrag jeweils Zuwendungen im Sinne des Stifters erfolgten, auch noch in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg.




Hochlöbl.

Stadtschultheißenamt

Gmünd.

Beim Verlassen der Schule in der Schmalzgrube beehrt sich das unterfertigte Amt den bürgerlichen Kollegien seinen Dank zu sagen für die langjährige Überlassung des Lokals an die Ehrenfriedsche Gemeinde.

Gmünd, den 11. Juli 1918

Für d. K. R. Amt
i. A.
Herr H. Uhlmann.

Dem Gemeinderat und Bürgerausschuss zur Kenntnis gebracht am 18.Juli 1918 § 790.

Z.B.

Ratsschreiber: Hahl

*Dankschreiben des Lehrers Hermann Uhlmann im Namen des Kirchenvorsteheramts für die langjährige Überlassung des Lokals in der Schmalzgrube*

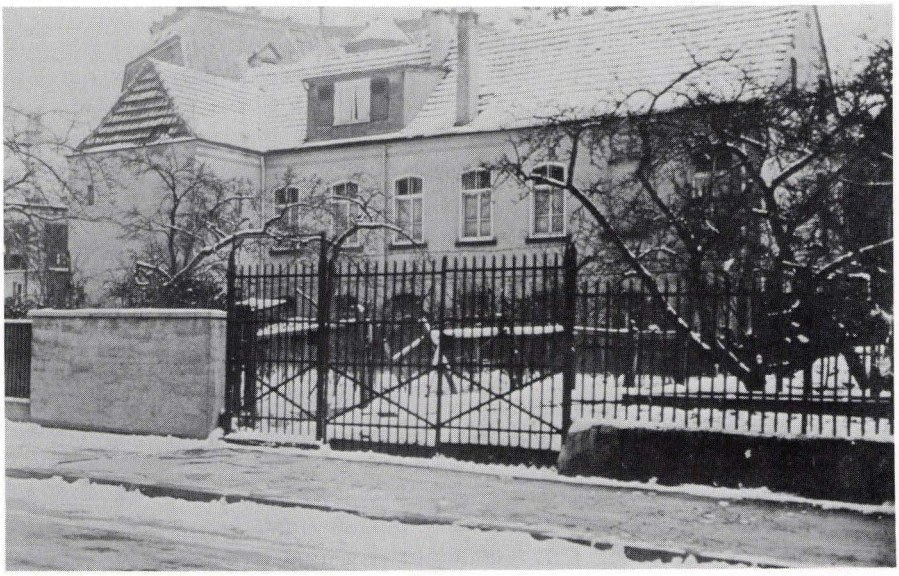
## Auf dem Weg zu einem eigenen Gotteshaus

Im letzten Kriegsjahr schien der jüdischen Gemeinde der Sprung in eine neue Unterkunft für Gottesdienst und religiöse Unterweisung zu gelingen: sie konnte in den Bolzschützensaal im Hotel Rad (nachher Gmünder Hof, heute Kaufhaus Woha) umziehen. Am 11. Juli 1918 dankt Hermann Uhlmann der Stadt für die jahrzehntelange Überlassung des Raumes in der Schmalzgrube. Aber diese Lösung war nicht von Dauer: bereits auf 1. Juli 1919 wurde den Juden der Bolzschützensaal wieder gekündigt. Es herrschte nach Kriegsende in Gmünd Wohnungsnot und große Knappheit an Räumen.

In die Schmalzgrube konnte man nicht zurück, sie war inzwischen der Handelsschule zugewiesen. So wandten sich die Juden erneut an die Stadt mit der Bitte, ihnen einen geeigneten Raum zu überlassen. Dabei wiesen sie auf die „alte Kaserne" hin, den heutigen Prediger; diese hatte die Stadt nach Kriegsende erworben. Das Schreiben war von Hermann Uhlmann, Gustav Mayer und Alfred Meth als Vorstehern der Gemeinde unterzeichnet. In einem weiteren Schreiben bezeichnen sie auch den



*Einweihung der Synagoge 1926, Ansicht von der Katharinenstraße*
*Die Synagoge stand dort, wo sich heute die Schalterhalle der Kreissparkasse befindet*



*Rückseite der Synagoge, von der Alléstraße*

gewünschten Raum: das ehemalige Refektorium. Der Gemeinderat lehnt zunächst ab mit Hinweis auf die große Wohnungsnot in Gmünd. Er möchte die Juden auf einen Saal im Bereich der ehemaligen Kirche des Dominikanerklosters verweisen. Doch die Juden bleiben hartnäckig. Schließlich kommt ein Kompromiß zustande: das Refektorium wird aufgeteilt. Die eine Hälfte erhalten die Juden, die andere das Arbeitsamt, das dringend Kanzleiräume sucht. Beim Einbau einer Trennwand ist auf den Schutz der Stukkaturen zu achten, heißt es im Gemeinderatsprotokoll. Die Juden erhalten die nördliche Hälfte des Refektoriums zugewiesen. Sie erstellen für ihren Betsaal einen eigenen Zugang vom Freudental aus. Der jährliche Mietzins beträgt 400 RM.

Wenige Jahre danach ging der langgehegte Wunsch nach einem eigenen Gotteshaus in Erfüllung. Gerade die Erfahrungen der Jahre 1918/19 mochten die führenden Männer der Gemeinde veranlaßt haben, mit verstärkter Energie danach zu trachten. Da bot sich nach der Inflation im Jahre 1925 eine Gelegenheit. Durch Vermittlung von Max Haecker, in dessen Haus Lehrer Uhlmann jahrzehntelang lebte, konnten die Juden die stillgelegte Zweiglesche Fabrik Katharinenstraße 4/1 unterhalb der Oberamtssparkasse, der heutigen Kreissparkasse, erwerben. Friedrich Zweigle hatte einst zusammen mit seinem Schwiegersohn Karl Battiany in dem 1897 errichteten Gebäude eine Gold- und Silberwaren-

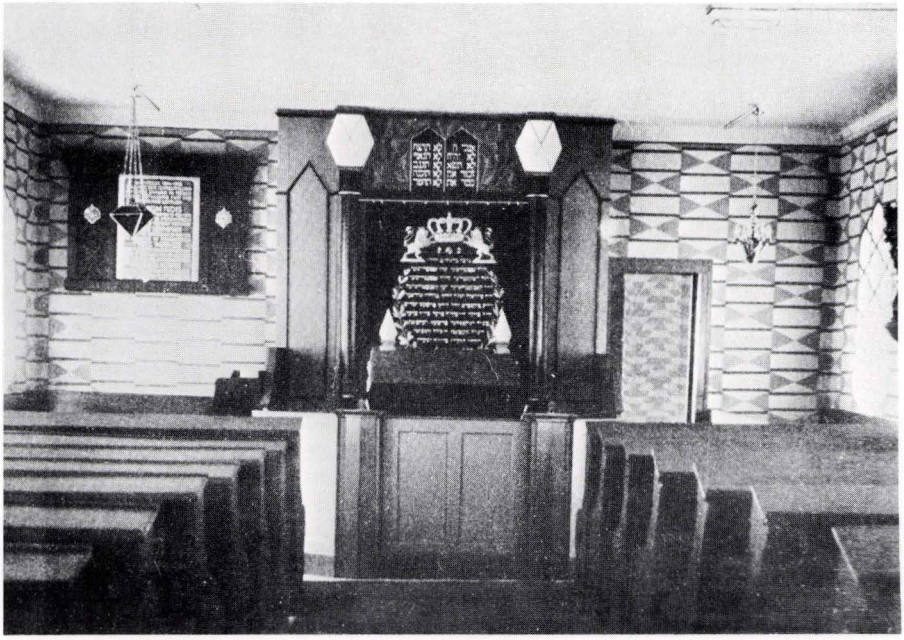
fabrik betrieben. Nach dem Tode seines Schwiegersohns und seiner Tochter war diese eingegangen, und der Greis erlebte noch die Umwandlung seiner Fabrik in eine Synagoge. Vierzehn Tage vor der Einweihung ist er gestorben.

Für die kleine Gemeinde mit ihren 21 Familien und nicht einmal hundert Seelen war der Kauf der Fabrik und ihr Umbau keine Kleinigkeit, auch wenn sie einige vermögende Mitglieder in ihren Reihen zählte. Der Kaufpreis betrug 22 000 RM, dazu kamen die Kosten des Umbaus. Neben dem Israelitischen Oberrat in Stuttgart, der einen Beitrag leistete, trugen sämtliche Gemeindemitglieder, sowie auswärtige Freunde durch Spenden, bzw. Darlehen dazu bei, daß die Kosten aufgebracht wurden.

Die Einweihung der Synagoge am 16. Mai 1926 war ein großes Fest. Die Gmünder Juden begingen den Tag mit berechtigtem Stolz. Neben den offiziellen Vertretern waren auch Abgesandte anderer Gemeinden im Land erschienen. Beide hiesigen Zeitungen von damals, die Remszeitung und die Gmünder Zeitung, rühmen den Opfersinn und den Eifer, mit dem die Gemeinde den Gedanken eines eigenen Gotteshauses verwirklicht habe. Der Bericht der Gmünder Zeitung vom 17. Mai 1926 spielt auf die frühere Verwendung des Gebäudes an, wenn er sagt: „Unterhalb der Oberamtssparkasse, an der Stätte, wo viele Jahre hindurch fleißige, kunstgeübte Hände das Edelmetall zu Schmuck und Kunstgegenständen verarbeiteten, ist nun ein Bethaus entstanden." Den Umbau hatte Regierungsbaumeister Bloch aus Stuttgart durchgeführt. Die Zeitungen loben, daß er mit einfachen Mitteln einen stimmungsvollen Raum geschaffen habe. Die Remszeitung veröffentlicht in ihrer Nummer vom 22. Mai 1926 eine Aufnahme vom Inneren der neuen Synagoge. Links und rechts sind je 36 Sitzplätze angebracht. In der Mitte vorn fällt die Heilige Lade ins Auge, die mit einem goldbestickten Samtvorhang geziert ist. Oben sind die beiden Gesetzestafeln zu sehen mit den Anfangsworten der Zehn Gebote. Die Heilige Lade ist der Schrein mit den Thora-Rollen, auf denen nach alter Überlieferung die fünf Bücher Moses handschriftlich aufgezeichnet sind.

Links hängt an der Wand eine Gedenktafel für die gefallenen Krieger der israelitischen Gemeinde. Vor dieser Tafel brennt das „Ewige Licht". Rechts bemerkt man die Sabbatlampe und den Leuchter für Jahreszeiten und Weihefest. Am Pult in der Mitte spricht der Vorbeter die Gebete und liest die Thora-Abschnitte. Durch eine Seitentür gelangt man von der Synagoge in das Schulzimmer.

Bei der Feier sprach Margot Gutmann, die Tochter von Bankier Siegfried Gutmann, den Prolog. Nach der Schlüsselübergabe hielt Lehrer Uhlmann die Begrüßung. Dieser Augenblick ist auf dem Foto Seite 8 festgehalten. Danach überbrachte Oberrechnungsrat Scheel für den er-



*Das Innere der Gmünder Synagoge*

krankten Oberbürgermeister Lüllig die Glückwünsche der Stadt. Unter Harmoniumsklängen erfolgte dann der Einzug in das neue Gotteshaus. Die Thora-Rollen, die zuvor in feierlichem Aufzug mit Kutschen vom Betsaal in der Alten Kaserne zur neuen Synagoge überführt worden waren, wurden nun in den Schrein gebracht und dort eingeschlossen. Ein bedeutsamer Augenblick war die Entzündung des Ewigen Lichtes durch Rabbiner Dr. Kroner aus Oberdorf, der dabei die Worte sprach: „Entflamme du Licht des Geistes, der Wahrheit, der Hoffnung und des Friedens." In seiner Weiherede deutete der Rabbiner das Gotteshaus als eine Stätte des Lichtes, der Freude und des Rechts und bezeichnete es als Eingangspforte zum Himmel.

Wie könnte man in diesem Zusammenhang vergessen, daß der verheerende Ungeist, der dann über Deutschland hereinbrach, bereits acht Jahre später, im Mai 1934, die Synagoge zum ersten Mal geschändet hat. Stadtrabbiner Dr. Paul Rieger, Stuttgart, ging in seiner Festansprache auch auf die mittelalterliche Judengemeinde ein und hob hervor, daß schon im Jahre 1258 die Gmünder Juden ein eigenes Gotteshaus und eine Schule gegründet hätten. Rieger pries die neue Synagoge als eine „Stätte der Einigung und Versöhnung, als Tempel der Liebe und



*Aufführung eines Sketches „Die Einweihung des ersten Tempels in Jerusalem" anläßlich der Synagogen-Einweihung. Von rechts nach links: Aenny Marberg, Liselotte Marberg, Richard Heimann, Ernst Ludwig Heimann*

echten Gemeinschaftsgeistes." Er dankte den Männern, die sich in besonderer Weise um das Werk verdient gemacht hätten: Gustav Mayer und Alfred Meth, und bemerkte dazu: „Wer ein Gotteshaus stiftet, baut sich einen Gottesthron im Herzen." Bei der Feier wirkte auch der Synagogenchor unter der Leitung von Hermann Uhlmann mit; die Begleitung der Chöre hatte Studienrat Wekenmann vom Katholischen Lehrerseminar Gmünd übernommen, ein schönes Zeichen christlich-jüdischer Zusammenarbeit in jenen Tagen. Nach der Einweihung führten die damaligen Schüler Liselotte und Aenny Marberg, sowie Richard und Ernst Heimann einen selbst verfaßten Sketch auf: Die Einweihung des ersten Tempels in Jerusalem.

Stadtrabbiner Dr. Rieger war bei der Einweihung der Gmünder Synagoge der Vertreter des Israelitischen Oberrats in Stuttgart, dem er als theologisches Mitglied angehörte. Er besaß auch als Gelehrter und Pädagoge einen Namen und verfaßte den beschreibenden Teil des Werkes „Jüdische Gotteshäuser und Friedhöfe in Württemberg", das 1932 erschienen ist und in dem das Innere der Gmünder Synagoge abgebildet war.

Der Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, wie er in der vollständigen Bezeichnung heißt, ist nach der Neuordnung

von 1924 die oberste Verwaltungsbehörde der württembergischen Juden und damit das Nachfolgeorgan der früheren Oberkirchenbehörde gewesen.

Präsident des Oberrats ist in der zweiten Wahlperiode 1929–1935 Ministerialrat Dr. Otto Hirsch, ein Mann, der in der schweren Zeit, die ab 1933 hereinbrach, mit Mut und Entschlossenheit die Geschicke der Gemeinschaft leitete und schließlich ein Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung geworden ist. Neben dem Oberrat gibt es die von den Gemeinden gewählte Landesversammlung als gesetzgebendes Organ, dem der Oberrat für seine Amtsführung verantwortlich war. Die Landesversammlung erließ jedes Jahr die Steuersatzung für die Gemeinden.

## Trennung von Oberdorf

Damals gab es 51 jüdische Gemeinden im Lande, die in 11 Rabbinatsbezirken zusammengefaßt waren.

Ihre Zahl ging weiter zurück. Nach dem Tod von Rabbiner Dr. Kroner im Jahre 1930 wurde das Rabbinat Oberdorf aufgelöst. Die Zahl der Juden war dort mittlerweile stark zurückgegangen. Die Verbindung der Gmünder Juden zu Oberdorf hört auf. Neuer Begräbnisplatz für sie wird die jüdische Abteilung des Pragfriedhofs in Stuttgart.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges und in den wirren Nachkriegsjahren strömten Juden aus dem polnisch-russischen Raum, sogenannte Ostjuden, in beträchtlicher Zahl nach Deutschland. Die Zuwanderer gingen vor allem nach Berlin und ins sächsische Gebiet, weniger nach Süddeutschland. Das Einströmen dieser vielfach armen, in ihrer altertümlichen Tracht fremdartig wirkenden Juden gab dem stets wachen Antisemitismus neue Nahrung, aber auch die einheimischen assimilierten Juden erlebten diesen Vorgang mit Unbehagen. In Gmünd tauchten solche Ostjuden für kurze Zeit auf und verschwanden meist wieder.

Geblieben ist für einige Jahre nur Emil Laster mit seiner Familie, der aus Popielniki in der Ukraine stammte. Er hatte sich zunächst in München niedergelassen und betrieb nun in der Nikolausgasse in Gmünd eine Leder- und Schäftehandlung. Die Familie hatte eine dürftige Existenz. Emil Laster ist bereits im April 1933 gestorben, worauf seine Frau mit den drei Kindern wieder nach München zieht. Auch der letzte Religionslehrer der Gemeinde in Gmünd, Dr. Josef Wochenmark, stammte aus dem Ostjudentum.

Gewann das zahlenmäßig stagnierende deutsche Judentum durch die

Zuwanderung aus dem Osten, so erlitt es durch die steigende Zahl der Mischehen wieder Verluste. Fälle, in denen bei einer Mischehe der nichtjüdische Teil zum Judentum übertrat, waren äußerst selten, und die Kinder aus Mischehen wurden in der Regel im christlichen Bekenntnis des nichtjüdischen Teils erzogen. Das ist auch bei der kleinen Zahl der hiesigen Mischehen zu beobachten: in beiden Fällen werden die Kinder aus solchen Ehen evangelisch erzogen.

Wirtschaftliche Neugründungen von größerer Bedeutung fanden in dem Gmünd der zwanziger und frühen dreißiger Jahre nicht statt. Abgesehen von wenigen Jahren lag die Stadt mit ihrer einseitigen wirtschaftlichen Struktur sehr darnieder.

Die Familie Gutmann hatte wohl durch den Ausgang des Krieges erhebliche Verluste erlitten. Siegfried Gutmann, von dem in einem früheren Abschnitt schon die Rede war, wird als Bankier nicht so günstig beurteilt wie sein Vater. Er hatte offenbar nicht die überlegene Art des Vaters, ist aber auch in eine ungleich schwierigere Zeit hineingestellt gewesen. 1914 ist er von der Württembergischen Vereinsbank als Direktor übernommen worden.

Die Verluste, welche die Familie erlitten hat, werden sichtbar in den Veränderungen, die im jüdischen Grundbesitz vor sich gehen. Beide Häuser, die die Familie Gutmann vor dem Krieg besessen hat, gehen in andere Hände über. Das Gebäude Kalter Markt 16, das einst der Sitz der Bankfirma Gutmann und Söhne gewesen war und in dem Siegfried Gutmann bis zu seinem Wegzug aus Gmünd wohnt, geht an die Besondere Ortskrankenkasse über, und das Haus Königsturmstraße 18 erwirbt der Schuhfabrikant Gustav Mayer.

## Veränderungen in den Zwanziger Jahren

Siegfried Gutmann versucht es 1923 mit einer neuen Bank: zusammen mit dem Apotheker Erwin Naschold in Wiesbaden gründet er die Firma Gutmann und Naschold, ein Bankgeschäft, das auch den Handel mit Edel- und Nichtedelmetallen betreibt. Die Bank hat ihren Sitz in dem Gebäude hinter dem Rathaus, dort, wo sich heute das Reisebüro Abt befindet. Naschold ist bereits 1925 ausgeschieden. Siegfried Gutmann wird Alleininhaber, das Geschäft behält jedoch den Firmennamen Gutmann und Naschold, solange es besteht (bis 1936). Diese Bank hat unter den weit schwierigeren Verhältnissen, die nach dem Ersten Weltkrieg bestehen, nie die Bedeutung erlangt, welche die Firma Gutmann

und Söhne einst im Gmünder Geschäftsleben besessen hat. Sie blieb klein, und es fehlte ihr an Kapital. Vorübergehend besitzt die Bank Gutmann und Naschold, die bei den geschäftlichen Zusammenbrüchen in der Gmünder Schmuckindustrie anfangs der dreißiger Jahre beträchtliche Verluste erleidet, das Haus Oberbettringer Straße 63, das bald an Manfred Meth übergeht.

Weitblickend handelt Siegfried Gutmann, als er 1927 zusammen mit Eugen Pfeiffer und August Nutz die Omnibus-Gesellschaft gründet, ein Unternehmen, das aus der verkehrsmäßigen Erschließung des Gmünder Raumes nicht wegzudenken ist. Im Dritten Reich, als die „Arisierung der Betriebe" mit entsprechendem Nachdruck betrieben wurde, hat Gutmann seinen Anteil an der Gesellschaft verkauft und ist ausgeschieden. Wie schon vor dem Krieg hat Siegfried Gutmann immer wieder versucht, außerhalb des Judentums Fuß zu fassen. Im „Museum", das vor und nach dem Krieg als die exklusivste Gruppe der Gmünder Gesellschaft galt, fanden die Juden offenbar keinen Zugang. Dagegen verkehrten im „Gmünder Kasino", das der Fabrikant Gustav Herzer gründete, Siegfried Gutmann und Alfred Meth.

Im Tennisclub „Hardt" spielte Kurt Gutmann, der Sohn von Siegfried Gutmann, in den Jahren vor 1933 eine gewisse Rolle. Er ist 1908 in Gmünd geboren, wurde nach einer kaufmännischen Lehre Vertreter der Firma Giuseppe Knoll und reiste für sie, hauptsächlich in Italien. Die Generation der jüngeren Juden, der außer Kurt Gutmann auch Rudolf Mayer, ein Sohn von Gustav Mayer, und Manfred Meth angehörten, konnte wegen der Ungunst der Verhältnisse, die ab 1933 eintrat, in Gmünd nicht mehr zu voller Wirksamkeit gelangen.

David Mayer, den wir als liberalen Politiker in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bereits kennen, zieht sich nach dem Krieg aus der Firma zurück und überläßt seinen Anteil an der Schuhfabrik R. J. Mayer seinem Sohn Josef. Dieser stirbt jedoch als Vierzigjähriger bereits im Jahre 1930. Er hinterläßt eine Witwe, Frau Beta Mayer, und zwei minderjährige Söhne. David Mayer und die Familie seines Sohnes wohnten in dem Gebäude Höferlesbach 7.

Eine Gründung der zwanziger Jahre soll noch erwähnt werden: es ist die Silberwarenfabrik Käser und Uhlmann, gegründet 1920. Sie ist schon deshalb bemerkenswert, weil hier ein Nichtjude: Julius Käser, von Haus aus Metalldrücker, mit einem Juden: Alfred Uhlmann, dem ältesten Sohn des Religionslehrers, geschäftlich zusammenging. Zusammengebracht hat die beiden Max Haecker. Die Fabrik stellte Leuchter und Service her; sie beschäftigte zeitweise über 40 Personen. Die beiden Inhaber haben gut zusammengearbeitet. Alfred Uhlmann baute sich im Jahre 1928 ein stattliches Wohnhaus am Straßdorfer Berg, das er nur wenige Jahre bewohnen konnte. Er neigte zum Zionismus und erkannte

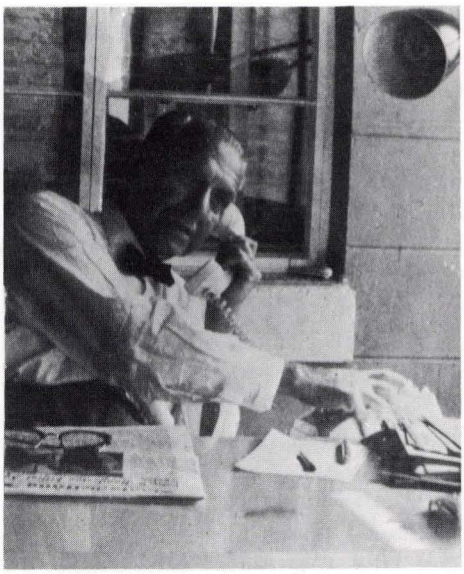
nach der „Machtergreifung" sehr rasch, daß es für ihn und seine Familie keine Zukunft mehr gab in Deutschland. Er entschloß sich bereits 1934 zur Auswanderung und ging nach Palästina, das damals noch britisches Mandatsgebiet war. Aber auch sein nichtjüdischer Geschäftspartner, Julius Käser, ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, kehrte Deutschland den Rücken; er ging nach Blumenau in Brasilien. So hört die Firma Käser und Uhlmann, die vorher die Jahre der Krise gut gemeistert hatte, auf zu bestehen. Das Geschäft mit seinen Einrichtungen ging durch Schenkung an die Schwester von Käser, Frau Fanny Lauerwald, und deren Mann über.

Im Jahre 1932 hat Helene Dreifuß geb. Rothschild im Gebäude der ehemaligen Hahnenbrauerei eine Wäscherei eingerichtet – ein Geschäft, das sich ordentlich anließ, das sie aber nur wenige Jahre innehatte. Es wurde dann von Julius Pfisterer übernommen und unter dessen Namen weitergeführt.

Alfred Meth betrieb, wie wir gesehen haben, das Geschäft in großem Stil. So ist er schließlich noch ins Filmgeschäft eingestiegen. Er erwarb in der Nähe seines Kaufhauses einen Schuppen und baute ihn zum Kino um. Das waren dann die „Gamundia-Lichtspiele", die auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine zeitlang bestanden. Meth verpachtete das Kino an die Lichtspiel-Betriebsgesellschaft Laupheim, 1933 wurde Carl Burkhart Pächter des Kinos.



*Kaufhaus Meth von der Ecke der Augustinuskirche aus*



*Alfred Meth am Schreibtisch*

Meth hat auch viel geholfen, nicht nur seinen Glaubensgenossen, sondern weit darüber hinaus. Und Not hat es in Gmünd all die Jahre seines Hierseins gegeben, von der Zeit des ersten Krieges bis zu den schweren Jahren der Wirtschaftskrise ab 1929, die in Gmünd doppelt zu spüren war. Er hat alljährlich Spenden in die Anstalten der Hilfsbedürftigen geschickt, also ins Blindenasyl, in die Altersheime, ins Marienheim und in die Gehörlosenanstalten. Man kann solche Hilfe, wie sie die großen Kaufhäuser auch heutzutage üben, gewiß unter dem Gesichtspunkt der Werbung ansehen, doch die Hilfstätigkeit Meths ging darüber hinaus.

## Geschäftliche Niedergänge

Die wirtschaftliche Lage war in den zwanziger Jahren in Gmünd alles andere als erfreulich, abgesehen vielleicht von den Jahren 1927–1929; ab 1931 war sie katastrophal. So erlitten viele Unternehmungen Schiffbruch, darunter auch einige jüdische.

Der Optiker Hugo Jontofsohn, der aus Löbau stammte und von 1905 bis 1929 in Gmünd eine Fabrik für optische Goldwaren betrieb, ging in Konkurs und zog anschließend nach Heidenheim. Das Geschäft, das sich

zuletzt in der Rinderbachergasse befand, ist wohl nie so recht zur Blüte gekommen.

Dann scheiterte die Spielwarenfabrik Leopold Kahn und Co, Inhaber Abraham Kahn und Leopold Kahn. Sie stellte Stofftiere her, Bären und Elefanten, und stand hier in starker Konkurrenz zu größeren Betrieben dieser Branche. Das Geschäft, das sich am Mühlbergle befand, wurde am 2. Mai 1930 eingestellt.

Auch Richard Mendel und sein Schwager Ludwig Heß hatten kein Glück mit der Firma Stern, Glas- und Haushaltswaren am Marktplatz. Ihr Geschäft endet im März 1931.

Schließlich mußte ein altes angesehenes jüdisches Geschäft schließen: David Heimann am Marktplatz (am 11. August 1932). Dieses Geschäft für Damenkonfektion hatte jahrzehntelang bestanden und endete nun in der dritten Generation. Zuletzt befand es sich im Besitz von Sofie Heimann und deren Sohn Ludwig. Dieser war im Geschäft nicht mehr so tüchtig wie sein Vater Albert, der bereits 1924 gestorben war. Das Gebäude Marktplatz 29 ging an die Brüder Altschüler in Heidelberg über, die Halbjuden waren. Die Firma Altschüler, die einen umfangreichen Schuhhandel betrieb, unterhielt ihre Filiale in Gmünd bis vor kurzem.

1933 endete noch ein jüdisches Unternehmen, allerdings nicht in Gmünd selbst, wohl aber in Leinzell: die Trikotagenfabrik Julius Uhlmann. Der Inhaber stammte aus Stuttgart und war mit dem mehrfach genannten Religionslehrer nicht verwandt. Uhlmann hatte durch seine Fabrik, teilweise auch in Heimarbeit, etwa 200 Leinzeller beschäftigt. Der Zusammenbruch brachte den Ort in bittere Not, die Remszeitung rief zu einer Hilfsaktion auf. Uhlmann, der übrigens der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht mehr angehörte, hat in Leinzell kein gutes Andenken hinterlassen. Seinem aufwendigen Lebensstil gab man die Hauptschuld an dem Bankrott. Von dem Ende des Unternehmens war auch die Stadt Gmünd direkt berührt und zwar dadurch, daß Uhlmann einige Jahre zuvor das Fabrikanwesen auf der Wilhelmshöhe (an der Charlottenstraße) gekauft und versprochen hatte, dort einen Filialbetrieb einzurichten. In der Zeit der Massenarbeitslosigkeit wäre eine solche Ergänzung durch einen Textilbetrieb den damaligen Stadtvätern hoch willkommen gewesen, und auf Drängen der Stadtverwaltung hatte die Oberamtssparkasse Uhlmann bereits ein Darlehen in beträchtlicher Höhe für das Projekt Wilhelmshöhe gegeben. Daraus ist nichts geworden. All diese geschäftlichen Zusammenbrüche zogen naturgemäß auch Gmünder Geldinstitute in Mitleidenschaft.

In den genannten Fällen mußten sich die bisherigen Eigentümer mit ihren Angehörigen meist kümmerlich durchschlagen. Sie arbeiteten danach als Handelsagenten, Vertreter und Reisende, teilweise eröffnen die

Frauen ein Geschäft. So beginnt Frau Marta Heß einen Handel mit Holzwaren, Frau Erna Mendel einen Neuheitenvertrieb.

Es gab auch, Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, durchaus arme Juden in Gmünd, und zwar schon in den zwanziger Jahren. Dazu gehörte auch die eine oder andere Viehhändlersfamilie. Von neun Viehhändlern in Gmünd waren 1931 vier Juden. Die staatliche Sozialpolitik war in den Jahrzehnten vor und nach dem Ersten Weltkrieg bei weitem nicht so ausgebaut wie heute. So hatten die Juden einen eigenen Wohltätigkeitsverein gegründet für ihre notleidenden Gemeindemitglieder. Vorstand dieses Israelitischen Wohltätigkeitsvereins Gmünd war Siegfried Gutmann.

Wie die Juden gesellschaftliche Verbindungen suchten mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern, habe ich bereits mehrfach angedeutet. Eine ganze Reihe von ihnen waren Mitglieder in Gmünder Vereinen. So waren Hermann Heimann und sein Neffe Ludwig Heimann eifrige Sänger im Männergesangverein. Im Tennisclub Hardt fungierte Kurt Gutmann als Kassenwart. Hugo Kahn spielte in der Hockey-Mannschaft der Normannia, und Ludwig Neumaier, ein begeisterter Fußballer, stiftete der Mannschaft der Normannia einen neuen Dreß. Über die Schulklassen, seien es die Klassen des Realgymnasiums oder der Mädchenrealschulen, seien es Klassen der Volksschule oder der Handelsschule, ergaben sich natürlich Verbindungen mit jüdischen Klassenkameraden, und mancher ältere Gmünder erinnert sich heute noch seiner jüdischen Mitschüler. An den Tanzstunden nahmen vor 1933 ganz selbstverständlich auch junge Juden und jüdische Mädchen teil. Daraus entstanden Bindungen, die weit über die Schuljahre hinaus bestanden und sich zum Teil auch in den Jahren der Diskriminierung der Juden bewährten.

Die Juden lebten in Gmünd zumeist friedlich mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern zusammen. Die Schwere der Zeit machte sich auch bei ihnen bemerkbar. Sie hatten wirtschaftlich und beruflich zu kämpfen. Gut verdienten nur ganz wenige von ihnen. Natürlich gab es in den zwanziger Jahren wie schon vor dem Krieg auch den Typ des „reißerischen" Juden, der hier nur ein kurzes Gastspiel gab. Er kam nach Gmünd, gründete rasch ein Geschäft, trieb eine Zeitlang eine aufreizende Propaganda und verschwand meist nach wenigen Monaten wieder. Aber solche kurzlebigen Gründungen, ohne rechten wirtschaftlichen Rückhalt, kommen auch heute noch vor – ohne Juden.

1932 trat der langjährige Religionslehrer und Gemeindepfleger Hermann Uhlmann in den Ruhestand. Seit dem Jahre 1928 wohnte er bei seinem Sohn Alfred am Straßdorfer Berg. Nach dem Tode seiner Frau Jenny, die mit an führender Stelle stand im Wohltätigkeitsverein, zog er noch nach Stuttgart, wo er 1935 starb. Hermann Uhlmann und seine Frau sind auf dem alten Judenfriedhof in Stuttgart, der ein Teil des

Pragfriedhofs ist, beigesetzt. Es bewegt uns jetzt die Frage: wie haben die Gmünder Juden den aufkommenden Nationalsozialismus eingeschätzt? Wie haben sie über die Bewegung Adolf Hitlers gedacht?

Ausgangs der zwanziger Jahre, so schreibt einmal Richard Heimann in einem Brief, habe niemand von seiner Elterngeneration daran gedacht, daß Hitler und die „Hakenkreuzler" je an die Macht kommen würden. Noch 1928 hatte Hitlers Partei ganze 2,6 % der Stimmen bei der Reichstagswahl bekommen. Wie viele ihrer Zeitgenossen nahmen die Juden Adolf Hitler und seine Bewegung nicht sonderlich ernst. Eher vermuteten sie, daß der Nationalsozialismus bald abwirtschaften würde. Es gab allerdings auch Stimmen unter ihnen, die Hitler für gefährlich hielten. Als dann die Woge des Nationalsozialismus 1932 riesenhaft anschwoll, sahen die Juden dem heraufziehenden „Dritten Reich" natürlich mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Auch in Gmünd hatte die Partei ihre Anhänger gefunden, wenngleich es jahrelang nur wenige waren, und endeten die Propaganda-Umzüge der SA auf dem Marktplatz mit dem barbarischen Schlachtruf: „Deutschland erwache – Juda verrecke!" Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Wurzeln des Nationalsozialismus darzulegen. Darüber sind schon viele Bücher geschrieben worden. Es genügen folgende Feststellungen. In seiner Wiener Zeit hat sich der junge Hitler auch mit den Lehren des rassischen Antisemitismus befaßt. Was letzten Endes der Anlaß war für den wahnsinnigen Judenhaß bei ihm, wissen wir nicht. Wir wissen nur eines: dieser rassische Antisemitismus zielte nicht nur auf Zurückdrängen des jüdischen Einflusses in Wirtschaft und Kultur wie der Antisemitismus vergangener Jahrzehnte, sondern auf Ausmerzung und Vernichtung. Und Hitler meinte es ernst damit, er hat daran keinen Zweifel gelassen.

In welchem Zustand befand sich die jüdische Gemeinde in Gmünd zu Anfang des Jahres 1933? Als Religionslehrer amtierte nun Moritz Warscher; er weilte nur zwei Jahre in Gmünd, von 1932 bis 1934. Im Vorsteheramt waren die Herren Gustav Mayer, Siegfried Gutmann, David Heimann und Alfred Meth tätig. Die Gemeinde war noch vollständig intakt; in letzter Zeit war sie sogar wieder etwas gewachsen. Bei meinen jahrelangen Nachforschungen komme ich auf 97 Juden, die 1933 in Gmünd gelebt haben. Es ist damit allerdings nicht gesagt, daß sie das ganze Jahr 1933 über in Gmünd anwesend waren. Außerdem ist zu beachten, daß nicht alle Glaubensjuden waren. Die amtliche Statistik registriert nach der Volkszählung am 10. Juni 1933 nur 90 Juden in Gmünd. Die Namen der im Jahre 1933 in Gmünd lebenden Juden und ihre weiteren Schicksale enthält die folgende Liste:

## Liste der Gmünder Juden im Jahre 1933

| Name, Vorname<br>Geburtstag, -ort | Beruf<br>Familienstand | Wohnung<br>in Gmünd | Bemerkungen<br>weit. Lebensweg |
|---|---|---|---|
| Burin Alfred<br>9.1.1907<br>Recklinghausen | Kaufmann<br>ledig | Parlerstr. 2 | 1935 Heirat<br>mit Liselotte Marberg,<br>1936 Palästina,<br>später USA |
| Dreifuß Helene<br>geb. Rothschild<br>28.2.1906 Gmünd | Geschäftsfrau<br>gesch. | Vord. Schmied-<br>gasse 18 | 1935 Palästina |
| Einstein Karola<br>geb. Silbermann<br>13.2.1876 Nürnberg | Hausfrau<br>verw. | Unt. Zeisel-<br>bergstr. 19 | 1935 Nürnberg,<br>deportiert 10.9.42<br>Theresienstadt,<br>verschollen |
| Einstein Josef<br>28.11.1898<br>Göppingen | Kaufmann<br>ledig | Unt. Zeisel-<br>bergstr. 19 | gestorben Erfurt<br>22.8.1935 |
| Fuchs Arthur<br>14.8.1888 Gmünd | ohne Beruf<br>ledig | Marktplatz 32 | 1940 Heilanstalt<br>Heggbach Kr. Biberach,<br>1942 Bendorf-Sayn,<br>von dort<br>15.6.1942 abtransport.,<br>verschollen |
| Fuchs Ella Bertha<br>20.5.1881<br>Stuttgart | Geschäftsfrau<br>ledig | Marktplatz 32 | dep. 26.4.1942 Izbika<br>verschollen |
| Gutmann Siegfried<br>29.3.1878 Gmünd | Bankier<br>verh. | Kalter Markt 16 | 1937 Stuttgart,<br>später USA |
| Gutmann Rosa<br>geb. Hirsch<br>27.4.1887<br>Altdorf Bez. Ettenheim | Hausfrau<br>verh. | Kalter Markt 16 | 1937 Stuttgart,<br>später USA |
| Gutmann Kurt<br>12.3.1908 Gmünd | Vertreter<br>ledig | Kalter Markt 16 | nach 1933 teils Gmünd,<br>teils Mailand,<br>später USA |
| Gutmann Margot<br>5.11.1910 Gmünd | Sekretärin<br>ledig | Kalter Markt 16 | 1937 Stuttgart,<br>später USA |
| Heimann David<br>6.6.1879 Gmünd | Rechtsanwalt<br>verw. | Marktplatz 8 | 1939 Stuttgart,<br>1941 USA<br>gest. 5.12.1947<br>in New York |
| Heimann Richard<br>17.4.1916 Gmünd | Schüler<br>ledig | Marktplatz 8 | 1936 Stuttgart<br>1939 USA |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Heimann<br>Ernst-Ludwig<br>17.1.1921 | Schüler<br>ledig | Marktplatz 8 | 1937 Groß-Breesen<br>(Schlesien)<br>1939 USA |
| Heimann Fanny<br>20.6.1870 Gmünd | Hausfrau<br>ledig | Uferstr. 48 | 14.5.42 Eschenau<br>Kr. Heilbronn<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt<br>dort gest. 11.9.42 |
| Heimann Hermann<br>10.3.1880 | Vertreter<br>ledig | Uferstr. 48 | dep. 26.4.1942 Izbika,<br>verschollen |
| Heimann Sofie<br>geb. Gutmann<br>28.3.1877<br>Braunsbach | Hausfrau<br>verw. | Marktplatz 29 | 20.7.1938 Thalheim<br>b. Heilbronn |
| Heimann Ludwig<br>8.1.1900 Gmünd | Kaufmann<br>verh. | Marktplatz 29 | 1938 USA |
| Heimann Herta<br>geb. Gumbrich<br>11.2.1905 Stuttgart | Hausfrau<br>verh. | Marktplatz 29 | 1938 USA |
| Heimann<br>Walter Albert<br>22.9.1932 Stuttgart | Kind | Marktplatz 29 | 1938 USA |
| Heimann Paul<br>26.4.1910 Köln | Kaufmann<br>ledig | Königsturm-<br>straße 29 | verläßt Gmünd<br>28.2.1933<br>auf Reisen |
| Heß Ludwig<br>7.6.1888 Fürth | Kaufmann<br>verh. | Katharinen-<br>straße 11 | 1940 USA |
| Heß Marta<br>geb. Mendel<br>16.12.1885<br>Niederwiesen<br>Kr. Alzey | Hausfrau<br>verh. | Katharinen-<br>straße 29 | 1940 USA |
| Heß<br>Liselotte Babette<br>7.2.1925 Stuttgart | Schülerin<br>ledig | Katharinen-<br>straße 29 | 1940 USA |
| Kahn Abraham<br>26.1.1869<br>Schluchtern Bez. Amt<br>Eppingen/Bad. | Reisender<br>f. Schuhe<br>verh. | Ledergasse 12 | 14.3.1939<br>Bad Cannstatt<br>gest. 27.3.1942<br>Dellmensingen |
| Kahn Selma<br>geb. Maier<br>7.6.1873 Horkheim<br>Kr. Heilbronn | Hausfrau<br>verh. | Ledergasse 12 | 1939 Bad Cannstatt<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt<br>29.9.42 Maly Trostinec<br>für tot erklärt |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kahn Leopold<br>20.8.1898 Gmünd | Reisender<br>f. Schuhe<br>ledig | Ledergasse 12 | 14.3.1939<br>Bad Cannstatt<br>dep. 1.12.1941 Riga |
| Kahn Arnold<br>4.6.1889 Zürndorf<br>BA Fürth | Kaufmann,<br>Geschäftsführer<br>b. Meth, verh. | Königsturm-<br>straße 6 | 1936 Stuttgart<br>1939 USA |
| Kahn Hermine<br>geb. Mayer,<br>8.10.1899<br>Mönchsroth | Hausfrau<br>verh. | Königsturm-<br>straße 6 | 1936 Stuttgart<br>1939 USA |
| Kahn Ernst Michael<br>28.3.1926 Gmünd | Schüler<br>ledig | Königsturm-<br>straße 6 | 1936 Stuttgart<br>1939 USA |
| Laster Emil<br>22.10.1883<br>Popielniki<br>(Ukraine) | Vertreter<br>verh. | Kapuziner-<br>gasse 4 | gest. 27.4.1933<br>in Grötzingen<br>OA Nürtingen |
| Laster Dora<br>geb. Goldmann<br>3.10.1895 Berlin | Hausfrau<br>verh. | Kapuziner-<br>gasse 4 | 1934 München<br>dep. 3.4.1942<br>nach dem Osten,<br>verschollen |
| Laster Edith<br>7.6.1924 München | Schülerin<br>ledig | Kapuziner-<br>gasse 4 | 1934 München |
| Laster Herbert<br>13.7.1925 Gmünd | Schüler<br>ledig | Kapuziner-<br>gasse 4 | 1934 München |
| Laster Herta<br>12.3.1930 Gmünd | Kind | Kapuziner-<br>gasse 4 | 1934 München |
| Lemberger David<br>28.7.1862 Detroit | Viehhändler<br>verh. | Marktplatz 24 | gest. 19.3.1934 Gmünd |
| Lemberger Emma<br>geb. Majer<br>23.1.1868 Horkheim | Hausfrau<br>verh. | Marktplatz 24 | gest. 1.4.1939 Gmünd |
| Lemberger Isidor<br>9.10.1891 Rexingen | Viehhändler<br>verh. | Moltkestr. 19 | 1940 USA |
| Lemberger Berta<br>geb. Furchheimer<br>19.8.1893 Hohebach<br>OA Künzelsau | Hausfrau<br>verh. | Moltestr. 19 | 1940 USA |
| Lemberger Manfred<br>15.5.1920 Gmünd | Schuhmacher-<br>lehrling, led. | Moltkestr. 19 | 1938 Frankreich<br>später USA |
| Lemberger Walter<br>17.10.1921 | Schneider-<br>lehrling, led. | Moltkestr. 19 | 18.8.1941 USA |
| Lemberger Kurt<br>3.6.1924 Gmünd | Schüler<br>ledig | Moltkestr. 19 | 31.1.42 Eschenau,<br>dep. 13.7.42 Auschwitz<br>für tot erklärt |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Lemberger Heinz<br>19.8.1926 Gmünd | Schüler<br>ledig | Moltkestr. 19 | 1940 Stuttgart<br>dep. 13.7.42 Auschwitz<br>für tot erklärt |
| Marberg Max<br>urspr. Mariwilski<br>12.1.1886<br>Insterburg | Kaufmann<br>verh. | Bocksgasse 25 | 1937 Karlsruhe,<br>1939 London,<br>1940 Palästina,<br>später USA |
| Marberg Paula<br>geb. Fuchs<br>28.10.1886 Gmünd | Hausfrau<br>verh. | Bocksgasse 25 | 1937 Karlsruhe,<br>1939 London,<br>1940 Palästina,<br>später USA |
| Marberg Liselotte<br>26.5.1914 Gmünd | Abiturientin<br>ledig | Bocksgasse 25 | 1935 Heirat<br>mit Alfred Burin,<br>1936–53 Tel Aviv,<br>1953 USA |
| Marberg Aenny<br>7.10.1916 Gmünd | Schülerin,<br>Landw.-Prak-<br>tikantin, led. | Bocksgasse 25 | 1936 Palästina,<br>1952 USA |
| Marberg Rolf<br>31.1.1922 Gmünd | Schüler, dann<br>Gärtner-Lehrl.<br>ledig | Bocksgasse 25 | 1937 Karlsruhe,<br>1939 London,<br>1948 Israel,<br>1955 Chicago |
| Mayer Julius<br>19.10.1858<br>Mönchsroth | Privatmann<br>verw. | Königsturm-<br>str. 18 | 1936 Stuttgart,<br>1938 USA,<br>gest. 1941 |
| Mayer Erna<br>28.4.1898<br>Mönchsroth | ohne Beruf<br>ledig | Königsturm-<br>str. 18 | 1936 Stuttgart,<br>1938 USA |
| Mayer David<br>26.6.1860<br>Mönchsroth | Fabrikant<br>verh. | Höferles-<br>bach 7 | gest. 17.4.1937<br>in Eßlingen–<br>Kennenburg |
| Mayer Ida<br>geb. Hilb, 26.8.1867<br>Baisingen OA Horb | Hausfrau<br>verh. | Höferles-<br>bach 7 | gest. 8.8.1938<br>in Göppingen |
| Mayer Beta<br>geb. Kahn, 22.9.1901<br>Gemmingen<br>BA Eppingen | Hausfrau<br>verw. | Höferles-<br>bach 7 | 1936 Stuttgart,<br>1938 Flucht<br>nach Holland,<br>1939 Australien |
| Mayer Fritz<br>31.5.1925 Gmünd | Schüler<br>ledig | Höferles-<br>bach 7 | 1936 Stuttgart,<br>1938 England,<br>1939 Australien |
| Mayer Heinz<br>18.3.1927 Gmünd | Schüler<br>ledig | Höferles-<br>bach 7 | 1936 Stuttgart,<br>1938 Holland,<br>1939 Australien |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Mayer Sofie<br>25.5.1862<br>Mönchsroth | Rentnerin<br>led. | Eutigkofer-<br>str. 12 | 1939 Frankfurt<br>(Altersheim),<br>dep. 18.8.42<br>Theresienstadt,<br>dort gest.<br>11.9.1942 |
| Mayer Gustav<br>31.5.1867<br>Mönchsroth | Fabrikant<br>verh. | Königsturm-<br>str. 18 | 1939 USA,<br>gest. 19.2.1954 |
| Mayer Emma<br>geb. Grünsfelder<br>28.2.1872<br>Crailsheim | Hausfrau<br>verh. | Königsturm-<br>str. 18 | 1939 USA |
| Mayer Rudolf<br>14.7.1907 Gmünd | Kaufmann<br>ledig | Königsturm-<br>str. 18 | 1936 USA |
| Mendel Richard<br>13.3.1887<br>Niederwiesen<br>Kr. Alzey | Vertreter<br>verh. | Nikolausg. 7 | 1940 USA |
| Mendel Erna<br>geb. Lindauer<br>12.7.1899 Eßlingen | Hausfrau<br>verh. | Nikolausg. 7 | 1940 USA |
| Mendel Sigrid<br>9.1.1924 Gmünd | Schülerin<br>ledig | Nikolausg. 7 | 1940 USA |
| Mendel Manfred<br>23.8.1929 Gmünd | Kind | Nikolausg. 7 | 1940 USA |
| Mendel Laura<br>3.4.1882<br>Niederwiesen<br>Kr. Alzey | Hausgehilfin<br>ledig | Katharinen-<br>straße 11 | dep. 1.12.1941 Riga,<br>für tot erklärt |
| Meth Alfred<br>24.5.1875<br>Königshütte | Kaufmann<br>verh. | Oberbettr.<br>Str. 90 | 1936 Baden-Baden,<br>dep. 1940 nach Gurs<br>(Südfrankreich),<br>nach dem Krieg<br>New York,<br>gest. 7.5.1960 |
| Meth Flora<br>geb. Appel<br>25.7.1879 Kattowitz | Geschäfts-<br>frau, verh. | Oberbettr.<br>Str. 90 | 1936 Baden-Baden,<br>dep. 1940 nach Gurs,<br>nach dem Krieg<br>New York |
| Meth Dorothea<br>17.11.1904 Gmünd | Wohlfahrts-<br>pflegerin<br>ledig | Oberbettr.<br>Str. 90 | 1933 Ulm,<br>1940 Heilbronn/Sontheim,<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt,<br>19.10.42 Auschwitz,<br>verschollen |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Meth Manfred<br>11.6.1906 Gmünd | Kaufmann<br>verh. | Oberbettr.<br>Str. 63 | 1935 Spanien,<br>1936 geschieden,<br>später nach New York |
| Meth Anni<br>geb. Goldschmidt<br>9.4.1904 Stolzenau | Hausfrau<br>verh. | Oberbettr.<br>Str. 63 | 1936 Berlin,<br>später USA, heute<br>Frau Anni Joseph |
| Meth Doris<br>9.2.1933 Gmünd | Kind | Oberbettr.<br>Str. 63 | 1936 mit der Mutter<br>nach Berlin |
| Neuburger Albert<br>19.6.1912 Stuttgart | Angestellter<br>ledig | Katharinen-<br>str. 11 | 1936 Eßlingen |
| Neumaier Moses Max<br>19.9.1864 Lauchheim | Viehhändler<br>verh. | Sebaldstr. 10 | 28.5.1942 Buttenhausen,<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt,<br>dort gest. 30.1.1944 |
| Neumaier Rosine<br>(„Rika") geb. Kahn<br>25.5.1871 Buchau | Hausfrau<br>verh. | Sebaldstr. 10 | 28.5.42 Buttenhausen,<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt,<br>dort gest. 7.9.42 |
| Neumaier Ludwig<br>24.7.1900 Gmünd | Kaufmann<br>ledig | Sebaldstr. 10 | 1933 Hamburg,<br>1934 Heirat<br>in Hamburg,<br>1939 Argentinien |
| Neumaier Elfriede<br>8.4.1906 Gmünd | Verkäuferin<br>ledig | Sebaldstr. 10 | 1936 Heirat<br>in Hamburg<br>1939 Shanghai |
| Rieser Sofie<br>geb. Heimann<br>17.8.1872 Gmünd | Hausfrau<br>verw. | Uferstr. 48 | 1939 New York |
| Rieser Ernst<br>5.5.1902 Ulm | Angestellter<br>verh. | Uferstr. 48 | 1939 New York |
| Rothschild Carl<br>15.6.1881<br>Buttenhausen | Viehhändler<br>verh. | Vord. Schmied-<br>gasse 18 | 1939 Buttenhausen<br>Kr. Münsingen,<br>dep. 22.8.42<br>Theresienstadt,<br>dort gest. 3.6.44 |
| Rothschild Nannette<br>geb. Kahn, 28.11.1877<br>Buchau | Hausfrau<br>verh. | Vord. Schmied-<br>gasse 18 | 1939 Buttenhausen,<br>dep. 22.8.42 Theresienstadt<br>1945 in die Schweiz,<br>1947 Palästina<br>zur Tochter |
| Rothschild Rudolf<br>2.8.1884<br>Buttenhausen | Viehhändler<br>verh. | Bahnhofstr. 10 | 1937 New York |
| Rothschild Frida<br>geb. Dörzbacher<br>17.8.1887 Göppingen | Hausfrau<br>verh. | Bahnhofstr. 10 | 1937 New York |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rothschild Max Josef 9.7.1912 Göppingen | Ingenieur ledig | Bahnhofstr. 10 | 1933 nur zeitweise in Gmünd 1935 zwei Monate in Gmünd 1936 in die Südafr. Republik |
| Rothschild Alice 13.4.1915 Göppingen | kaufm. Angestellte ledig | Bahnhofstr. 10 | 1936 London, später in die Südafr. Republik |
| Rothschild Alfred Daniel, 7.8.1921 Göppingen | Schüler, dann Install.-Lehrl. | Bahnhofstr. 10 | 1937 mit den Eltern nach New York |
| Samuelson Lilli Margarete, 1.10.1908 Königsberg | Goldschmiedin ledig | Uferstr. 2 | 1936 Palästina, 1944 in die Südafr. Republik |
| Schlesinger Siegfried 27.6.1897 Crailsheim | Händler verh. | Königsturmstr. 47 | 1937 New York |
| Schlesinger Cordula geb. Wiesenbacher 30.4.1893 Niederstetten | Hausfrau verh. | Königsturmstr. 47 | 1937 New York |
| Sonnenberg Harry 18.1.1897 Wolfenbüttel | Gesch. Führer der Fa. Woha verh. | Kl. Leutzestr. 1 | 1934 Kassel |
| Sonnenberg Martha geb. Levi, 27.7.1897 Lünen | Hausfrau verh. | Kl. Leutzestr. 1 | 1934 Kassel |
| Sonnenberg Ruth 20.11.1926 Aachen | Schülerin ledig | Kl. Leutzestr. 1 | 1934 Kassel |
| Uhlmann Hermann 31.7.1861 Oberdorf | Oberlehrer i. R., verw. | Straßdorfer Str. 9/1 | 1934 Stuttgart, dort gest. 20.1.1935 |
| Uhlmann, Alfred 8.5.1894 Lauchheim | Fabrikant verh. | Straßdorfer Str.9/1 | 1934 Palästina |
| Uhlmann Käte geb. Sax 18.1.1904 Karlsruhe | Häusfrau verh. | Straßdorfer Str. 9/1 | 1934 Palästina |
| Uhlmann Grete Mirjam 22.9.1927 | Schülerin ledig | Straßdorfer Str. 9/1 | 1934 Palästina |
| Uhlmann Max 19.4.1897 | Vertreter verh. | Straßdorfer Str. 9/1 | 1934 Hamburg später nach Palästina |
| Uhlmann Else geb. Friedmann 15.12.1897 Freudental | Hausfrau verh. | Straßdorfer Str. 9/1 | 1934 Hamburg |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Wallach Louis Philipp<br>27.12.1863<br>Frankfurt/M. | Rentner<br>ledig | Alléstr. 4 | dep. 22.8.42<br>Theresienstadt<br>dort gest. 4.9.1942 |
| Warscher Moritz<br>22.12.1902 Krosno | Rel. Lehrer<br>ledig | Königsturm-<br>str.24 | 1934 Rottweil<br>1940 nach Frankreich<br>für tot erklärt |

Wenn wir die 97 Juden auf unserer Liste betrachten und sie nach ihrer Stellung im Beruf untersuchen, ergibt sich folgendes: Nach wie vor ist der Handel eine Domäne der Juden. Von den 97 Personen sind 41 = 42 % berufstätig. Auffallend ist die große Zahl der Selbständigen (einschließlich der Vertreter), nämlich 23. Es ergeben sich freilich große Unterschiede unter den Selbständigen: Unternehmer stehen neben kleinen Händlern, gut verdienende Geschäftsleute neben Hausierern, die kaum das Lebensnotwendige verdienen. Auffallend ist ferner die große Zahl der Angestellten: 18, davon sind 13 kaufmännische Angestellte.

Juden, die einen handwerklichen Beruf ausüben, sind auch 1933 noch selten in Württemberg. In Gmünd ist es nur eine Frau, die Goldschmiedin Lilli Samuelson, die aus Königsberg stammt. Ein Handwerk erlernen zwei junge Gmünder Juden. Angesichts der Lage der Juden in Deutschland und im Hinblick auf ihre Möglichkeiten bei einer Auswanderung entschließen sich in den folgenden Jahren noch einer zu einer Handwerkslehre und vier zu einem Praktikum in der Landwirtschaft, bzw. zu einer Gärtnerlehre. Arbeiter befinden sich nicht unter den Gmünder Juden. Diese Zahlen entsprechen durchaus der Berufsstruktur der Juden im damaligen Deutschland. Ins Gewicht fallend ist auch die Zahl der alten, nicht mehr berufstätigen Menschen, der Privatleute und Rentner unter den Gmünder Juden: es sind 12 von 97.

## Jüdischer Grundbesitz 1933 in Gmünd

Die kleine Gruppe der Gmünder Juden nannte im Jahre 1933 noch einen beachtlichen Grundbesitz ihr eigen. Insgesamt waren es 11 bebaute Grundstücke, dazu kam der Komplex „Wilhelmshöhe" in der Charlottenstraße, der dem Leinzeller Fabrikanten Julius Uhlmann gehörte. Im einzelnen waren es folgende Objekte:

| Straße, Hausnummer | Jüdischer Eigentümer 1933 | Eigentumsübergang |
|---|---|---|
| Alléstr. 4 | Louis Wallach<br>Privatier | 16.5.1936<br>an den bisherigen<br>Mieter Wilhelm Wahl |

| | | |
|---|---|---|
| Bocksgasse 23 | Alfred Meth<br>Kaufmann | 18.3.1941<br>an Carl Burkhart<br>1951 wieder<br>Alfred Meth |
| Bocksgasse 25 | Ella und Arthur Fuchs | 13.3.1939<br>an August Heim |
| Charlottenstraße 12 | Julius Uhlmann<br>Fabrikant in Leinzell | 1934 durch<br>Zwangsversteigerung<br>an Karl Huber |
| Höferlesbach 7 | Gustav Mayer und Co<br>Schuhfabrik | 1938 an Gladitz<br>Glühlampenfabrik<br>„Südlicht“ |
| Höferlesbach 9 | Gustav Mayer und Co<br>Schuhfabrik | 5.9.1938 Bernhard Schön |
| Königsturmstraße 18 | Gustav Mayer<br>Fabrikant | 1944 an das<br>Großdeutsche Reich<br>1950 wieder<br>Gustav Mayer |
| Kornhausstraße 10 | David Heimann<br>Rechtsanwalt | 1944 an das<br>Großdeutsche Reich<br>1950 wieder<br>David Heimann |
| Marktplatz 29 | Ludwig Heimann<br>Kaufmann | 1933 an den<br>Schwager Adolf Gumbrich,<br>Stuttgart<br>1936 an<br>R. Altschüler GmbH.<br>Heidelberg |
| Oberbettringer<br>Straße 63 | Manfred Meth<br>Kaufmann | 1936 an<br>Eugen Pfeiffer |
| Straßdorfer<br>Straße 9/1 | Alfred Uhlmann<br>Fabrikant | 22.6.1935 an<br>Klara Rettenmayr |
| Vordere<br>Schmiedgasse 20 | Gustav Mayer und Co<br>Schuhfabrik | 1938 an Gladitz<br>Glühlampenfabrik<br>„Südlicht“ |

## Über religiöses Leben und Brauchtum

Über das innere Leben der jüdischen Gemeinde, über religiöses Brauchtum und Synagogenbesuch, dürfen wir hier ein kurzes Kapitel einfügen. Einzelheiten darüber verdanke ich vor allem dem Briefwechsel mit Richard Heimann. Das ganze Jahr über gab es bei ihm und sicher auch in allen gläubigen Familien nur koscheres, d. h. rituell geschlachtetes Fleisch. Judenmetzger war in Gmünd Metzgermeister Böhme am Kalten Markt. Ihre „Göckele" brachten die Juden jeweils zu Lehrer Uhlmann zum Schächten. Samstags, d. h. am Sabbat, wurde nicht gewaschen, genäht oder geputzt und, soweit möglich, auch nicht geschrieben, denn es galt das Gebot: „Du sollst den Sabbat heiligen." Eines der großen Feste der Juden ist das Pessachfest. Es liegt in der Osterzeit und erinnert an die Befreiung der Israeliten aus der ägyptischen Knechtschaft. Der Name Pessach bedeutet „schonendes Vorübergehen"; gemeint ist das Vorübergehen des Herrn, als er die Erstgeburt der Ägypter schlug und die Söhne Israels schonte. Der Bericht darüber spielt auch im christlichen Gottesdienst der Karwoche eine Rolle. Zur Erinnerung an den Auszug aus Ägypten schlachteten die Juden das Pessachlamm, auch noch in der Zeit Christi und später.

In der Familie des gläubigen Juden wird Pessach zu Hause festlich begangen. Man spricht von den Sederabenden, vom Sedertisch, Sederteller usf. Das Wort Seder bedeutet Ordnung der häuslichen Feier an den Pessachabenden. An Pessach gibt es auch die „Mazzen" (hebräisch mazzot = ungesäuerte Brote), die noch manchem älteren Gmünder aus seinem früheren Umgang mit einer jüdischen Familie vertraut sind. In einem Brief vom 5. März 1967 schreibt Richard Heimann: „Einen der beiden Sederabende haben wir gewöhnlich bei Uhlmanns verbracht" (Hermann Uhlmann war der Onkel von Frau Heimann) „und wir waren dort wenigstens an einem Abend des Tempelweihefestes zum Entzünden der Lichter." Das eben erwähnte Fest, das man im Dezember feiert, gehört zu den historischen Festen der Juden; es erinnert an die Wiederweihe des Tempels unter den Makkabäern. Höhepunkt des Chanukkafestes, wie es bei den Juden heißt, ist bei der häuslichen Feier das Entzünden der Lichter nach dem Abendgebet.

„An Feiertagen", so schreibt Richard Heimann weiter, „war es für uns selbstverständlich, in die Synagoge zu gehen." An hohen Feiertagen ging die ganze Familie am Vorabend und am Tage selbst zum Gottesdienst, an gewöhnlichen Sabbaten gingen die Kinder am Freitagabend – der Sabbat geht vom Freitagabend nach Sonnenuntergang bis Samstag abend Sonnenuntergang – die Eltern am Samstag morgen, wobei der Vater sich mit einem anderen Gemeindemitglied abwechselte. Für die

Abhaltung eines Gemeindegottesdienstes in der Synagoge ist nämlich die Anwesenheit von mindestens zehn männlichen Juden erforderlich. Da die Gmünder Gemeinde klein war, mußte man schon Verabredungen treffen, damit jeweils eine genügende Anzahl Männer anwesend war. Richard Heimann bemerkt zu diesem Punkt: „Abraham Kahn, David Lemberger und Gustav Mayer versäumten keinen Gottesdienst, es sei denn, daß sie krank im Bett lagen. Andererseits gab es Gemeindemitglieder, die man noch nicht einmal an jedem hohen Feiertag vorfand." Er betont das Zusammengehörigkeitsgefühl, das in der kleinen Gemeinde herrschte: „Nach 1933 ist man aus Solidaritätsgründen etwas mehr (zum Gottesdienst) gegangen. Das Bewußtsein, einer kleinen Gemeinde anzugehören, spielte bei uns und bei anderen Familien eine große Rolle im Synagogenbesuch."

**Beschluß des Israel. Vorsteheramts**

Gmünd den 25. April 1928

1. Der vorstehende Voranschlag wurde heute vom Vorsteheramt beraten und mit 3 gegen 0 Stimmen festgestellt.
2. Zur Deckung des Abmangels von 5795 ℳ — ₰ soll von den Gemeindemitgliedern, die laut Mitteilung des Gemeindepflegers vom 25 April 1928 im Steuerjahr 1927
   a) an Reichseinkommensteuer zusammen 31670 ℳ 90 ₰ ✓
   b) an ~~Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern~~ zus. 3629 „ 55 „
   insgesamt also 35300 ℳ 45 ₰
   zu bezahlen hatten, eine Umlage von 164 % in Gold für je 1000 ℳ der genannten Steuern erhoben werden. 16,4 %
3. Der Haushaltplan mit dem Steuerbeschluß ist dem Israelitischen Oberrat vorzulegen mit dem Ersuchen, beim Oberamt die Vollziehbarkeitserklärung für den Steuerbeschluß zu erwirken.

Zur Beurkundung:

Israelitisches Vorsteheramt

*Noch aus den guten Jahren: der Steuerbeschluß des Vorsteheramts im Jahre 1928 mit den Unterschriften von Oberlehrer Hermann Uhlmann, Gustav Mayer und Alfred Meth*

# Diskriminierung, Verfolgung und Tod in der NS-Zeit

## Die Anfangsjahre des Dritten Reiches

Am 30. Januar 1933 ist Adolf Hitler durch den Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt worden. Schon wenige Tage nach der sogenannten Machtergreifung begannen die Drohungen und Ausschreitungen gegen politische Gegner, wenige Wochen später auch bereits die Einschüchterung und Diskriminierung der Juden. Am 11. März 1933, wenige Tage nach der Reichstagswahl, die den Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen die Mehrheit brachte, wenige Tage auch nach dem Sturz der rechtmäßigen Regierung Bolz in Württemberg, berichtet die Remszeitung, daß die SA in Stuttgart die Warenhäuser Tietz, Schocken und Kadep besetzt und niemand hineingelassen habe. „Auf Weisung gaben die Nationalsozialisten nach etwa einer Dreiviertelstunde die Eingänge wieder frei." Es war eine der zahllosen wilden Aktionen, die in diesen Monaten stattfanden.

Ihre Anhänger hatten die Nationalsozialisten auch in Gmünd vorwiegend in den Kreisen des absteigenden und wirtschaftlich bedrängten Mittelstands. Zum Teil waren es Personen, die geschäftlich gescheitert waren.

Es gab auch junge Idealisten unter ihnen, Schüler des Realgymnasiums, sowie Arbeiter, meist arbeitslose. Die Angehörigen des Mittelstands waren organisiert im „Kampfbund des gewerblichen Mittelstands". Dieser war ein fanatischer Gegner der Warenhäuser in Deutschland. Das zeigt sich besonders bei dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, der von Julius Streicher organisiert wurde. Warenhäuser zu betreiben war ein Tätigkeitsfeld der Juden; sie waren jedoch keineswegs alle in jüdischem Besitz.

Der Boykott sollte eine Antwort auf die „Greuelhetze" des Auslands darstellen, hinter der man das „internationale Judentum" vermutete. Tatsächlich bestand die „Greuelhetze" darin, daß ausländische Blätter und Rundfunkstationen ungeschminkt über die längst begonnene Verfolgung politischer Gegner in Deutschland, über die Verhältnisse in den Konzentrationslagern und über die Zurücksetzung der Juden berichteten. Dabei sind auch Entstellungen und Übertreibungen vorgekommen.

In Gmünd spielte sich der Boykott folgendermaßen ab: Bereits am

29. März ging an alle Parteidienststellen und -organisationen die Weisung: „Es sind sofort Aktionskomitees zur Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte zu bilden. Der Boykott setzt schlagartig Samstag, 1. April, punkt 10 Uhr ein." An diesem Tag versammelten sich die Aktionstrupps um neun Uhr, wobei sie die entsprechenden Anweisungen erhielten und mit den nötigen Flugblättern und Plakaten versehen wurden. um 1/2 10 Uhr setzten sich SA und SS in Bewegung. Doppelposten wurden vor dem Kaufhaus Meth und anderen jüdischen Geschäften aufgestellt, und es wurden Plakate angebracht mit der Aufschrift: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!". Meth und Samuel Fuchs hatten vor dem Eintreffen der Posten bereits geschlossen. Auch an allen übrigen jüdischen Geschäften, an der Bank Gutmann und Naschold und an den Gamundia-Lichtspielen wurden, so berichtet die Presse, Plakate angebracht mit der Aufschrift „Jüdisches Unternehmen". Von der Aktion wurden auch das Schokoladengeschäft Czisch und das Kaufhaus Woha betroffen. Franz Czisch war Halbjude, gehörte aber einem christlichen Bekenntnis an, und Woha war – das ist das Groteske an dem Vorgang – ein „arisches" Unternehmen. Die Geschäftsleitung brachte eine Erklärung an den Schaufenstern an des Inhalts, daß es sich um ein „rein christliches Unternehmen" handle, trotzdem dauerte es etwa eine Stunde, bis die SA-Posten abgezogen wurden. So groß war der Haß bei den Parteileuten gegen die Warenhäuser.

Der Boykott hatte natürlich seine Folgen. Nur wenige Käufer wagten es an diesem Tage, die Geschäfte zu betreten und so dem Boykott zu trotzen. Auch in der Folgezeit wirkte sich der Boykott aus.

Im Anschluß an den Boykott vom 1. April 1933 steht noch ein kritisches Wort dazu in der Zeitung. Die Remszeitung übt zwar nicht selber Kritik an den Maßnahmen, aber sie veröffentlicht eine kritische Stimme aus der in Berlin erscheinenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Dort heißt es im Blick auf die Boykottmaßnahmen, daß „das deutsche Volk im Grund seines Wesens geringe Sympathie für solche Gewaltmaßregeln" empfinde, und die DAZ fügt noch hinzu: „Sein feiner Sinn für Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit übersieht die unausbleibliche Einseitigkeit nicht, die mit ihnen (den Gewaltmaßregeln) verbunden ist. Sein Unterscheidungsvermögen wirft die vorgestern aus Galizien Eingewanderten nicht in einen Topf mit dem bodenständigen Judentum, das seinen staatsbürgerlichen Pflichten in Krieg und Frieden entsprochen hat." Eine solche Kritik konnte sich eine Zeitung damals gerade noch erlauben.

In den folgenden Monaten sucht der Kampfbund die beiden Kaufhäuser Meth und Woha dazu zu bewegen, bestimmte Abteilungen des Geschäfts freiwillig aufzugeben, und auf einer Kundgebung des Kampf-

bunds in Gmünd erklärt der Gaugeschäftsführer Klerings, es müsse soweit kommen, daß es in zwei Jahren keine Warenhäuser, keine Konsumvereine und keine Einheitspreisgeschäfte mehr gebe. Dazu ist es dann keineswegs gekommen; der Kampfbund, der mit seinen radikalen Forderungen der Partei unbequem geworden war, wird bald danach aufgelöst. Aber der unbarmherzige Kampf gegen die jüdischen Kaufhäuser und Einheitspreisgeschäfte geht weiter. Im Stuttgarter Kaufhaus Schocken werden wiederholt Tränengasbomben geworfen und in Gmünd erklärt der nationalsozialistische Stadtrat Sannwald offen im Gemeinderat: „Wir wollen, daß diese Geschäfte verschwinden."

Beim Kirchweihmarkt im Oktober 1933 und bei den Märkten der folgenden Jahre zeigen sich deutlich judenfeindliche Tendenzen. Man möchte am liebsten jüdische Gewerbetreibende vom Markt ausschließen. Das geht zwar 1933 noch nicht, weil ein Erlaß des Württ. Wirtschaftsministers dies verbietet. Aber die Nationalsozialisten im Gemeinderat drücken es durch, daß die Polizei die Juden mit dem Hinweis einschüchtern soll, es könne keine Gewähr dafür übernommen werden, daß ihr Geschäft während der Markttage unbehelligt bleibe.

Im Jahre 1934 traf die Gmünder Juden ein schlimmes Ereignis: ihre Synagoge wurde heimgesucht. Leider ist über diesen Vorgang keine volle Klarheit zu erlangen. Von den heute noch lebenden Mitgliedern der Gemeinde haben die meisten keine klare Erinnerung daran; der zeitliche Abstand ist zu groß. Frau Bessie Blanks – früher Beta Mayer – schrieb mir darüber am 30. Mai 1966: „Es war so entsetzlich und demütigend, daß bei uns aus Angst nur wenig darüber gesprochen wurde." Eindeutig berichtet darüber Alfred Uhlmann. Deibele hat nach dem Krieg eine Niederschrift verfaßt, er konnte sich aber nicht mehr an den genauen Zeitpunkt erinnern, in dem die Untat geschah.

Aus den spärlichen Angaben, die Alfred Uhlmann, Richard Heimann und Bessie Blanks gemacht haben, läßt sich folgendes ermitteln. Es fand ein Einbruch in die Synagoge statt, die dabei übel zugerichtet wurde. Der Schrein war zerschlagen, die Bücher und Gebetsmäntel lagen auf dem Boden, die Thora-Rollen herausgeworfen. Einige Fenster waren eingeschlagen. Uhlmann spricht von der Schändung der Synagoge Mai 1934. Deibele teilt in einem weiteren Schriftstück „Zerstörung der Gmünder Synagoge 1934" mit, der katholische Dekan Ummenhofer sei in der Synagoge erschienen und habe sein Mißfallen deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Gemeindevorsteher Gustav Mayer und Alfred Meth wurden nach dem Vorfall auf die Polizei gerufen. Dort wurde ihnen zu verstehen gegeben, daß man die Täter wohl kenne, sie aber nicht zur Rechenschaft ziehen werde. Zweifellos waren es Nationalsozialisten. Deibele berichtet noch über folgendes Nachspiel, das die Sache hatte. Ein Gmünder Fabrikant, der seit Jahren mit einer jüdischen Firma in

der Schweiz in Geschäftsverbindung stand, habe eines Tages von dort einen Brief erhalten, dessen Inhalt sinngemäß lautete: ‚Sie werden verstehen, daß ich mit Deutschen, die die einfachsten Regeln des Anstandes verletzen, nicht mehr geschäftlich zusammenarbeiten kann. Ich ziehe deshalb meinen Auftrag zurück und werde in Zukunft nur noch mit Ländern arbeiten, die die Gefühle des jüdischen Volkes nicht so brutal verletzen'. Dieser Brief sei der Regierung in Stuttgart zugeleitet worden, worauf die Parteileitung in Gmünd eine scharfe Zurechtweisung erhalten habe. Wir können heute diesen Vorgang nicht mehr nachprüfen. Es ist aber auf jeden Fall sicher, daß Gmünder Firmen Aufträge aus dem Ausland gestrichen wurden wegen der judenfeindlichen Politik des Dritten Reiches.

Die Konsequenz, welche die jüdische Gemeinde aus diesem Vorfall zog, bestand darin, daß zur besseren Sicherung der Synagoge im Dachgeschoß eine Wohnung eingebaut wurde für ein Hausmeister-Ehepaar. Bisher war die Synagoge unbewohnt gewesen. In diese Wohnung zog das Ehepaar Drechsel ein. Frau Drechsel übernahm zugleich die Mesnerdienste.

Die Gmünder Zeitung, die zum 1. Juli 1933 Parteiorgan geworden war und bald danach Remstalpost hieß, veröffentlichte wiederholt antijüdische Artikel. Die Remszeitung hielt sich in dieser Beziehung länger zurück. Sie brachte 1934 noch Anzeigen des Kaufhauses Meth und der Kleiderhandlung Fuchs. Eine scharf antisemitische Haltung nimmt von vornherein die ab 1.7.1936 erscheinende Schwäbische Rundschau ein, die aus der Verschmelzung von Remszeitung und Remstalpost hervorgegangen ist.

Als Oberbürgermeister amtierte in Gmünd seit November 1934 Franz Konrad. Kreisleiter der NSDAP war zunächst Alfons Baur, ab 1. Oktober 1937 Hermann Oppenländer. Der Wechsel von Baur zu Oppenländer bedeutete in jeder Beziehung eine verschärfte Gangart.

## Zuzüge von Juden ab 1934 nach Schwäbisch Gmünd

(Kurze Besuche sind hier nicht aufgenommen)

| Name, Vorname<br>Geburtstag, -ort | Beruf<br>Familienstand | in Gmünd<br>anwesend<br>Wohnung | weiterer Lebensweg |
|---|---|---|---|
| Bahl Irma<br>geb. Gutter<br>9.5.1888 Krakau | | 1939<br>von Konstanz<br>zugezogen | dep. 2.3.1943<br>Auschwitz<br>verschollen |
| Kahn Hugo<br>8.12.1908 Gmünd | Kaufmann<br>verh. | 1935–37<br>Lederg. 12 | 1937 USA |
| Kahn Margot<br>geb. Kahn<br>25.2.1913 Stuttg. | Hausfrau<br>verh. | 1935–37<br>Ledergasse 12 | 1937 USA |
| Lindauer Sophie<br>geb. Levi<br>17.11.1874<br>Buttenhausen | ohne Beruf<br>verw. | 1934–40<br>Milchgasse 18 | 1940 USA |
| Mendel Emma<br>19.9.1878<br>Niederwiesen<br>Kr. Alzey | Händlerin<br>ledig | 1939–41<br>Nikolausg. 7 | dep. 1.12.41 Riga<br>zus. mit Schwester Laura,<br>für tot erklärt |
| Pollak Fedor<br>17.3.1908 Halle | Gesch. Führer<br>b. Meth bzw.<br>Feihl, ledig | 1935–36<br>Parlerstr. 2 | 27.5.36 Stuttgart<br>später USA |
| Wiesenbacher<br>Isidor<br>29.3.1895<br>Niederstetten | Sattler<br>krank, ledig | 1934–35<br>Königs-<br>turmstr. 47 | 1935 Anstalt Stetten<br>gest. 1937<br>in Waiblingen |
| Wochenmark Josef<br>Dr. phil. 18.6.1880<br>Rozwadow/Galizien | Rel. Lehrer<br>verh. | 1934–40<br>Uferstr. 32 | 1940 Stuttgart<br>verfolgungsbed.<br>Freitod 8.3.1943 |
| Wochenmark Bella<br>geb. Freudenthal<br>14.1.1887 Gotha | Hausfrau,<br>in Stgt. Hilfs-<br>arbeiterin<br>verh. | 1934–40<br>Uferstr. 32 | dep. 17.4.43<br>Theresienstadt<br>16.10.44 Auschwitz,<br>für tot erklärt |
| Wochenmark Alfred<br>30.6.1917<br>Freudental<br>OA Besigheim | Schüler<br>ledig | 1934–37<br>gelegentlich<br>in Gmünd,<br>Uferstr. 32 | 1937 USA |
| Wochenmark Arnold<br>31.3.1921<br>Crailsheim | Schüler<br>ledig | 1934–40<br>Uferstr. 32 | 1937 in die Schweiz<br>1946 USA |

## Die Nürnberger Gesetze und ihre Auswirkungen

1935 war das Jahr der berüchtigten Nürnberger Gesetze, welche die Juden zu Bürgern minderen Rechts innerhalb des deutschen Staatsverbands stempelten. Mit diesen Gesetzen wurde die zweite Phase der Diskriminierung und Verfolgung der Juden eingeleitet. Jede eheliche Verbindung von Juden und Nichtjuden war nun verboten, außereheliche Beziehungen wurden als „Rassenschande" unter schwere Bestrafung, schließlich bis zur Todesstrafe, gestellt.

Im selben Jahr richteten die Kreisleitung und die Ortsgruppenleitungen der Partei an die Stadtverwaltung die Aufforderung, entsprechend den Vorgängen anderwärts den hiesigen Juden mitzuteilen, daß ihr Besuch im Stadtbad und im städtischen Freibad unerwünscht sei. Voller Gehässigkeit sind die Anträge, die der Ratsherr Sannwald in der Woche der Verkündung der Nürnberger Gesetze am 12. September 1935 im Gemeinderat stellt. Der Antrag 1 hat zum Inhalt, daß Aufträge der Stadt nur noch an Geschäftsleute zu vergeben sind, die der Deutschen Arbeitsfront angehören. (Juden waren von der Mitgliedschaft in der Arbeitsfront ausgeschlossen). Weiter fordert er, daß Geschäftsleute, die mit Juden in Verbindung stehen, bei der Vergebung von städtischen Arbeiten nicht berücksichtigt werden. Sein dritter Antrag geht dahin, daß gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt, die noch in jüdischen Geschäften kaufen, im Wege des Disziplinarverfahrens vorgegangen werde. Die Juden sollten also vollständig gemieden, gleichsam wie Aussätzige behandelt werden.

Der Gemeinderat erhebt die Anträge Sannwalds zum Beschluß, sie werden in der Presse im Fettdruck veröffentlicht. Dabei verstößt der Antrag 1 eindeutig gegen einen Erlaß des Württ. Innenministers vom 18. September 1935. Im Jahre 1936 werden die Juden noch einmal ausdrücklich bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ausgeschlossen.

Alle diese Maßnahmen taten natürlich ihre Wirkung. In der Erinnerung einiger Gmünder Juden sieht das folgendermaßen aus. Frau Bessie Blanks schreibt in einem Brief vom 1. Mai 1963:

„Soweit ich von meinen Bekannten reden kann, waren sie besonders vom 1. April 1933 an sehr eingeschüchtert. Ein kleiner Teil der Nachbarn blieb uns gut gesinnt, doch trauten sich diese nicht, mit uns zu sprechen. Dagegen andere Nachbarn, deren Namen ich in Erinnerung habe, aber nicht nennen möchte, waren feindselig gegen uns, und ihre Kinder plagten sogar meine Söhne auf dem Weg zu und von der Schule und beschmierten ihre Schultaschen mit dem Hakenkreuz."

Richard Heimann schreibt in diesem Zusammenhang, viele Parteimitglieder hätten besonders laut „Heil Hitler" geschrien, wenn sie auf der Straße einem jüdischen Bekannten begegnet seien. Andere seien taktvoller, aber ängstlich gewesen, seien auf die andere Straßenseite gegangen oder hätten sich plötzlich für ein Schaufenster oder sonst etwas interessiert. „Man muß aber doch sagen", so fährt er fort, „daß sich die weite Mehrzahl der Gmünder Bevölkerung ihren jüdischen Mitbürgern gegenüber anständig benommen hat."

Anfang 1936 mußte Alfred Meth erkennen, daß er sein Geschäft in Gmünd nicht länger halten konnte; der Umsatz war derart zurückgegangen, von einem Gewinn konnte keine Rede mehr sein. Der Boykott hatte sich am stärksten gegen sein Kaufhaus gerichtet. Gmünder Bürger, die es noch wagten, bei Meth zu kaufen, wurden fotografiert und öffentlich bloßgestellt. In Riesenlettern war der Name einer Käuferin auf eine der belebtesten Straßen Gmünds gepinselt: „XY kauft beim Juden". Meth mußte sein Geschäft verkaufen. Am 16. Januar 1936 teilte Oskar Feihl in den Zeitungen mit, „durch den Verkauf an mich ist das Unternehmen in arischen Besitz übergegangen." Der neue Inhaber hielt einen Betriebsappell ab und die Zeitung begrüßt es, daß damit die Arbeitsplätze für ein halbes Hundert Angestellte erhalten bleiben. Alfred Meth zog im April 1936 von Gmünd weg nach Baden-Baden, wo seine älteste Tochter Elfriede verheiratet war. Das Gebäude des Gamundia-Theaters bleibt vorerst noch in seinem Besitz.

1936 kommt auch das Ende der Bank Gutmann und Naschold, deren Alleininhaber zuletzt Siegfried Gutmann war.

## Die Auswanderung der Juden

Jedem Einsichtigen war klar, wohin der Weg ging und daß es für einen Juden keine persönliche Sicherheit und keine Existenz mehr gab in Deutschland. Dennoch schob mancher den Entschluß immer wieder hinaus, Deutschland zu verlassen und in eine ungewisse Zukunft draußen in der Welt zu gehen. Es ist für uns heute in der Rückschau und in dem Wissen um die furchtbaren Geschehnisse bei der „Endlösung der Judenfrage" unverständlich, daß sie so lange zögerten. Aber man muß bedenken, daß die Juden bei all dem Bedrückenden, das sie täglich umgab, 1935, 1936 oder 1937 dieses Wissen um die „Endlösung" ja noch nicht haben konnten. Man kann ihre damalige Haltung nur so erklären, daß sie trotz allem sich als Deutsche fühlten und an Deutsch-

land als ihrem Vaterland festhielten, solange es irgendwie noch ging. Einige so lange, bis es fast schon zu spät war für eine Auswanderung. Und so und soviele blieben, weil sie einfach die Mittel nicht aufbringen konnten für eine Auswanderung. Sie blieben, ebenso Kranke, Gebrechliche, Behinderte, weil sie bleiben mußten.

Am frühesten hat, wie wir schon gesehen haben, Alfred Uhlmann erkannt, daß für Juden keine Zukunft mehr bestand in Deutschland. Er gab sein schönes Haus am Straßdorfer Berg auf und ging als Zionist in das britische Mandatsgebiet Palästina. Dort baute er unter großen Schwierigkeiten ein Schmuckwarengeschäft auf. Ich habe auf einer Israel-Reise im Jahre 1968 Herrn Uhlmann in Ramat Gan bei Tel Aviv besucht. Er bewohnte nun mit seiner Frau eine bescheidene Etagenwohnung.

Siegfried Gutmann ist, nachdem seine Firma in Gmünd erloschen war, im April 1937 mit Frau und Tochter Margot nach Stuttgart gezogen. Das haben damals manche Juden getan in der Erwartung, daß das Leben in einer großen Stadt, wo praktisch sie niemand kannte, doch noch erträglicher sein würde. Margot Gutmann ist im Mai 1939 nach New York ausgewandert. Das Ehepaar Gutmann dagegen blieb noch bis in die ersten Kriegsjahre hinein in Stuttgart. Wir kennen seine dortige Unterkunft aus den Judenlisten, die während des Krieges für die Ernährungs- und andere Ämter, sicher auch für die Gestapo, vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart angefertigt wurden. Von dort gelang den beiden sehr spät, im Februar 1941, noch die Auswanderung nach Amerika. Siegfried Gutmann ist am 3. Januar 1949 in New York gestorben.

Vor Siegfried Gutmann ist bereits Alfred Meth aus Schwäbisch Gmünd weggezogen. Nach dem Verkauf seines Geschäfts ging er nach Baden-Baden. Anfangs war es dort noch einigermaßen erträglich, dann kam's schlimmer. Meth wurde im Herbst 1938 eines Devisenvergehens beschuldigt und kam zwei Monate lang in Haft. Die Anschuldigung stellte sich als haltlos heraus. Alfred Meth blieb weiter in Deutschland; vielleicht haben ihn die verschiedenen Vermögenswerte, die er besaß, festgehalten. Über sein weiteres Schicksal werden wir noch hören.

Zur gleichen Zeit wie Alfred Meth mußte auch Max Marberg sein Geschäft in Gmünd, das Kleiderhaus Fuchs, aufgeben. Er hat das Geschäft bis zum 15. Januar 1936 geführt; es ging darauf an August Heim über. Heute ist das Bekleidungshaus in der Bocksgasse, das einst Samuel Fuchs begründet hatte, im Besitz von Oskar Fink. Auch Marberg mußte in Gmünd noch manche Unbill erfahren. Die Schaufenster wurden beschmiert, und im Herbst 1935 erschien in den „Flammenzeichen", einem nationalsozialistischen Hetzblatt, eine hämische Glosse mit der Überschrift: „Jud Fuchs muß räumen." Darin war von dem „Konfektionsjuden Fuchs in Gmünd" die Rede. Max Marberg ging mit Frau und

Sohn Rolf 1937 nach Karlsruhe. Seine Töchter Liselotte und Aenny, die bereits nach Palästina ausgewandert waren, garantierten ihm 1939 einen Zwischenaufenthalt in England, von wo aus er dann ebenfalls nach Palästina auswanderte. Dort erwarb er eine kleine Farm und trieb Hühnerzucht. Bei der ungewohnten Landarbeit zog er sich ein Herzleiden zu, und so mußte er die Farm wieder aufgeben.

Angesichts der fortgesetzten Schmähung der Juden in der Öffentlichkeit, in Presse und Rundfunk, auf zahllosen Parteiveranstaltungen, durch den berüchtigten „Stürmer" – auch in Gmünd waren an verschiedenen Stellen Kästen angebracht zum Aushang dieses Hetzblattes – nimmt es nicht wunder, daß die Bewohner des Judenhofs nicht mehr in einer Gegend wohnen wollten, die diese Bezeichnung trug. Die Namen „Judenhof", „Judenmühle" erinnerten noch in den Anfangsjahren des Dritten Reiches an die mittelalterliche Siedlung der Juden in Gmünd. Durch Entschließung des Oberbürgermeisters vom 23. März 1936 wird verfügt, daß der Judenhof künftig die Bezeichnung „Imhofstraße" führt, bzw. daß die schon vorhandene Imhofstraße auf das Gebiet des Judenhofs ausgedehnt wird.

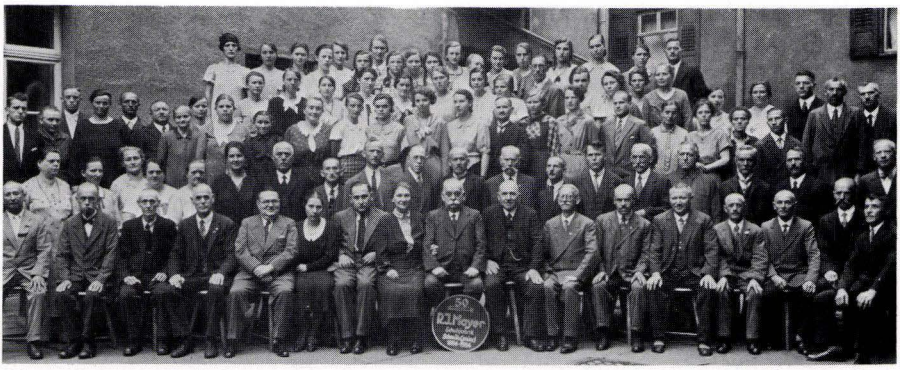
Schon seit Beginn des Dritten Reichs war die Teilnahme jüdischer Händler an den Gmünder Märkten den nationalsozialistischen Ratsherren ein Dorn im Auge. Im Anschluß an den Markt im Herbst 1936 beantragt der Beigeordnete Huber im Gemeinderat, beim nächsten Kirchweihmarkt den Juden einen besonderen Standplatz zuzuweisen und diesen mit der Aufschrift „Judenmarkt" zu versehen. Diese „Regelung" erübrigt sich dann, denn am 23. Februar 1937 erfolgt der Ausschluß der Juden von den hiesigen Märkten. Ein Nachspiel gibt es noch beim Viehmarkt. In den städtischen Akten hat sich ein Schreiben des Polizeiamtsvorstands Schwäbisch Gmünd erhalten vom 19. April 1938 betr. jüdische Viehhändler auf Viehmärkten. Darin bemerkt der Verfasser eingangs trocken, die Juden würden auf den Viehmärkten nicht vermißt, beklagt dann aber, und das steht in einem gewissen Widerspruch dazu, es gebe immer noch Volksgenossen, die glaubten, sie müßten bei Juden kaufen. „So gehen Personen in die Stallung der Wirtschaft zum ‚Schwanen' in der Nähe des Marktes, wo der jüdische Viehhändler Lang an jedem Markt Vieh zum Verkauf stehen hat." Beim letzten Mal habe man den Zutritt zu der Stallung aus seuchenpolizeilichen Gründen fast vollständig abgeriegelt, und so hofft die Polizei, daß der Jude dort vollends verschwinde.

Die „Flammenzeichen", die 1936 eine Sondernummer „Die Juden in Württemberg" herausbrachten und wiederholt Bürger anprangerten, die noch mit Juden Verbindung hielten, nahmen im September dieses Jahres Siegfried Schlesinger in Schwäbisch Gmünd aufs Korn. Schlesinger war im Dezember 1933 von Crailsheim hierher gezogen und hatte es

trotz der Ungunst der Zeit offenbar verstanden, ein Textilgeschäft aufzubauen. Das war den „Flammenzeichen", bzw. dessen Hintermännern in Gmünd ein Dorn im Auge. Und so hieß es eines Tages unter der Überschrift: „Jud Schlesinger verdient an der Dummheit: Er handelt mit Textilien und verdient an der immer noch zentrümlich eingestellten Landbevölkerung rings um Gmünd einen schönen Batzen Geld. Scharenweise strömen die deutschen Bauersfrauen an den Sonn- und Feiertagen in den jüdischen Laden und lassen sich dort von dem Talmudjünger und dessen besserer Hälfte durch freundliches Getue einwickeln . . . Und der Jude verdient. . . . Aber nicht nur an den unbelehrbaren Bauersfrauen, sondern auch an schwärzlichen Beamtengattinnen, die auch noch nicht wissen, was ihre Pflicht wäre." . . .

Ein Jahr später hat auch Siegfried Schlesinger aufgegeben.

Die „Entjudung" oder „Arisierung" der Geschäfte – so hießen die damaligen Schlagwörter – schreitet fort. Zu Ende des Jahres 1937 erklärt Gustav Mayer, Mitinhaber der Schuhfabrik R. J. Mayer, seinen Mitarbeitern, es gehe nicht mehr, er müsse den Betrieb demnächst einstellen. Der Boykott jüdischer Waren tat auch hier seine Wirkung. Ein bekannter Gmünder Schuhhändler, der noch Ware von R. J. Mayer bezog, erzählte eines Tages einer Angestellten der Firma, ein Kunde habe neulich die Schuhe, die er bei ihm gekauft habe, zurückgebracht mit der Erklärung, das seien ja Schuhe aus der Schuhfabrik Mayer, er trage keine „Judenschuhe". So wirkte sich die Propaganda jener Jahre aus. Im Lauf des Frühjahrs 1938 wurde die Firma R. J. Mayer stillgelegt; die einzelnen Abteilungen stellten nacheinander ihre Tätigkeit ein, während auswärtige Interessenten erschienen und Maschinen und Einrichtungen aufkauften. Das war das traurige Ende eines Unternehmens, das über 50 Jahre bestanden und im Jubiläumsjahr 1934 noch etwa 100 Personen beschäftigt hatte. Die Grundstücke und Gebäude der Schuhfabrik



*Firmenjubiläum R. J. Mayer 1934 – in der Mitte der unteren Reihe Fabrikant Gustav Mayer, links von ihm seine Frau und sein Sohn Rudolf*

gingen an die beiden Betriebe von Gladitz, an die Glühlampenfabrik Südlicht und an die Gladitz GmbH., die Maschinen baute zur Herstellung von Glühlampen. Das Fabrikanwesen R. J. Mayer hatte einen Brandversicherungsanschlag von 283 000 RM. Über den Verkaufspreis erfahren wir nichts aus den Akten, doch gehen wir nicht fehl in der Annahme, daß er weit darunter gelegen ist. Das Wohngebäude Höferlesbach 9, das Gladitz nicht übernahm, wurde versteigert.

Nach der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 war in allen Gemeinden eine Liste der noch bestehenden jüdischen Gewerbebetriebe anzulegen. Oberbürgermeister Konrad übersendet die entsprechende Meldung am 19. Oktober 1938 an den Landrat. Das Verzeichnis enthält nur noch drei jüdische Gewerbebetriebe in Gmünd, lauter Einmann-Betriebe, nämlich

Hermann Heimann, Provisionsvertretung von Kleiderstoffen und Textilwaren, Ludendorffstraße (= Uferstraße) 48
Marta Heß, Handel mit Holzwaren, Rinderbachergasse 12, und
Erna Mendel, Neuheitenvertrieb, Nikolausgasse 7.

Frau Heß und Frau Mendel waren die Frauen der Eigentümer des früheren Kaufhauses Stern, Ludwig Heß und Richard Mendel. Am 6. April 1939 löscht der Oberbürgermeister die Eintragungen in dem Verzeichnis, „da die Betriebe eingestellt und abgemeldet worden sind." Damit hat jede selbständige wirtschaftliche Betätigung von Juden in Gmünd aufgehört. Juden, die danach noch anwesend sind, können nur noch als Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen beschäftigt werden, soweit sie nicht von ihren Ersparnissen leben.

Auch Juden in freien Berufen müssen ihre Tätigkeit einstellen. Der Gmünder Rechtsanwalt David Heimann verliert nach der 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz seine Praxis, weil die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte zu den Gerichten zum 30. November 1938 zurückzunehmen ist. Hatte Heimann nach der Inflation viel mit der Aufwertung zu tun, so brachte anfangs der dreißiger Jahre der Zusammenbruch so manchen Unternehmens dem Rechtsanwalt viel Arbeit, die er aber nach den Worten seines Sohnes nicht schätzte, weil sie ja mit dem wirtschaftlichen Niedergang in den Jahren der Wirtschaftskrise zusammenhing. Nach 1933 ging die Praxis stark zurück. Bisherige Klienten übertrugen neue Fälle anderen Anwälten, es kam auch vor, daß sie ihm einfach das Mandat entzogen. Neue Klienten konnte er nicht mehr gewinnen, höchstens aus den Reihen seiner bedrängten Glaubensgenossen. Es ist wohl mehr und mehr seine Aufgabe geworden, diese zu beraten und zu vertreten bei der Auswanderung, bei der Liquidierung ihrer Geschäfte, bei der Veräußerung ihres Besitzes. Man gewinnt den Eindruck, daß er, der nun wie einst sein Vater dem Vorsteheramt angehörte, in den letzten Jahren seiner Anwesenheit in Gmünd vorwiegend im Dienste der jüdi-



*Rechtsanwalt David Heimann*
*New York 1947*

schen Gemeinde, bzw. seiner Glaubensgenossen gestanden ist. Lange Zeit dachte er nicht an Auswanderung. Diese Juden glaubten immer noch nicht an die tödliche Gefahr; sie hingen an Deutschland. Bei Siegfried Gutmann ist das so und bei Alfred Meth; bei David Heimann ist es nicht anders. Buchstäblich im letzten Augenblick ist er dann nach Amerika ausgewandert, nachdem er zuvor in der Heimat noch viel Schlimmes hat erleben müssen. Bei dieser Auswanderung im Frühjahr 1941 mußte Rechtsanwalt Heimann nach Mitteilung seines Sohnes in einem versiegelten Sonderzug durch Frankreich nach Lissabon fahren und von dort ein Schiff nehmen. Die deutsche Regierung hatte ihm die Dollars zur Bezahlung der Schiffskarte beschafft, die er zu einem gewaltig erhöhten Kurs kaufen mußte.

Die auswandernden Juden hatten zunächst die Reichsfluchtsteuer zu entrichten, die auf eine Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Jahre 1931 zurückging und deren Bedingungen 1934 wesentlich verschärft wurden. Durch diese Reichsfluchtsteuer verloren die begüterten Juden bereits ein Viertel ihres Vermögens. Nach der Reichskristallnacht mußten alle Juden, die mehr als 5000 RM Vermögen besaßen, eine

„Sühneleistung" an das Reich abführen. Von dieser Vermögensabgabe, die selbstverständlich auch die auswandernden Juden bezahlen mußten, wird noch die Rede sein. Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom Jahre 1939 konnte ferner die Mitnahme von Umzugsgut von einer Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank abhängig gemacht werden, die dem Wert der mitgenommenen Gegenstände entsprach.

Die Praxis der verschiedenen Abgaben sah bei einem jüdischen Geschäftsmann, der durchaus nicht übermäßig begütert war, folgendermaßen aus: Reichsfluchtsteuer 16 075 RM, Judenvermögensabgabe 36 500 RM, Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank 2250 RM. Schon vor Kriegsausbruch 1939 war es den jüdischen Auswanderern nicht mehr möglich, auch nur noch einen minimalen Teil ihres Vermögens zu retten.

Im Herbst 1941 verbot Himmler die Auswanderung von Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich: die „Endlösung" hatte begonnen.

Zurück blieb in Gmünd eine kleine Gruppe verängstigter Juden.

## Schicksale der jungen Gmünder Juden

Wir wollen hier kurz die Schicksale der jungen Gmünder Juden betrachten, die am 30. Januar 1933 noch nicht volljährig waren.

Zunächst zu ihrer Schulsituation: Junge Juden, vor allem Schulkinder, waren in den Jahrzehnten vor und nach dem Ersten Weltkrieg in ihren Schulklassen in Gmünd im allgemeinen wohl gelitten; sie waren in diesen Klassen integriert. Das schloß freilich nicht aus, daß sie auf der Straße und auf Spielplätzen gelegentlich Spottrufen und Nachschreiereien ausgesetzt waren. Man maß dem keine allzu große Bedeutung bei: es waren Zeichen einer gewissen Spottlust, wie sie Jugendlichen zu eigen ist, vielleicht auch Auswirkungen einer gewissen Abneigung gegen die Juden im Elternhaus. Was vor 1933 in dieser Beziehung geschah, war meist nicht schlimm. Anders nach der „Machtergreifung". Die Enkel von David Mayer, Fritz und Heinz Mayer, die ihren Vater bereits 1930 verloren hatten und zu Beginn des Dritten Reiches acht, bzw. sechs Jahre alt waren, haben Schlimmeres erlebt, was man nicht mehr als harmlos bezeichnen kann.

Die beiden Brüder haben in den Jahrzehnten, die dazwischen liegen, eine erfolgreiche Laufbahn in Australien zurückgelegt. Fritz Mayer, heute Fred Blanks, schreibt im Jahre 1963 über seine Jugendjahre in Gmünd: „Auf dem Gymnasium" – er besuchte 1935 die Hindenburg-

Oberschule für Jungen in Schwäbisch Gmünd – „wurde ich Zielscheibe des Antisemitismus, indem andere Jungen Steine nach mir warfen, ich von Lehrern ungerecht behandelt und beim Sport ausgeschlossen wurde. Auch weigerten sich Kinder, die in unserer Nähe wohnten, mit uns zu spielen, beschimpften uns und warfen Steine, wozu sie zweifellos von ihren Eltern angestiftet waren." Das letztere kann man vielleicht mit einem Fragezeichen versehen.

Frau Beta Mayer, die am Höferlesbach wohnte, wollte unter diesen Umständen nicht länger in Gmünd bleiben und zog im Jahre 1936 mit ihren Kindern nach Stuttgart. Dort war inzwischen, da die jüdischen Kinder die allgemeinen Schulen bald nicht mehr besuchen konnten, bzw. in ihnen laufend Schikanen ausgesetzt waren, von der Israelitischen Religionsgemeinschaft eine jüdische Schule eingerichtet worden. In Stuttgart waren ihre Söhne nicht mehr den Quälereien und Demütigungen ausgesetzt. Freilich konnte diese hastig aufgebaute jüdische Schule den Wünschen von Frau Mayer nicht entsprechen: sie hatte nur Elementarklassen, die „in keiner Weise ausreichend waren für eine gute Schulbildung." So reifte in ihr der Gedanke der Emigration. 1938 flieht sie nach Holland. Ihr Sohn Heinz war schon vorher dorthin zu Verwandten gebracht worden. Fritz Mayer kam gleich nach England zur Fortsetzung seiner Schulbildung. Beta Mayer, nachdem sie wieder geheiratet hatte Frau Bessie Blanks, wanderte 1939 mit ihren Söhnen nach Australien aus mit dem Gedanken, „so weit wie nur möglich von Hitler weg zu sein."

Auch Arnold Kahn, vorher Geschäftsführer bei Meth, zog nach Stuttgart, um seinen Sohn dort auf die jüdische Schule zu bringen.

In den Anfangsjahren des Dritten Reichs konnten jüdische Gymnasiasten noch die Oberschule bis zum Abitur besuchen, so Richard Heimann in Gmünd. Bei seinem jüngeren Bruder Ernst ging das schon nicht mehr. Richard Heimann legte 1935 das Abitur ab; danach wollte er sich dem Ingenieurberuf zuwenden. Er war als Schüler entschieden deutschbewußt. Das zeigte sich darin, daß er früh dem VDA beitrat und ihm bis 1933 als eines der engagiertesten Mitglieder angehörte. Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) suchte unter den Reichsdeutschen Verständnis zu wecken für die vielfach schwierige Lage der deutschen Volksgruppen im Ausland, man denke beispielsweise an Südtiroler Deutsche, die unter dem Druck einer Politik der Italienisierung durch den Faschismus standen. Der VDA stellte Verbindungen zu den deutschen Volksgruppen im Ausland her und warb für seine Ziele auch unter den Schülern der höheren Schulen. Ein Großteil der Schüler des Realgymnasiums und der Oberrealschule gehörte damals dem VDA an, einfach aus dem Motiv heraus, dem bedrängten Deuschtum im Ausland zu helfen und nicht etwa der nationalistischen Ressentiments wegen, die

der VDA des öfteren pflegte. Richard Heimann schreibt mir am 8. Mai 1965 in diesem Zusammenhang: „Jawohl, ich war von 1927 bis 1933 im VDA sehr tätig. Für das Deutschtum einzutreten, war mir eine Selbstverständlichkeit; ich kannte nichts anderes. Ich bin in Gmünd geboren und dort aufgewachsen . . . Mein Vater zeigte mir das Haus in der Bocksgasse, wo seine Eltern zur Zeit seiner Geburt gewohnt haben, er sprach von seiner Schulzeit und von seinen Lehrern. In und um Gmünd grüßte er oft seine früheren Mitschüler und Kriegskameraden . . . Mein Großvater kam aus Oberdorf-Bopfingen . . . mein Urgroßvater aus Wallerstein . . . Wie konnte ich mich da als etwas anderes betrachten als einen vollen Deutschen? Für mich war es ein lächerlicher Unsinn, wenn ich las, daß ich ‚artfremd' sei." – Ermißt man, welchen Schock, welchen ungeheuren Bruch da die NS-Zeit für einen solchen jungen deutschbewußten Juden bedeuten mußte mit all ihren Diskriminierungen, angefangen von der Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben, aus der Wirtschaft bis hin zur erzwungenen Auswanderung mit erheblichen Verlusten an Hab und Gut, bis zur Verfolgung und Vernichtung der Juden!

Nach dem Abitur wollte Richard Heimann eine zweijährige Mechanikerlehre absolvieren als Voraussetzung für das Studium an der Maschinenbauschule in Eßlingen. Es war 1935 schon sehr schwierig für ihn, eine Lehrstelle zu finden. Unter dem Druck der Partei, der Handwerkerorganisationen und der judenfeindlich geprägten öffentlichen Meinung weigerten sich viele Betriebe, jüdische Lehrlinge einzustellen. Mit viel Mühe gelang es ihm schließlich, bei C. und E. Fein in Mühlacker eine Lehrstelle zu finden. Er hat dies der Firma hoch angerechnet. Die Anmeldung bei der Maschinenbauschule ging zunächst glatt, da der Vater Frontkämpfer war. Dann kam plötzlich eine Wendung: Die Schule teilte ihm mit, es hätten sich mehr Bewerber für die 1. Klasse gemeldet, als Plätze vorhanden seien; es sei ihr aber gesetzlich verboten, einen Arier zugunsten eines Juden zurückzuweisen, auch wenn dieser sich zuerst gemeldet habe. Er war also für die Aufnahme gestrichen, d. h. die Schule bot ihm an, gleich in die 2. Klasse einzutreten, in der es noch Plätze gab. Aber das war im Grunde ein Scheinangebot. Heimann hätte in einer Prüfung nachweisen müssen, daß er den Stoff der 1. Klasse beherrsche, und das war in der kurzen Zeit von zwei Monaten nicht zu schaffen. So blieb ihm die Maschinenbauschule verschlossen; es gab keine Aufstiegsmöglichkeit mehr für ihn in Deutschland. Während dieser Jahre konnte er in Stuttgart noch an einer Abendsingwoche mit Walter Hensel teilnehmen: Heimann stand der Jugendbewegung sehr nahe. Nach den schlimmen Erfahrungen, die er im Gefolge der Reichskristallnacht machen mußte, entschloß er sich zur Auswanderung. Vor der Ausreise hat er noch geheiratet, seine Frau stammt aus Eßlingen. Er

schreibt über die damalige Situation: „Zur Zeit unserer Hochzeit mußten wir nach Packgenehmigungen und Devisenanträgen rennen. Ich mußte mich regelmäßig bei der Polizei melden und konnte den Wohnort nur mit deren Genehmigung verlassen. Hotels und Gaststätten hatten Schilder, daß Juden unerwünscht seien: das war nicht die geeignete Atmosphäre zu einer Hochzeitsreise."

In Amerika war Richard Heimann zunächst weitere fünf Jahre als Mechaniker tätig, dann beginnt er sich emporzuarbeiten, wird Konstrukteur, besucht Abendkurse und kann schließlich 1957 die Ingenieurprüfung ablegen, ein Ziel, das er unter normalen Umständen in Deutschland etwa 1940 erreicht hätte. Er teilt das Los der beruflichen Benachteiligung, bzw. der Verspätung in der beruflichen Laufbahn mit vielen anderen jungen Juden, das letztere, das verspätete Erreichen des ursprünglichen Berufsziels, mit ungezählten Angehörigen seiner Generation. Richard Heimann, der in den Staaten wiederholt auch das Schicksal vorübergehender Arbeitslosigkeit hinnehmen mußte, arbeitet als Konstruktionsingenieur in einer amerikanischen Firma und wohnt im Staate New York.

Mit zunehmender Verdrängung der Juden aus den Berufen und angesichts der Aussichtslosigkeit ihrer Lage erhielt das Problem der Berufsausbildung und der Umschulung immer größeres Gewicht für die jüdische Gemeinschaft . Die junge Generation, die in Deutschland keine Zukunft mehr sah, drängte zur Auswanderung. Viele dachten an eine neue Existenz im Lande der Vorväter, also in Palästina. Damit trat die Ausbildung in der Landwirtschaft und in handwerklichen Berufen in den Vordergrund. Auch beim jüngeren Bruder von Richard Heimann war das so. Ernst Ludwig Heimann besuchte ebenfalls das Realgymnasium, bzw. die Oberschule für Jungen, und zwar bis zur Mittleren Reife im Jahre 1937. Weiter konnte er die Schule nicht besuchen. Er ging darauf als Landwirtschaftsschüler auf das jüdische Auswandererlehrgut Groß-Breesen in Schlesien. Die Reichsvertretung der Juden in Berlin hatte damals mit Hilfe der großen jüdischen Organisationen eine Reihe landwirtschaftlicher und handwerklicher Ausbildungsstätten eingerichtet, um jungen Juden die Auswanderung nach Palästina und in andere Länder zu erleichtern. Mit einer Gruppe von Schülern aus dem Lehrgut Groß-Breesen wanderte Ernst Heimann im August 1939 auf ein Gut in Amerika aus, das ihnen ein Philanthrop zur Verfügung gestellt hatte. Dort arbeitete er etwa drei Jahre, doch das Unternehmen endete mit einem Mißerfolg. Die meisten meldeten sich darauf zum Militär, auch Ernst Heimann; der Rest wandte sich anderen Berufen zu. Von 1942 bis 1947 diente er in der amerikanischen Armee, kam 1945 nach Deutschland und arbeitete bei der Militärregierung in Frankfurt. Dort lernte er seine Frau kennen und von Frankfurt kam er wiederholt zu kurzen

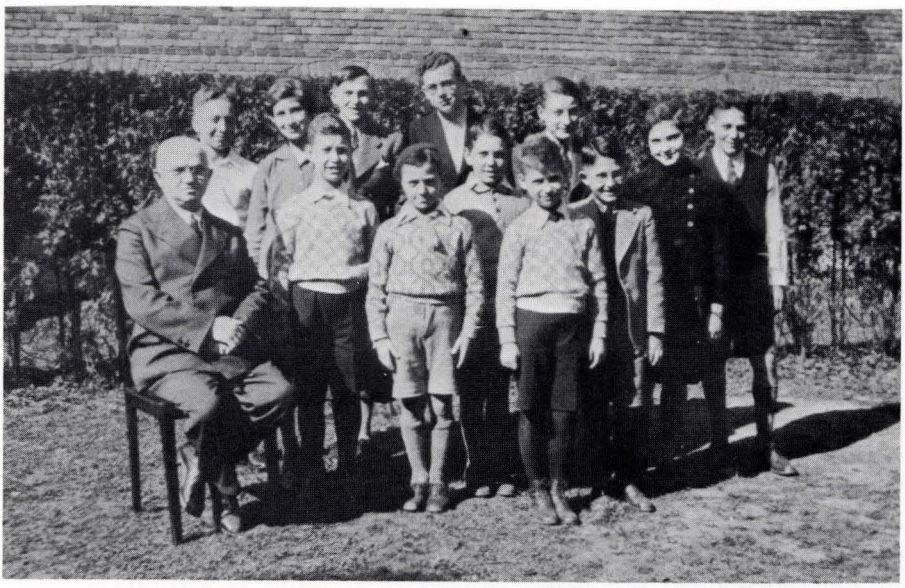
Besuchen nach Schwäbisch Gmünd. Nach der Entlassung aus der Armee hat er in Amerika ein juristisches Studium durchgeführt und ist damit in die Fußstapfen des Vaters getreten. Ernst Ludwig Heimann war zuletzt als Spezialist für Arbeitsrecht bei einem Amt beschäftigt, das dem US-Arbeitsministerium unterstellt ist; er ist 1972 in Washington gestorben.

Dem Lebensweg von Ernst Heimann ähnelt in einigen Punkten der eines anderen jungen Juden, nämlich der von Alfred Daniel Rothschild. Der Sohn des Viehhändlers Rudolf Rothschild besuchte ebenfalls die Oberschule in Gmünd, mußte sie 1936 verlassen und wurde danach Installateurlehrling. Er konnte die Lehre nicht beenden und wanderte 1937 mit den Eltern nach New York aus. Auch er ging zur amerikanischen Armee und kommt 1945 als amerikanischer Soldat nach Schwäbisch Gmünd. Seine Schwester Alice besuchte in Gmünd kurze Zeit die Mädchenrealschule St. Ludwig, absolvierte dann eine kaufmännische Lehre bei Meth und arbeitete anschließend auf dem Büro dort. Später ging sie nach London, arbeitete als Kindermädchen und wanderte nach Südafrika aus, wo sie in Johannesburg verheiratet ist. Ihr älterer Bruder Max lebt heute ebenfalls in Südafrika, und zwar in Durban. Er hatte das Technikum in Konstanz besucht, arbeitete anschließend bei verschiedenen Firmen in Deutschland, bzw. in Frankreich und wanderte 1935 nach Palästina aus. Da er dort keine seinem erlernten Beruf entsprechende Tätigkeit finden konnte, zog er weiter nach Südafrika, wo er nach dem Krieg als Verkaufsingenieur eine eigene Firma gründete.

Den Weg in einen landwirtschaftlichen Beruf schlugen zwei Enkel von Samuel Fuchs ein: Aenny Marberg und ihr jüngerer Bruder Rolf. Nach der Mädchenrealschule und der Haushaltungsschule in der Wilhelmspflege in Eßlingen versuchte es Aenny Marberg mit einem landwirtschaftlichen Praktikum auf dem Birkhof des Bauern Funk bei Hussenhofen. 1936 wanderte sie nach Palästina aus, heiratete dort ein Jahr später und lebt heute in USA wie ihre ältere Schwester Liselotte. Ihr Bruder Rolf, geboren 1922, mußte die Oberschule 1936 vorzeitig verlassen und wurde dann Gärtnerei-Lehrling beim jüdischen Waisenhaus Wilhelmspflege in Eßlingen. Er konnte die Lehre nicht abschließen, kam 1939 mit den Eltern nach England und ging zur britischen Armee. 1948 kam er nach Israel. Dort arbeitete er als Landarbeiter. Später finden wir ihn in Chicago als Lageristen in einer Großhandelsfirma. Er ist heute Verkäufer in einem Herrenkonfektionsgeschäft. Auch er hat wie Alfred Rothschild einen beträchtlichen Ausbildungsschaden durch das Dritte Reich erlitten. Liselotte Marberg, die älteste der drei Marberg-Kinder, war Abiturientin des Jahres 1933. Sie ging auf eine Sprachschule in Lausanne und heiratete 1935 Alfred Burin, der damals Geschäftsführer in der Gardinen- und Teppichabteilung von Meth war. Im Jahre 1936 sind die beiden nach Palästina ausgewandert, haben nach sehr schweren

Anfängen in Tel Aviv ein Gardinengeschäft aufgebaut und sind 1953 in die Vereinigten Staaten gegangen. Liselotte Burin lebt heute in Chicago.

Zwei junge Gmünder Juden sind unter den Zurückbleibenden und werden Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns: Kurt und Heinz Lemberger, 1924 bzw. 1926 geboren, die beiden jüngsten in der Familie des Viehhändlers Isidor Lemberger. Dieser stammte aus der bekannten Judengemeinde Rexingen bei Horb. Die Familie lebte mit ihren vier Kindern offenbar in dürftigen Verhältnissen in Gmünd und mußte schon 1933 von der Fürsorge unterstützt werden. Zum 31. März 1933 stellte Isidor Lemberger sein Gewerbe ein und arbeitete nun als Hilfskraft bei anderen Viehhändlern; zuletzt war er Bauhilfsarbeiter. Der älteste Sohn Manfred, 1920 geboren, erst Schuhmacherlehrling, dann Kochlehrling, ist unter dem Eindruck der trostlosen Verhältnisse im Februar 1938 von zuhause weggelaufen und über Frankreich in die Vereinigten Staaten gelangt. Dorthin konnten schließlich auch die Eltern im Mai 1940 und der zweite Sohn Walter, dieser sehr spät, nämlich im August 1941, auswandern. Zurück blieben die beiden jüngeren Söhne Kurt und Heinz. Das ist für uns in der Rückschau schwer verständlich. Man fragt sich unwillkürlich, wie konnten die Eltern diese Kinder zurücklassen? Die Antwort lautet ganz einfach: Sie hatten kein



*Die jüdische Religionsklasse 1936 im Garten vor der Synagoge. Von links, vordere Reihe: Religionslehrer Dr. Wochenmark, Fritz Mayer, Heinz Lemberger, Kurt Lemberger, Heinz Mayer, Ernst Michael Kahn. Hintere Reihe: Ernst Ludwig Heimnn, Sigrid Mendel Arnold Wochenmark, Alfred Rothschild, Rolf Marberg, Liselotte Heß, Walter Lemberger*

Geld um sie mitzunehmen, und wahrscheinlich fehlte auch ein Affidavit für sie. Davon soll gleich noch die Rede sein. Die Eltern mochten auch gedacht haben: Die Jungen schlagen sich irgendwie durch in Deutschland, wir lassen sie nachkommen. Wer will hier urteilen?

Kurz, die beiden blieben zurück. Der jüngste, Heinz Lemberger, geboren 1926, kam ein halbes Jahr vor der Auswanderung der Eltern nach Stettin, weshalb, ist unbekannt. Später finden wir ihn als Hilfsarbeiter bei einer Druckerei in Stuttgart. Sein Bruder Kurt, Hilfsarbeiter in einer Gärtnerei, bleibt in Gmünd und lebt hier mit dem Rest der Juden erst im Hause Königsturmstraße 18, schließlich im Becherlehen. Zuletzt ist er als Friedhofsgärtner bei der Jüdischen Kultusvereinigung in Stuttgart beschäftigt. Die beiden Brüder wurden am 13. Juli 1942 von Stuttgart aus mit einem kleinen Transport nach Auschwitz deportiert und sind mit Sicherheit dort umgekommen.

Richard Heimann hat mir das hier veröffentlichte Foto übersandt, das die kleine Schar der Gmünder jüdischen Kinder mit ihrem Religionslehrer Dr. Wochenmark im Jahre 1936 zeigt. Die Aufnahme ist bei der Synagoge in der Katharinenstraße entstanden. Dr. Wochenmark ist mit seiner Frau ebenfalls ein Opfer der Judenverfolgung geworden. Sein Sohn Arnold, der auch abgebildet ist, konnte 1937 zu einem Onkel in die Schweiz auswandern. Von den hier dargestellten zwölf Kindern haben zehn die NS-Zeit überstanden.

Hier ist noch ein Wort einzuflechten über die Möglichkeiten, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. 1929 hatten die USA die Einwanderung beschränkt und bestimmte Quoten für die einzelnen Nationalitäten festgelegt und zwar im Verhältnis zur nationalen Abstammung der amerikanischen Bevölkerung. Dabei galt es als fester Grundsatz, auch wenn die nationale Quote es zuließ, weitere Einwanderer beispielsweise aus Deutschland aufzunehmen, alle Personen von der Einwanderung auszuschließen, die in irgendeiner Weise der Öffentlichkeit zur Last fielen, und an diesem Grundsatz hielt die amerikanische Regierung fest, auch als die rasche Ausreise nach den Vereinigten Staaten für die verfolgten Juden in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zu einer Frage von Leben und Tod geworden war. Wer als Einwanderer nicht selber genügend Mittel bei sich führte, war auf ein Affidavit, eine Art Bürgschaft von Verwandten oder Freunden in den USA, angewiesen. Aus dem Affidavit mußte hervorgehen, daß der Affidavitgeber den ernstlichen Willen hatte, für den Einwanderer aufzukommen, und daß er wirtschaftlich dazu in der Lage war. So konnten die Eltern Lemberger selbst vielleicht mit dem Affidavit eines nahen Verwandten einreisen, und ein Jahr später konnten sie, so nehme ich an, ein Affidavit zunächst für einen Sohn ausstellen, aber nicht für alle drei, die noch in Deutschland weilten. Zurück blieben eben die beiden jüngeren Söhne.

Ein Affidavit vorweisen mußten praktisch alle Gmünder Juden, die von einem bestimmten Zeitpunkt an nach USA auswanderten. Denn genügend Mittel selbst mit sich führen für den Lebensunterhalt in den Staaten konnte praktisch keiner mehr nach der Judenvermögensabgabe vom November 1938 und angesichts der sonstigen Abgaben, die bei der Auswanderung jetzt verlangt wurden.

## Die Reichskristallnacht in Schwäbisch Gmünd

Wir kommen damit zu den schrecklichen Vorgängen im November 1938. Die Lage der Juden in Deutschland war schon äußerst prekär, als das Attentat des jungen Herschel Grynspan am 7. November 1938 stattfand; es steigerte das Leid ins Unermeßliche und ließ die Auswanderung der Juden, die bislang noch einigermaßen in geordneten Bahnen verlief, zur Massenflucht werden.

Der Hintergrund der Mordtat von Paris ist folgender: In einer Blitzaktion wurden Ende Oktober 1938 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die damals in Deutschland lebten, aufgegriffen, ausgewiesen und in Sammeltransporten an die polnische Grenze befördert. Zuvor hatte man ihnen alles abgenommen, was sie besaßen. Dann jagte man sie ins Niemandsland an der Grenze. Dort mußten sie, da der polnische Staat sich zunächst weigerte, sie aufzunehmen, alles Notwendigen beraubt, jämmerlich hausen. Unter denen, die das mitmachen mußten, befand sich auch die Familie Grynspan; der Vater hatte zuvor als Flickschneider in Hannover gelebt. Als der junge Herschel durch eine Postkarte seiner Schwester von diesen Vorgängen erfuhr, stand sein Entschluß fest: das Attentat, das er auf den Gesandtschaftsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris verübte, sollte die Weltöffentlichkeit aufmerksam machen auf die Leiden der Juden in Deutschland. Er wollte Rache üben für seine mißhandelten Glaubensgenossen.

Die Tat des jungen Grynspan hatte schwerste Folgen für die deutschen Juden. Zur jährlichen Feier des 9. November waren die „Alten Kämpfer" der NSDAP in München versammelt. Goebbels hielt eine wüste Hetzrede gegen die Juden und gab damit das Signal für die Ausschreitungen, die als spontane Äußerung des Volkszornes erscheinen sollten, in Wahrheit aber eine von oben inszenierte und gelenkte Aktion waren. Der Name „Reichskristallnacht" ist eine eher verharmlosende Bezeichnung für die Vorgänge in jener Nacht vom 9. auf den 10. November 1938: die Brandstiftungen in den Synagogen, die Zertrümme-

rung von jüdischen Geschäften und die Heimsuchungen der jüdischen Bevölkerung. Allein in Württemberg und Hohenzollern wurden 18 Synagogen niedergebrannt und 12 demoliert. Unter den letzteren befindet sich auch die in Schwäbisch Gmünd.

Nach außen hin ist in Gmünd wenig geschehen, daher weiß man auch in der Bevölkerung fast nichts über die Vorgänge in der Kristallnacht. Jüdische Ladengeschäfte gab es nicht mehr in Gmünd, und so konnte man auch keine Schaufenster einwerfen. Für die Vorgänge in der Synagoge sind wir im wesentlichen auf die Berichte und Aussagen vor Gericht angewiesen, die schon vor Jahren Frau Drechsel gemacht hat; sie war 1938 Hausmeisterin in der Synagoge. Danach erschien in der Nacht zum 10. November zwischen 2 und 3 Uhr ein Trupp Gmünder Nationalsozialisten, vollführte einen wüsten Lärm vor der Synagoge, zerschlug die Fenster im Untergeschoß und erzwang die Herausgabe der Schlüssel in den Betsaal. Darauf drang der Trupp ein und begann die Einrichtung zu demolieren. Alles wurde klein geschlagen und der siebenarmige Leuchter umgeworfen. Frau Drechsel wurde von dem Anführer des Trupps in die Ecke gestoßen. Als sie die Tür zum Thoraschrein aufrissen, schaltete sich die rote Beleuchtung ein. Da prallten die Männer erschrocken zurück und sahen von einer Zerstörung des Schreines ab. Bald darauf verließen sie das Haus. Der Davidstern auf dem Dach wurde heruntergerissen. Eine Brandstiftung unterließ man wohl wegen der unmittelbaren Nähe der Kreissparkasse; außerdem hatten Gmünder Nationalsozialisten schon Monate zuvor im Gemeinderat die Absicht geäußert, das Gebäude für städtische Zwecke zu erwerben, unter Umständen für einen Kindergarten. So erstattet das Landratsamt auf die Anfrage der Württ. Gebäudeversicherungsanstalt über die Höhe der Brandschäden bei den Synagogenbränden Fehlanzeige.

Einige Gmünder Juden wurden am 10. November und auch noch später ergriffen und in ein Konzentrationslager verschleppt. Die Art der Aufnahme im KZ – es war bereits die blauweiße Sträflingskleidung vorhanden mit aufgenähtem Judenstern – und Äußerungen der Bewacher deuten darauf hin, daß die Aktion seit langem geplant und die Mordtat in Paris nur der Anlaß war, einige Zehntausend Juden in die KZ zu verschleppen. Man wollte sie dort entsprechend drangsalieren, um sie zu einer raschen Auswanderung zu veranlassen.

Nach der Kristallnacht waren die Juden in Deutschland endgültig zu Parias geworden, zu Menschen, die praktisch rechtlos waren. Aus den letzten Positionen, die sie noch in der Wirtschaft hatten, wurden sie verdrängt; sie konnten nur noch als Hilfsarbeiter ihr Dasein fristen. Die Betriebe mußten sie streng abgeschirmt von der übrigen Belegschaft arbeiten lassen; die meisten lehnten es infolgedessen ab, überhaupt noch Juden zu beschäftigen. Im Krieg war man dann an jüdischen Arbeits-

kräften wieder interessiert. Soweit es sich nicht um Spezialisten handelte, wurden sie häufig bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt, z. B. in Straßenbaukolonnen oder, wie in Gmünd, bei Grabarbeiten für den Schießtalsee.

Am 12. November 1938 erließ Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Verordnung über die „Sühneleistung" der deutschen Juden. Sie hatten eine Kontribution in Höhe von 1 Milliarde RM an das Reich zu leisten. Die Judenvermögensabgabe, die danach erhoben

---

V e r z e i c h n i s
der
in Schwäbisch Gmünd wohnhaften J u d e n (Stand vom 21.November 1938).

| | | Pers. | Wohnräume | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Fuchs,Artur u.Ella Marktplatz 26 | 2 | 3 | Zimmer, | 1 | Küche, | 2 | Kammern |
| 2. | Heimann, David R.A. " 8 | 1 | 6 | " | 1 | " | | |
| 3. | " Fanny u.Hermann u.Rieser, Ernst u.Sofie,Ludendorffstr. 48 | 4 | 4 | " | 1 | " | | |
| 4. | Hess/Mendel,Rinderbachergasse 12 | 4 | 4 | " | 1 | " | | |
| 5. | Kahn, Abraham u.Fam.Ledergasse 12 | 3 | 4 | " | 1 | " | 1 | " |
| 6. | Lemberger,Emma Marktplatz 24 | 1 | 3 | " | 1 | " | | |
| 7. | " Isidor u.Fam.Moltkestr.19 | 4 | 4 | " | 1 | " | | |
| 8. | Mendel/Lindauer,Nikolausgasse 7 | 5 | 4 | " | 1 | " | | |
| 9. | Mayer,Gustav Königsturmstr.18 | 3 | 5 | " | 1 | " | | |
| 10. | Neumaier,Max Sebaldstrasse 10 | 2 | 4 | " | 1 | " | | |
| 11. | Rothschild, Karl Vord.Schmidg.18 | 2 | 3 | " | 1 | " | | |
| 12. | Wallach, Loius Alléstr.4 | 1 | 3 | " | 1 | " | 1 | " |
| 13. | Wochenmark,Josef Königsturmstr.29 | 2 | 5 | " | 1 | " | | |
| | zus. | 34 | | | | | | |

4 Dreizimmerwohnungen und 3 Kammern
6 Vierzimmerwohnungen " 1 "
2 Fünfzimmerwohnungen
1 Sechszimmerwohnung

---

*Die Gemeinde ist bereits sehr geschrumpft: ein von der Stadt Schwäbisch Gmünd aufgestelltes Verzeichnis der hier wohnhaften Juden. Man beachte das Datum: wenige Tage nach der Reichskristallnacht*

wurde, war zunächst auf 20 % des Vermögens eines Juden festgesetzt. Da jedoch der Betrag von 1 Milliarde damit nicht erreicht wurde, erhöhte man sie auf 25 %. Verschiedene Gmünder Juden wurden bei der Vermögensabgabe schwer geschröpft. Da die Juden vielfach von der Substanz ihres Vermögens lebten, konnten sie die geforderten hohen Beiträge nicht aufbringen; sie mußten ihren Haus- und Grundbesitz veräußern, um die Gelder flüssig zu machen.

So ging es auch Ella Fuchs in Schwäbisch Gmünd, die zusammen mit ihrem geistig behinderten Bruder Arthur noch das Haus Bocksgasse 25 besaß und in der Hauptsache von den Mieteinnahmen lebte. Ella Fuchs mußte verkaufen, um die Mittel für die Judenvermögensabgabe aufzubringen. Um 30 000 RM ging das Haus an August Heim, der bereits seit 1936 sein Geschäft in dem Gebäude hatte.

Bei der Vermögenserklärung, die Ella Fuchs anläßlich ihrer bevorstehenden Deportation 1942 abgeben mußte, meldete sie ein Guthaben von 3644 RM an, das auf einem Sperrkonto der Kreissparkasse lag. Das war alles, was ihr von dem Hausverkauf noch geblieben war. Sie hatte ja in der Zwischenzeit den Lebensunterhalt für sich und ihren Bruder von dem Erlös bestreiten müssen.

## Das Ende der Gemeinde

Durch die verschiedenen Wegzüge aus Gmünd, vor allem aber durch die Auswanderung waren die Reihen der Gmünder Juden so gelichtet, daß man das Ende der Gemeinde voraussehen konnte.

Als letzter Haushaltsplan der Gemeinde ist in den Akten des Landratsamts der Voranschlag für 1937/38 enthalten. Das Haushaltsjahr lief damals vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres. Dieser Voranschlag spiegelt die nahezu gänzlich geschwundene Finanzkraft der Gmünder Juden.

An Einnahmen werden nur noch 1010 RM verzeichnet. Sie stammen in der Hauptsache aus den Synagogenplätzen und aus den Opfergeldern.

An Ausgaben werden dagegen 4333 RM registriert. Dabei ist der Beitrag zum Gehalt des Lehrers auf 1830 RM gekürzt. (1927 betrug er noch 2175 RM). Somit ergab sich ein Abmangel von 3323 RM. Zur Deckung muß die arm und klein gewordene Gemeinde ihre Reserven mit 2779 RM heranziehen. Sie tut dies mit voller Billigung durch den Oberrat in Stuttgart. Der ungedeckte Abmangel von 544 RM wird durch Umlage gedeckt, die auf die von den Gemeindemitgliedern im

Vorjahr gezahlte Einkommen- und Vermögensteuer erhoben wird (14 % davon).

Während die Gmünder Juden vor der Weltwirtschaftskrise in einem Jahr über 31 000 RM an Einkommen- und etwa 3500 RM an Vermögensteuer gezahlt hatten, lauteten die entsprechenden Beträge für 1936 2287 RM bei der Einkommen- und 1600 RM bei der Vermögensteuer. Angesichts dieser Entwicklung schreibt der Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs am 15. Juni 1938 an den Gmünder Landrat, das Vorsteheramt der Gemeinde – das sind zuletzt die Herren Gustav Mayer, David Heimann und Dr. Josef Wochenmark – ziehe mit guten Gründen die Vermögensreserven zur Deckung des Abmangels heran. „Die israelitische Religionsgemeinde Gmünd wird täglich kleiner, und es wird im Lauf der Zeit zu einer Auflösung kommen müssen."

Im Gmünder Gemeinderat spricht man ebenfalls von der bevorstehenden Auflösung der jüdischen Gemeinde. Der Ratsherr Höhn erwähnt die Angelegenheit in der Sitzung am 8. August 1938 und regt an, das Gebäude der Synagoge für die Stadt zu erwerben. Stadtbaumeister Knödler erhält den Auftrag, den Wert des Anwesens zu schätzen. Er kommt auf einen Betrag von 16 800 RM für das Gebäude der Synagoge und auf 6000 RM für den Platz, zusammen 22 800 RM. Ein Ratsherr meint, man könne Synagoge und Platz gut für einen Kindergarten verwenden. Inzwischen ist der Kreis auf den Plan getreten. Am 6. April 1939 teilt der Oberbürgermeister im Gemeinderat mit, der Kreisverband beabsichtige, die Synagoge zu erwerben und zwar für eine künftige Erweiterung der Kreissparkasse. Der Landrat sei bereit, den Vorplatz für den städtischen Kindergarten, der damals in St. Ludwig eingerichtet wurde, zur Verfügung zu stellen.

Und so kommt es zum Verkauf der Synagoge an die Kreissparkasse am 17. Mai 1939. An diesem Tag erscheinen vor Bezirksnotar Lachenmaier als Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinde Schwäbisch Gmünd die Herren Gustav Israel Mayer, Fabrikant in Gmünd, David Israel Heimann, früherer Rechtsanwalt in Schwäbisch Gmünd und Dr. Josef Israel Wochenmark, Religionsoberlehrer in Schwäbisch Gmünd, sowie als Vertreter der Kreissparkasse die Herren Wilhelm Wiedmann, Sparkassendirektor, und Theodor Deibele, Rechnungsrat, und schließen folgenden Kaufvertrag:

Die Religionsgemeinde verkauft das Gebäude 4/1 Katharinenstraße mit Hofraum 8 a 83 qm zum Preis von 21 500 RM.

Die Räumung des Grundstücks mit Ausnahme der an Gottfried Drechsel vermieteten Räume hat spätestens zwei Wochen nach Auflassung zu erfolgen. Darunter stehen die eigenhändigen Unterschriften.

Die Juden hatten am 1. Januar 1939, soweit sie nicht einen Vornamen trugen, der als typisch jüdisch galt, einen weiteren Vornamen anzu-

nehmen, der sie zu Juden stempelte: Männer den Vornamen Israel, Frauen den Vornamen Sara – ein weiteres Glied in der Kette der Diffamierungen. Der Verkauf der Synagoge bezeichnet den offiziellen Schlußakt der Gmünder Gemeinde.

Gustav Mayer hat von 1901 bis zum Ende im Jahre 1939 dem Vorsteheramt der Gemeinde angehört. Er besaß auch Ansehen über den lokalen Rahmen hinaus: wir finden ihn unter den Vorstandsmitgliedern des Württ. Landesverbands für israelitische Wohlfahrtsbestrebungen, der im Jahr 1923 gegründet wurde. Es war dies der Dachverband für die verschiedenen karitativen Einrichtungen der Juden im Land, vergleichbar etwa mit dem Caritasverband oder der Inneren Mission.

In der Gmünder Öffentlichkeit ist Gustav Mayer nicht so hervorgetreten wie sein Bruder David. Er war ein sehr seriöser Geschäftsmann, der die Interessen seines Betriebs wie die der jüdischen Gemeinde mit Nachdruck zu vertreten wußte.

Nachdem er seine eigene Firma liquidiert hatte und die Synagoge an die Kreissparkasse verkauft war, wanderte Gustav Mayer mit seiner Frau am 22. Oktober 1939, also nach Kriegsbeginn, in die Vereinigten Staaten aus zu seinen Söhnen. Steinwürfe gegen sein Haus Königsturmstraße 18 hatten ihm, der immer noch zögerte, gezeigt, daß es Zeit war. Sein Haus dient nachher dem Rest der Gmünder Juden, die dort zusammenziehen mußten, als Unterkunft. Später wird es zugunsten des Reiches eingezogen zusammen mit den Möbeln und dem Hausrat, den Mayer zurückgelassen hatte. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hat sich Gustav Mayer mit Nachdruck, ja mit einer gewissen Hartnäckigkeit um die Rückerstattung seines Vermögens bemüht. Für das Haus Königsturmstraße 18 werden im Jahre 1949 wieder er und seine Frau als Eigentümer eingetragen. Wenige Jahre danach hat er es durch seinen Beauftragten an das Baugeschäft Georg Barth KG. verkauft. Um seine Wohnungseinrichtung wird ein umfangreicher Schriftwechsel geführt, an dem das Finanzamt, die Stadtverwaltung, das Parler-Gymansium und die Rückerstattungsbehörde beteiligt sind. Gustav Mayer hatte seine Wohnungseinrichtung unter Siegel zurückgelassen. Nach der Beschlagnahme seines Vermögens hatte das Finanzamt darüber verfügt. Vom Wohnungsinventar erhielt das Hilfskrankenhaus Schwäbisch Gmünd zwei kleine Tische und Geschirr; zwei englisch geschriebene Bücher über Indien übergab das Finanzamt der Hindenburg-Oberschule für Jungen. So kam es, daß im Rückerstattungsverfahren beim Parler-Gymnasium nachgeforscht wurde. Oberstudiendirektor Dr. Fricker teilt am 28. Mai 1954 aber mit, „daß sich die fraglichen Bände nicht im Besitz des Parler-Gymnasiums befinden." In der Rückerstattungssache kommt es schließlich zu einer Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart, bei der ein Vergleich geschlossen wird, nachdem

Der Oberbürgermeister [illegible]

Abschrift.

22. MAI 1939

Z 1 2 3 4 5 6 7 8 9
R 10 11 12 13 14 15 16 17 18
S T.Nr. B.Nr.

Gem. § 44 VI UrkStG/~~Urk.SS~~
u. Kardenfreiverfrei.
Schwäb. Gmünd, den 17.5.39.

Bezirksnotar Lachenmaier

Grundbuchamt Schwäb. Gmünd.

Geschehen am 17. Mai 1939,

-siebzehnten Mai Eintausendneunhundertneununddreissig-.

====

Vor mir, dem Bezirksnotar Lachenmaier, zugleich als öffentlicher Notar, erscheinen:

1. Herr Gustav Jsrael Mayer, Fabrikant in Schw.Gmünd,
2. Herr David Jsrael Heimann, fr. Rechtsanwalt in Schw.Gmünd,
3. Herr Josef Jsrael Wochenmark, Religionsoberlehrer in Schw. Gmünd,
4. Herr Wilhelm Wiedmann, Sparkassendirektor in Schw.Gmünd,
5. Herr Theodor Deibele, Rechnungsrat in Schw.Gmünd.

Die Erschienenen Ziff.1.2.4 u.5 sind mir persönlich bekannt, die Persönlichkeit des Erschienenen Wochenmark wird mir durch die Herren Mayer und Heimann bestätigt.

Die Erschienenen Ziff.1-3 erklären, dass sie als Vertreter der Jsraelitischen Religionsgemeinde Gmünd handeln, welche nach § 1 Abs.2 des Ges. über die Rechtsveränderung der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28.März 1938 nunmehr ein rechtsfähiger Verein nach bürgerlichem Recht sei; die Eintragung im Vereinsregister sei bis jetzt nicht erfolgt. Die Vertreter verpflichten sich, unverzüglich eine Bestätigung des Oberrats der Jsraelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs über ihre Vertretungsbefugnis nachzubringen.

Die Erschienenen Ziff.4 und 5 handeln als amtsbekannte Vertreter der Kreissparkasse Gmünd.

Die Erschienenen erklären:

Wir schliessen folgenden

K a u f v e r t r a g :

*Kaufvertrag über den Verkauf des Synagogengebäudes Katharinenstraße 4/1 durch die Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinde in Gmünd an die Kreissparkasse*

§ 1.

Die Jsraelitische Religionsgemeinde Gmünd

verkauft an die

Kreissparkasse Gmünd in Schwäbisch Gmünd

das Grundstück Markung Schwäbisch Gmünd

Grundbuchheft 440 Abt.I Nr.1 Geb.Nr. 4/1 Katharinenstrasse
Betsaalgebäude mit Freitreppe u.Hofraum
-: 8a83qm.

Mitverkauft ist das gesetzliche Zubehör.

Die zur Einrichtung des Betsaals und des Schullokals gehörigen Gegenstände sind nicht mitverkauft.

§ 2.

Der Kaufpreis beträgt
-: 21 500 RM - Einundzwanzigtausendfünfhundert Reichsmark-
und ist bar zahlbar nach erfolgter Genehmigung des Vertrags durch den Württ. Wirtschaftsminister.

§ 3.

Die Kosten der Beurkundung des Vertrags, der Auflassung und der Eigentumseintragung, sowie etwaige Kosten der Genehmigung des Vertrags trägt die Käuferin, ebenso die Grunderwerbsteuer. Eine etwaige Wertzuwachssteuer hat die Verkäuferin zu tragen.

§ 4.

Die öffentlichen Lasten des Kaufgrundstücks und den Brandschadensbeitrag übernimmt Käuferin von der Übergabe an.

§ 5.

Die Besitzübergabe erfolgt mit der Auflassung.

Die Räumung des Grundstücks mit Ausnahme der an Gottfried Drechsel vermieteten Räume, hat spätestens 2 Wochen nach der Auflassung zu erfolgen.

Die Mietsverhältnisse sind der Erwerberin bekannt.

Nutzungen u. Lasten gehen von der Übergabe an auf die Erwerberin über.

§ 6.

Es wird keinerlei Gewähr geleistet.

Eintragungen in Abt.II und III des Grundbuchs sind nicht vorhanden.

§ 7.

Die Auflassung soll nach Genehmigung dieses Vertrages durch den Württ. Wirtschaftsminister, welche sich die Vertreter der Verkäuferin vorbehalten und gegen Bezahlung des Kaufpreises erfolgen.

Für die Kreissparkasse sollen 2 Vertragsabschriften und für die Verkäuferin z.Hd. des Erschienenen Mayer 1 Vertragsabschrift erteilt werden.

Vorgelesen, genehmigt u.eigenhändig unterschrieben.

(gez) Gustav Jsrael Mayer.
David Jsrael Heimann.
Dr.Joseph Jsrael Wochenmark.
Wilhelm Wiedmann
Theodor Deibele.

Bezirksnotar Lachenmaier.

---

Vorstehende Abschrift beglaubigt.

Schwäbisch Gmünd, den 19. Mai 1939.

Grundbuchamt

Bezirksnotar Lachenmaier

den
rrn Oberbürgermeister
n Schwäbisch G m ü n d

wecks Einleitung des Genehmigungsverfahrens übersandt.

Bezirksnotar
Lachenmaier



das Finanzamt Schwäbisch Gmünd hatte nachweisen können, daß der Beauftragte von Gustav Mayer seinerzeit schon vor der Einziehung des Vermögens einen Teil der Möbel verkauft hatte. Den Ausgang des Verfahrens hat Gustav Mayer nicht mehr erlebt; er ist am 19.,Februar 1954 im Staate Massachusetts (USA) gestorben.

In den Gmünder Aktenbeständen haben sich noch die Spuren von weiteren Mitgliedern der Familie Mayer erhalten. Julius Mayer, der ältere Bruder von David und Gustav Mayer, ist im ländlichen Herkunftsbereich verblieben und hat offenbar in Mönchsroth das Gewerbe des Vaters weitergeführt. Nach dem Tode seiner Frau ist er nach Gmünd gezogen und hat von 1932 bis 1936 bei seinem Bruder in der Königsturmstraße gelebt. Eine Tochter von ihm hat den Geschäftsführer von Meth, Arnold Kahn, geheiratet. Julius Mayer ist später nach New York ausgewandert. Eine Schwester der drei Brüder Mayer, Sofie Mayer, ist ebenfalls nach Gmünd gezogen und hat hier von 1928 bis 1939 gelebt, zuletzt im Hause ihres Bruders Gustav. Sie ging dann in ein Altersheim in Frankfurt und wurde von dort in den Osten deportiert. Die Nachkommen von Rafael Julius Mayer, nach dem das Geschäft in Gmünd benannt war, leben heute in Amerika bzw. Australien.

Auch das Synagogengebäude in der Katharinenstraße stellte nach dem Zweiten Weltkrieg einen Wiedergutmachungsfall dar. Die Kreissparkasse mußte das Gebäude gewissermaßen nochmals kaufen und eine beträchtliche Summe in DM an die IRSO zahlen, die Nachfolgeorganisation für die Rückerstattung jüdischen Vermögens. Es gibt noch andere Fälle in Gmünd, in denen die neuen Besitzer „nachzahlen" mußten. Die Nachforderungen wurden im allgemeinen damit begründet, daß der Kaufpreis seinerzeit weit unter dem tatsächlichen Wert gelegen sei.

Im März 1940 wird der Name David Gutmann in dessen Stiftung aus dem Ersten Weltkrieg gestrichen. Nach einem Runderlaß des Reichsministers des Innern war bei Stiftungen von Juden der Name des jüdischen Stifters zu tilgen und die Zweckbestimmung der Stiftung mit den Grundsätzen der nationalsozialistischen Judenpolitik in Einklang zu bringen. Der Name des jüdischen Stifters sollte aus dem Gedächtnis verschwinden, eine schäbige Handlungsweise. Die David-Gutmann-Stiftung wird in eine „Stiftung für bedürftige Kriegsopfer" umgewandelt.



*Eine Stätte der Verlassenheit: der Judenfriedhof in Oberdorf bei Bopfingen*
*Der große Grabstein in der linken Hälfte steht auf dem Grab von Hermann Gutmann und seiner Frau Pauline. Auf dem Grabmal ist noch heute zu lesen, daß Hermann Gutmann der Gründer der jüdischen Gemeinde in Gmünd war*

## Umquartierungen in Gmünd

Bereits im Dezember 1938 ist den Juden in Deutschland der Mieterschutz teilweise entzogen worden, und am 30. April 1939 bot dann das Gesetz über die Mietverhältnisse der Juden die Handhabe, Juden ausschließlich in jüdischen Häusern unterzubringen. Die Gemeinden bekamen freie Hand, ihre jüdischen Einwohner nach „rassischen Gesichtspunkten" umzuquartieren.

Kreisleiter Oppenländer, der auch hier forsch ins Zeug ging, fordert bereits am 11. Januar 1939 in der Presse die beschleunigte Räumung der Judenwohnungen, wobei er sich zu folgenden Äußerungen versteigt: „Nur keine falsche Menschlichkeit! Wer glaubt, sich grundsätzlich nicht

von seinem jüdischen Mieter trennen zu können, der hat ja die Möglichkeit, mit ihm auszuwandern." Oppenländer fordert, daß jede bisher von Juden bewohnte Wohnung gründlich gerichtet werde, denn es könne „einem arischen Menschen nicht zugemutet werden, in einer Wohnung zu leben, deren Tapeten allein schon in ihrer Auswahl jüdischen Geruch anhaften haben."

Gleich zweimal befaßt sich die Schwäbische Rundschau im Mai 1939 mit der Umquartierung der Juden. Unter der Überschrift „Keine Hausgemeinschaft mit Juden" bemerkt sie, durch das Gesetz sei nun die Möglichkeit geschaffen, Juden auch gegen ihren Willen aus deutschen Wohnstätten zu entfernen. Und wenige Tage danach erklärt sie, Ziel sei, die Juden in bestimmten Häusern zusammenzufassen, um eine möglichst vollständige Trennung nichtjüdischer und jüdischer Hausbewohner zu erreichen. Es ist zu vermuten, daß mit diesen Veröffentlichungen ein gewisser Druck auf die Stadtverwaltung ausgeübt werden sollte.

In Gmünd werden die zurückgebliebenen Juden zunächst in zwei Häuser eingewiesen, die sich noch in jüdischem Besitz befinden, nämlich 1939/40 in das Haus Kornhausstraße 10, das Rechtsanwalt Heimann gehört, und in das Gustav Mayer gehörende Haus Königsturmstraße 18. Zuletzt leben sie nur noch in diesem Haus in großer Enge. Beide Häuser werden nacheinander geräumt und mit neuen Mietern belegt, denn sie sind als jüdisches Vermögen nach der 11. Verordnung nach dem Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 dem Reich verfallen, und so kommt der letzte Rest der Gmünder Juden schließlich in die Notunterkunft Becherlehen 1/2, das sogenannte „Lüllig-Dorf". Dort leben sie, insgesamt zehn Personen, ausgestoßen und gemieden, bis zum Abtransport in die Deportation. Zuvor hatte der Oberbürgermeister im April 1941 bei den benachbarten Städten Aalen, Heidenheim und Göppingen nachfragen lassen, ob dort die Juden in Baracken oder ähnlichen Unterkünften untergebracht seien.

Vielleicht hatte die Partei auf eine solche Unterbringung gedrängt. Eine Antwort ist nur aus Göppingen bekannt. Dort lebten noch etwa 20 jüdische Familien mit ungefähr 60 Personen. Sie waren zum Teil in jüdischen, zum Teil aber auch in arischen Häusern (!) untergebracht. „Bestrebungen, die Juden gemeinsam in einer Baracke oder ähnlichen Notunterkunft unterzubringen, sind dort nicht bekannt," teilt die städtische Preisbehörde dem Oberbürgermeister mit.

Wir wissen sehr wenig über das Leben dieser zehn Juden auf ihrer letzten Station in Gmünd im „Lüllig-Dorf". Von ihnen hat niemand überlebt. Hin und wieder haben kleine Hilfsdienste und Gefälligkeiten, die ihnen nichtjüdische Mitbürger erwiesen, einen kleinen Lichtblick in ihr tristes Dasein gebracht. So erfuhr ich vor einiger Zeit durch Zufall, daß Laura Mendel vom Becherlehen wiederholt zur Besitzerin der Dro-

gerie Baum kam, die ihr Spiritus zum Kochen gab. Frau Mendel hatte früher in einem Haus, das Frau Wohlfahrt gehörte, gewohnt. Eine andere Begegnung mit den in den Becherlehen Verbannten schildert eine Frau Schmitt in einer Leserzuschrift auf meine ersten Juden-Artikel in der Gmünder Tagespost vom 26. März 1965. Ihre Mutter hatte längere Zeit in der Nachbarschaft gewohnt und kannte von daher gut den Viehhändler Neumaier und seine Familie. Später hatte man sich etwas aus den Augen verloren, doch eines Tages im Krieg kamen die beiden, das Ehepaar Neumaier, zu ihrer Mutter, und darüber schreibt Frau Schmitt: „Es war ein erschütterndes Wiedersehen. Bei Nacht kamen sie, den Judenstern auf der Brust und voll von Angst. Der Hunger stand ihnen im Gesicht geschrieben. Zermürbt waren sie von der Ungerechtigkeit und der Sorge um die Zukunft. Kaum wagten sie, die Wohnung zu betreten. Denn jeder wußte ja, daß es für beide Teile ein Risiko war. Aber die Anteilnahme an dem Schicksal ließ die Gefahren vergessen. Ein kleiner Lichtschein kam in ihr Dasein, hatten sie doch jemand gefunden, der noch Freund war. Wenn auch nichts getan werden konnte, sie vor der Vernichtung zu bewahren, so konnten sie doch wenigstens ihrer Tochter nach Düsseldorf schreiben, was meine Mutter für sie besorgte. Es war eine erbarmungslose Zeit. Wußte man doch, was kam. Sie lebten immer in der Angst vor dem Tag, an dem man sie ins KZ brachte. Es waren zwei gebrochene alte Leute, mit denen man Mitleid haben mußte. Es dauerte nicht lange, bis sie abgeholt wurden, mitten in der Nacht, für die Umwelt schon gestorben."

Was war das letzte Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik? Sollten sie einfach aus Deutschland verdrängt, zur Auswanderung veranlaßt werden? Die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 1939 schien dies anzudeuten. Die Verordnung sollte die systematische Auswanderung der Juden in die Wege leiten. Alle in Deutschland lebenden Juden deutscher Staatsangehörigkeit und Staatenlose werden nun in der Reichsvereinigung der Juden zusammengefaßt. Sie hat nach § 2 ausdrücklich den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern. Was aber soll mit den Zurückbleibenden geschehen? Sollen sie irgendwo in der Ferne angesiedelt werden, in einer Kolonie? Der Madagaskar-Plan spukt damals in den Köpfen. Die nationalsozialistische Presse greift ihn begierig auf, und die Schwäbische Rundschau spricht im Februar 1939 von dem „bemerkenswerten Vorschlag eines kanadischen Politikers", die Juden in Madagaskar anzusiedeln. „In Madagaskar, das bis jetzt vernachlässigt wurde, können sich alle Israeliten versammeln. Sie haben Gold und Devisen genug, um Madagaskar Frankreich abzukaufen." Ein absurder Plan. Oder was ist sonst das Ziel der Judenpolitik? Es bleibt vorerst im Dunkeln. Alfred Rosenberg fordert auf dem Würzburger Studententag 1939 ein „Europa ohne Juden."

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verschlechtert sich die Lage der entrechteten Juden noch weiter dadurch, daß die nationalsozialistische Propaganda die Schuld am Ausbruch des Krieges unaufhörlich dem sogenannten Weltjudentum anlastete. Außerdem bot der Kriegsausbruch Gelegenheit, die Juden noch mehr als bisher in ihrer Bewegungsfreiheit einzuengen und sie immer stärker in ein unsichtbares Ghetto einzuschließen. Ein Jahr vorher hatte man ihnen schon den Führerschein abgenommen. Jetzt wurden ihnen beschränkte Ausgangszeiten auferlegt; ihre Rundfunkgeräte wurden beschlagnahmt und der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Juden wurden bei der Lebensmittelversorgung benachteiligt, im weiteren Verlauf der Kriegszeit durften sie nur noch zu bestimmten Zeiten die Lebensmittelgeschäfte aufsuchen. Von der Zuteilung von Bezugscheinen für Textilien und für Schuhe wurden sie ausgeschlossen; später erhielten sie besondere Lebensmittelkarten. Mit der Polizeiverordnung vom 1. September 1941 wurden sie öffentlich gebrandmarkt: sie mußten nun den Judenstern auf der Brust tragen.

Im Sommer 1940 begann man in Württemberg, Städte und Dörfer „judenfrei" zu machen. Eine Reihe von Juden, namentlich ältere Menschen, wurden zwangsweise in Landgemeinden eingewiesen, die noch einen verhältnismäßig hohen jüdischen Bevölkerungsanteil hatten, bzw. alte Judenorte waren wie Buchau, Buttenhausen, Haigerloch, Oberdorf u. a. Und von diesen Landgemeinden ging es später auf die Deportationstransporte. So kam das Ehepaar Kahn aus der Ledergasse, Abraham und Selma Kahn, nach Dellmensingen. Dort starb Abraham Kahn am 27. März 1942, seine Frau wurde deportiert. Das Ehepaar Neumaier von der Sebaldstraße, jetzt im Becherlehen, wurde 1942 nach Buttenhausen gebracht.

Leer stehende größere Gebäude, auch Schlösser wie Eschenau im Kreis Heilbronn, wurden auf Weisung der Gestapo von der Israelitischen Kultusvereinigung Stuttgart zu Altersheimen hergerichtet und ab 1941 belegt. Von Gmünd kam Fanny Heimann nach Eschenau. Der geistig behinderte Arthur Fuchs, der Bruder von Ella Fuchs, die ihn bisher betreut hatte, wurde 1940 in die Heilanstalt Heggbach Kreis Biberach gebracht. Von Heggbach kam er erst nach Berlin, später nach Bendorf-Sayn. Von dort wurde er im Juni 1942 abtransportiert, mit Sicherheit in ein Vernichtungslager. Er ist seitdem verschollen.

All diese Orte waren nur Durchgangsstationen auf dem Weg in die Vernichtung. Die Deportationen der Juden, die anschließend darzustellen sind, haben mit dem Krieg, der 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen hat, nichts zu tun. Der Krieg bot vielmehr die Möglichkeit, nachdem die deutschen Armeen in die weiten Räume des Ostens vorge-

stoßen waren, in der Ferne die Vernichtungslager anzulegen und die Juden dorthin abzuschieben.

„Wenn an der Front die Besten fielen", so hatte Hitler schon in „Mein Kampf" geschrieben, „dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen." Die Juden waren für Hitler nichts als Ungeziefer. Und die Massenvernichtung von Menschen, die nun einsetzte, hatte mit dem Krieg nur insofern einen Zusammenhang, als das Kriegsgeschehen in der Heimat die Aufmerksamkeit von diesen Vorgängen ablenkte.

## Die erste Deportation

Die erste Abschiebungsaktion aus unserem Land ging jedoch nicht nach Osten, sondern nach Südwesten: es ist die Deportation von etwa 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland im Oktober 1940, also nach dem Frankreichfeldzug, in das Lager von Gurs in den Pyrenäen. Sie muß hier geschildert werden, weil das Ehepaar Meth aus Gmünd davon betroffen war. Meth war, wie oben erwähnt, 1936 mit seiner Frau nach Baden-Baden gezogen. Wenn auch die Hintergründe für die Deportation nach Gurs nicht vollständig geklärt sind, so steht doch fest, daß die Gauleiter von Baden und Saarpfalz, Robert Wagner und Josef Bürckel, die Hauptverantwortung dafür trugen. Die Aktion ist zweifellos im Einvernehmen mit Hitler, Himmler und Heydrich erfolgt; der Sieg über Frankreich hat sie ermöglicht. Eine Vereinbarung zwischen der deutschen Waffenstillstandskommission und der französischen Delegation, welche die Abschiebung aller Juden aus dem Elsaß und aus Lothringen in das unbesetzte Frankreich vorsah, legten die beiden Gauleiter, die zugleich für das Elsaß (Wagner) und für Lothringen (Bürckel) zuständig waren, willkürlich aus und benutzten sie dazu, die Juden aus Baden und Saarpfalz abzuschieben. Die Deportation am 22. Oktober 1940 war von Regierungsstellen und Gestapo von langer Hand vorbereitet. Das Vorgehen erinnert in mancher Beziehung an die Abschiebung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Herbst 1938. Die Betroffenen wurden von ihrer Ausweisung erst unmittelbar vor der Festnahme und dem Abtransport unterrichtet. Sie hatten oft kaum noch die Zeit, um die notwendigsten Habseligkeiten zusammenzusuchen; erlaubt war die Mitnahme von 50 kg Gepäck und von 100 RM pro Person.

Die aus Deutschland ausgewiesenen Juden wurden in Sonderzügen

über Belfort in das unbesetzte Frankreich abgeschoben. Die französische Regierung in Vichy war von der Aktion völlig überrascht worden; sie gab die Anweisung, die deportierten deutschen Juden in dem Internierungslager Gurs an der Pyrenäengrenze, das einst für Flüchtlinge aus dem Spanischen Bürgerkrieg eingerichtet worden war, provisorisch unterzubringen.

Nach einem Bericht aus Karlsruhe vom 30. Oktober 1940, an dem freilich manches ungeklärt ist – man kennt nicht den Verfasser und weiß nicht, wessen Meinung er wiedergibt – war beabsichtigt, auch die übrigen im „Altreich", in Österreich und im Protektorat Böhmen und Mähren noch vorhandenen 270 000 Juden nach Frankreich abzuschieben. Diese Absicht mag durchaus bestanden haben, wurde doch damals der „Madagaskar"-Plan in den NS-Führungsgremien ernsthaft erwogen. Man nahm an, das besiegte Frankreich werde die Hand dazu bieten, d. h. es werde die Juden aus dem deutschen Machtbereich übernehmen und nach Öffnung der Seewege nach Madagaskar weitertransportieren. Das aber war eine Fehlspekulation. Die französische Regierung protestierte sofort und mit allem Nachdruck gegen die völkerrechtswidrige Maßnahme der Deportation der badischen und pfälzischen Juden und forderte wiederholt deren Zurücknahme. Darauf unterblieben weitere Deportationen nach Südfrankreich. Zu einer Rücknahme der nach Gurs verschleppten Juden freilich fand sich die deutsche Regierung nicht bereit. So bleiben diese als unerwünschte Ausländer in dem Pyrenäenlager.

Unterbringung und Verpflegung in Gurs waren in der ersten Zeit völlig unzulänglich. Während des Winters verwandelte sich das Lager in Morast, und so nimmt es nicht wunder, daß in der härtesten Anfangszeit viele ältere Menschen durch Entbehrung und Krankheit hinweggerafft wurden. Im Lauf des Jahres 1941 besserten sich die Verhältnisse. Ein Teil der Internierten wurde in andere Lager verlegt, darunter auch das Ehepaar Meth.

Im Gegensatz zu den später nach Osten Deportierten konnten die nach Gurs Verschleppten anfangs noch auswandern, z. B. nach Amerika. Eine Anzahl Verschleppter tauchte bei französischen Familien unter, die ihnen Hilfe und Zuflucht gewährten. Ab 1942 setzten dann freilich von Gurs und den anderen Lagern aus die Transporte „ins Unbekannte" ein, d. h. Transporte in die Vernichtungslager des Ostens. Im ganzen konnten von den nach Gurs verschleppten Juden mehr Menschen die Verfolgungszeit überleben als von den aus Baden und Württemberg direkt nach dem Osten Deportierten. Das Ehepaar Meth überlebte den Krieg in mehreren französischen Lagern, zeitweise waren die Gatten getrennt. Das Kriegsende erlebten sie bei Limoges. Alfred Meth arbeitete dort bei einem Bauern.

Wie Meth hatten alle nach Gurs Verschleppten ihr Vermögen in der Heimat zurückgelassen. Bereits vor dem 22. Oktober 1940 war die Sicherstellung dieser Vermögen in die Wege geleitet worden. Bei der Deportation mußten Sparbücher, Wertpapiere, Schmuck und Bargeld, soweit es die 100 RM überstieg, zurückgelassen werden. Einen Tag nach dem Abtransport ordnete Gauleiter Wagner die Beschlagnahme des zurückgelassenen Vermögens an, und am 9. November erließ der Reichsführer SS „Richtlinien für die Erfassung, Verwaltung und Verwertung der zurückgelassenen Vermögenswerte der aus der Pfalz und Baden evakuierten Juden." Diese Richtlinien regelten bis in alle Einzelheiten der Bürokratie die Verwaltung des dem Reich verfallenen jüdischen Besitzes. Sie sind das erste Beispiel für den bei allen folgenden Deportationen praktizierten staatlichen Vermögensraub. Zuständig für die Verwaltung des jüdischen Besitzes wurden die Finanzämter unter Aufsicht des Oberfinanzpräsidenten. Durch die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 ist dann noch den Juden, die nach der Deportation im Ausland lebten, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt und erneut die Einziehung ihres Vermögens durch das Reich verfügt worden. Diese Verordnung wird dann alle nach dem Osten deportierten Gmünder Juden treffen. Meth ist die Staatsangehörigkeit bereits im März 1941 aberkannt worden. Der entsprechende Vermerk im Register des Standesamts Schwäbisch Gmünd lautet: „Alfred Israel Meth und Flora Sara Meth geb. Appel wurden durch Erlaß des Reichsministers des Innern vom 19.3.1941 (Reichsanzeiger Nr. 68/1941) der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt." Die Juden werden also deportiert, dabei wird ihnen das ganze Vermögen genommen und anschließend werden sie noch ausgebürgert.

Außer dem Vermögen, das Meth in Baden-Baden und anderwärts hinterließ, besaß er in Gmünd ja noch das Kino-Gebäude Bocksgasse 23. An Hand der Akten, die sich auf dem Landratsamt, bzw. auf dem Finanzamt erhalten haben, können wir den Besitzerwechsel hier bis in alle Einzelheiten hinein verfolgen. In dieser Sache wird ein unglaublicher Papierkrieg geführt, der uns das ganze Durcheinander der Kompetenzen im Dritten Reich aufzeigt.

Bereits 1939, als Meth noch in Baden-Baden weilte, beschäftigt das Gebäude der Gamundia-Lichtspiele den Gemeinderat. Der Beauftragte der Partei, Kreisleiter Oppenländer, regt den Erwerb des Kinos durch die Stadt an, „um so auf den Lichtspielbetrieb in Gmünd einwirken zu können." Carl Burkhart, der das Kino gepachtet hat, kann das Gebäude nicht kaufen, weil im Entjudungsverfahren bar bezahlt werden muß. Der mittlere Verkehrswert wird im April 1939 auf 31 000 RM geschätzt. Der Betrag würde sich sehr gut verzinsen, heißt es im Gemeinderat, da Burkhart dem Vernehmen nach jährlich 6000–8000 RM

Rechtsquellen

betr. Entjudung des Grundbesitzes.

(Kaufvertrag zwischen dem Veräußerungstreuhänder Hermann E. S i e g e r in Lorch und dem Lichtspieltheaterunternehmer Karl B u r k h a r t in Schwäb.Gmünd über das Lichtspieltheatergebäude Bocksgasse Nr.23 des Alfred Israel M e t h )

I Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 (RGBl. I S. 1709)

Verordnung zur Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 16.1.1939 (RGBl. I S. 37)

1. Durchführungserlaß des RWiM. vom 6.2.1939 - III Jd 1/2082/39 im RMBliV. 1939 S. 265

Erlaß des Reichswirtschaftsministers an den Württ.Wirtschaftsminister vom 23.10.1939 - III L 23081/39

Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 18.1.1940 (RGBl. I S. 188)

2. Durchführungserlaß des RWiM. vom 23.1.1940 - III L 5/5827/40 im RMBliV. 1940 Nr.6 S. 205

Runderlaß des Württ.Wirtschaftsministers vom 26.3.1940 Nr. B II 2520 b/5

II Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften vom 10.6.1940 (RGBl. I S. 891)

Verordnung zur Durchführung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften vom 14.11.1940 (RGBl. I S. 1520)

Runderlaß des Reichwirtschaftsministers vom 6.2.1941 - III WOS 8/12 693/40 im RMBliV. vom 12.3.1941 S. 407

Schwäbisch Gmünd, den 28.März 1941

Regierungsrat.

*Aktennotiz des Landratsamts Schwäbisch Gmünd über die „Rechtsquellen" anläßlich der Veräußerung des Kinogebäudes Bocksgasse 23 an Karl Burkhardt.*

Pacht bezahle. Später wird die Jahresmiete mit 6600 RM angegeben. Der Oberbürgermeister beabsichtigt, das Kinogebäude für die Stadt zu erwerben. Bald danach bricht der Krieg aus, der Oberbürgermeister rückt ein, und die Stadt hat andere Sorgen. So ruht die Sache, bis sie nach der Deportation Meths wieder in Gang kommt.

Am 21. Dezember 1940 richtet der Württ. Wirtschaftsminister ein Schreiben an Meth und zwar an dessen Baden-Badener Adresse, wo er gar nicht mehr zu erreichen war, und fordert ihn auf, binnen zwei Wochen (!) das Grundstück Bocksgasse 23 an den Lichtspielunternehmer Carl Burkhart zu veräußern. Konsul Hermann E. Sieger in Lorch, Kreiswirtschaftsberater der NSDAP, wird zum Veräußerungstreuhänder bestellt. Er hat den Auftrag, das Grundstück zu veräußern, falls Meth dieser Aufforderung nicht nachkommt. Am 15. März 1941 teilt dann der Polizeidirektor in Baden-Baden, Abteilung Jüdisches Vermögen, dem Konsul Sieger mit, daß „der Jude Alfred Israel Meth durch Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 22. Oktober 1940 aus dem Land Baden ausgewiesen und sein Vermögen zugunsten des Landes Baden beschlagnahmt" sei. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung: „Zum Abschluß des Kaufvertrags bin nur ich berechtigt." Kompetenzstreit also zwischen Stuttgart und Baden-Baden.

Nach dem Schreiben des Wirtschaftsministers war aber Sieger berechtigt und verpflichtet, den Kaufvertrag zu tätigen. Er handelt nun und schließt am 18. März 1941 als „Vertreter des Juden Alfred Israel Meth, zuletzt in Baden-Baden, jetziger Aufenthalt unbekannt", den Kaufvertrag mit Carl Burkhart. Als amtlicher Schätzwert wird jetzt 28 200 RM angegeben. Aufwendungen Burkharts in Höhe von 5200 RM werden anerkannt, so daß Burkhart noch die Summe von 23 000 RM an die empfangsberechtigte Kasse zu zahlen hat, nämlich an die Finanzkasse Baden-Baden.

Kreisleiter Oppenländer schaltet sich wieder ein; er hält in einem Schreiben an den Landrat den Kaufpreis von 23 000 RM für „vollkommen ausreichend." Dabei ist er offenbar der Meinung, daß Meth das Geld bekomme, was ja gar nicht der Fall war.

Schließlich wird noch das Finanzamt Moabit-West in Berlin mit der Angelegenheit befaßt, an das die Entscheidung über die Verwertung der inländischen Vermögenswerte der Juden mittlerweile übergegangen ist.

Genehmigen muß den Kaufvertrag der Landrat von Schwäbisch Gmünd. Er fragt aber vorsichtshalber bei der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Karlsruhe (zuständig für Baden-Baden) – an, ob er den Kaufvertrag genehmigen könne. Kriminal-Obersekretär Stätter bestätigt am 7. Juli 1941, daß die Kaufpreisforderung sichergestellt sei, und darauf genehmigt der Landrat den Kaufvertrag am 4. August 1941.

Eine Mitteilung darüber ergeht an folgende Stellen, und dieser Verteiler zeigt den ganzen Zuständigkeitswirrwarr:

| | |
|---|---|
| an den Württ. Wirtschaftsminister | in Stuttgart |
| an die Geheime Staatspolizei | in Stuttgart |
| an die Polizeidirektion | in Baden-Baden |
| an das Finanzamt | Berlin Moabit-West |
| an das Finanzamt | Baden-Baden |
| an das Finanzamt | Schwäbisch Gmünd |
| an die Geheime Staatspolizei | in Karlsruhe |
| an den Oberbürgermeister | in Schwäbisch Gmünd |
| an die Kreisleitung der NSDAP | in Schwäbisch Gmünd. |

Alfred Meth weilte nach seinen eigenen Angaben im Oktober 1945 in Gmünd, besuchte sein früheres Geschäft und einige Freunde. Er kam von Frankreich her in einem sehr dürftigen Aufzug. Von seinem stattlichen Besitz war ihm im Augenblick nichts mehr geblieben, alles war in anderen Händen. Die Wiedergutmachung kam erst Jahre danach in Gang. Vielleicht kam er noch ein zweites Mal nach Gmünd. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß er daran gedacht hat, wieder in Gmünd Fuß zu fassen, vielleicht sein Geschäft wieder zu übernehmen, ein Zeichen für die Tatkraft des nun Siebzigjährigen. Er hat versucht, das Gebäude Bocksgasse 29, in dem einst sein Kaufhaus untergebracht war, von den Erben Constantin Köhlers zu erwerben. Das ist ihm jedoch nicht gelungen.

Sein Schwager Appel ermöglichte ihm nach dem Krieg die Ausreise nach New York. Von dort aus korrespondiert er mehrmals mit den Nachkriegs-Oberbürgermeistern in Gmünd. Er erkundigt sich 1947 nach dem Stand seines früheren Kinos und bemüht sich um die Einreise in die US-Zone Deutschlands. Czisch, der durch das Dritte Reich selbst gelitten hatte, ist in der Sache sehr bemüht. Er teilt ihm am 27. Mai 1947 mit, daß das Kino auf Veranlassung der Filmkontrolle in Stuttgart an Rico Mayer in Lorch verpachtet sei. Mayer zahle einen festen Hundertsatz der Einnahmen als Pacht. 1949 wendet sich Meth erneut an den Oberbürgermeister, jetzt an Kah, wegen einer Einreise nach Deutschland. Kah stellt ihm eine Bestätigung darüber aus, daß seine persönliche Anwesenheit in Gmünd zur Regelung seiner Wiedergutmachungsansprüche und der Vermietung des Grundstücks Bocksgasse 23 unumgänglich notwendig sei.

Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes bemüht sich Meth um seine Wiedereinbürgerung aufgrund Artikel 116,2; nach einer Mitteilung des Landratsamts Schwäbisch Gmünd ist diese 1952 erfolgt. Es liefen dann die verschiedenen Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsverfahren.

Der Kreisleiter

Schwäb.Gmünd, den 4.April 1941

An den
Herrn Landrat

Schwäb.Gmünd

Der Landrat
Eing. - 8. APR. 1941
Schw. Gmünd

Betr.:Zwangsentjudung des Grundstückes Bocksgasse 23

Nachdem bekannt ist, dass dieses Haus in Wirklichkeit nur aus einer etwas herausgeputzten Fassade nach der Bocksgasse zu besteht, in Wirklichkeit aber ein alter Stall ist, halte ich den vorgeschlagenen Kaufpreis von Mk. 23 ooo.-- für vollkommen ausreichend. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass nach Beendigung dieses Krieges ein grösseres, den veränderten Verhältnissen entsprechendes Filmtheater erstellt werden muss, für welches als Jnhaber nur Herr Burkhart in Frage kommen kann.Es kann ihm deshalb heute nicht unnötigerweise ein zu hoher Kaufpreis zugemutet werden. Ich halte es aus politischen und stimmungsmässigen Gründen für ausserordentlich wichtig, dass der Genehmigungbescheid erteilt wird und zwar auf Grund der von Konsul Sieger, Lorch vorgeschlagenen Bedingungen. Eine weitere Verzögerung wird ebenso wie eine unnötige Erhöhung des Kaufpreises der allgemeinen Stimmung des Volkes nicht Rechnung tragen.Wenn das Reich an der Angelegenheit irgendwie interessiert ist, so besteht ja immer noch die Möglichkeit, nachträglich eine Ausgleichsabgabe einzusetzen bezw. zu fordern. Auf keinen Fall darf der Jude mehr bekommen als unbedingt notwendig ist.

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei
Kreisleitung Gmünd

Heil Hitler!

Kreisleiter

Anlagen: /1-lo 5 Runderlasse

*Schreiben des Kreisleiters Oppenländer an den Landrat in Sachen Veräußerung des Kinogebäudes Bocksgasse 23*

Meth hatte zunächst keine Einkünfte in Amerika. Er war nicht mehr berufstätig und lebte von der Unterstützung durch Freunde. Seine Frau arbeitete zeitweise als Putzfrau. Als dann die Wiedergutmachungsleistungen in Gang kamen, zog er nach St. Petersburg in Florida. Dort ist er am 7. Mai 1960 gestorben.

## Die „Endlösung der Judenfrage"

Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat die „Endlösung der Judenfrage" in den Vordergrund. Nicht mehr erzwungene Auswanderung und gewaltsame Austreibung, sondern Ausrottung der jüdischen Bevölkerung nicht nur Deutschlands, sondern Europas, soweit es von Deutschland beherrscht wurde, war nun das Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik. Diese letzte Steigerung der Verfolgung, welche der Vormarsch der deutschen Armeen in den Osten ermöglichte, lag in der Konsequenz der nationalsozialistischen Rassenlehre. Die Juden galten als rassisch minderwertig, sie bildeten die eigentliche „Gegenrasse". Sie hatten also ebenso wenig ein Lebensrecht wie die Geisteskranken. In Hitlers Weltanschauung gibt es neben dem Völkerkampf den Rassenkampf. Der Jude ist der Feind aller: „Sein Endziel ist die Entnationalisierung, die Durcheinanderbastardisierung der anderen Völker, die Senkung des Rassenniveaus der Höchsten, sowie die Beherrschung dieses Rassenbreies durch Ausrottung der völkischen Intelligenzen und deren Ersatz durch Angehörige des eigenen Volkes." Das sind seine eigenen Worte. Hitler gibt sich in seiner Eigenschaft als Judenausrotter keineswegs nur als deutscher Politiker, sondern als Vorkämpfer der Menschheit: „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn", heißt ein blasphemischer Ausspruch von ihm.

Mit dem Einfall der deutschen Truppen im Gebiet der Sowjetunion begannen die von Heydrich aufgestellten Einsatzgruppen der SS mit dem Massenmord an den Juden in den besetzten Ostgebieten. Im Dezember 1941 wurde das Lager Chelmno nördlich von Kalisch in Polen als Vernichtungslager in Betrieb genommen. Es folgten ab März 1942 als Hauptvernichtungslager: Auschwitz-Birkenau, Belzec, Lublin-Majdanek, Sobibor und Treblinka. Die Vernichtungskapazität dieser Lager übersteigt das menschliche Vorstellungsvermögen. Allein die Gaskammern von Auschwitz vermochten an einem Tag bis zu 10 000 Menschen zu töten.

Auf der berüchtigten Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, an der Vertreter der SS und der Polizei, der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amts, mehrerer Reichsministerien und des Amtes von Generalgouverneur Frank teilnahmen, wurden die Maßnahmen der „Endlösung" nur angedeutet. Heydrich umriß sie mit folgenden Sätzen: „An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit . . . die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten . . . Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen . . . Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt."

Von Massentötungen war nicht die Rede. Heydrich vermied auch eine Aussage über das Schicksal der Nichtarbeitsfähigen.

Aus dem Reich hatten die Deportationen bereits vor der Wannsee-Konferenz eingesetzt. Als Handlanger Heydrichs fungierte der Chef der Ordnungspolizei, SS-Obergruppenführer Daluege. In einem Befehl vom 24. Oktober 1941 – es war nicht der erste dieser Art – verfügte Daluege die Deportation von 50 000 Juden aus dem Reich und aus dem Protektorat Böhmen und Mähren in die Gegend von Minsk und von Riga.

Bei den großen Transporten aus Württemberg, den Deportationen nach Riga, Izbika und Theresienstadt, aber auch bei einigen kleineren, sind stets Gmünder Juden betroffen. Für die Deportationen aus Württemberg und Hohenzollern war die Geheime Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle Stuttgart zuständig. Sie unterrichtete am 18. November 1941 die Landräte und Polizeidirektoren von der für den 1. Dezember vorgesehenen „Evakuierung" von 1000 Juden und gab detaillierte Anweisungen über die Einziehung des Vermögens der betroffenen Personen, sowie über Vorbereitung und Durchführung des Transportes. Die Jüdische Kultusvereinigung hatte nach den von ihr erstellten und von der Gestapo überprüften Listen die für den Transport vorgesehenen Personen zu benachrichtigen, sowie ihnen die einzelnen Vorschriften über die Mitnahme von Kleidung, Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln bekanntzugeben. Sie hatte das Sammellager auf dem Killesberg einzurichten und die Finanzierung des Deportationstransportes sicherzustellen. Obwohl die Kultusvereinigung Befehlsempfängerin der Gestapo war, konnte ihr Mittelsmann in tagelangen Verhandlungen einige Erleichterungen für die Deportierten erreichen. Die Gestapo war bestrebt,

die Betroffenen einigermaßen anständig zu behandeln. Als Ersatz für Kranke wurden andere Juden eingeteilt.

Das Gepäck war im Vergleich zu den späteren Deportationen verhältnismäßig reichlich bemessen. Auch durften in größerem Umfang Handwerkszeug, Baumaterial und Sämereien mitgenommen werden, ebenso Fensterglas, Öfen, Küchengeräte für Gemeinschaftsverpflegung und ärztliche Instrumente. Es wurde der Eindruck erweckt, daß die Juden im Osten angesiedelt werden sollten. Davon konnte im Grunde keine Rede sein. Bei der Erfassung und Beschlagnahme des jüdischen Vermögens machte die Gestapo keinerlei Zugeständnisse. Die zur Deportation eingeteilten Juden hatten sehr detaillierte Vermögenserklärungen auszufüllen, die an die zuständigen Finanzämter weiterzuleiten waren. In den Akten des Gmünder Finanzamts hat sich eine Anzahl solcher Vermögenserklärungen erhalten. Die Mitnahme von Bargeld, Schmuck, Wertpapieren und Sparbüchern war streng untersagt. Am 27. und 28. November wurden die Transportteilnehmer auf dem Killesberg konzentriert. Unter ihnen befanden sich aus Gmünd Leopold Kahn, sowie die Schwestern Emma und Laura Mendel.

Am 1. Dezember 1941 verließ der Deportationszug Stuttgart in Richtung Riga. Wie bei den nach Gurs Verschleppten verfiel das Vermögen der Deportierten dem Reich, und zwar mit Überschreiten der deutschen Grenze. Gleichzeitig wurde den Verschleppten die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Nach mehrtägiger Fahrt kamen diese am 4. Dezember auf dem Bahnhof Skirotawa in Riga an. Dort wurden sie von SS-Leuten in Empfang genommen, eines Teils ihres Gepäcks beraubt und auch geschlagen. Die Mehrzahl der Deportierten kam in das nahe gelegene Lager Jungfernhof. Das war von Haus aus ein landwirtschaftliches Gut, das der Stadt Riga gehört hatte. Es war heruntergekommen und zum Teil verfallen; die Baulichkeiten waren in einem sehr schlechten Zustand. Die Ankömmlinge wurden auf die schadhaften Scheuern und Ställe verteilt. Das waren nun ihre Unterkünfte. Die Scheune der Männer hatte nur noch Reste vom Dach, so daß die Gefangenen praktisch unter freiem Himmel lagen. Die Temperatur in dieser Todesbaracke sank während des strengen Winters 1941/42 beinahe ebenso stark ab wie im Freien. Viele erfroren während der Nächte.

Von dem Transport mit 981 Menschen haben nur 42 überlebt. Am 26. März 1942 fand eine Massenerschießung statt. Zuvor hatte die SS die Kinder unter 14 Jahren und ihre Mütter, sowie alle über Fünfzigjährigen zu einem Transport zusammengestellt und vorgegeben, sie kämen in eine Konservenfabrik in Dünamünde. In Wirklichkeit wurden sie zur Hinrichtungsstätte der SS im Birkenwäldchen bei Riga geführt und dort erschossen. Soweit sie nicht der Kälte und Krankheit zum Opfer gefallen sind, kamen sie bei dieser Massenerschießung ums Leben.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Stuttgart

Stuttgart, den 24. Nov. 1941.

Nr.II B 2 - 1391/41

E 11

-8.DEZ.1941
Gmünd

# Verfügung

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 — RGBl. I S. 293 — in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 — RGBl. I S. 479 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 — RGBl. I S. 1620 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens in den sudetendeutschen Gebieten vom 12. 5. 1939 — RGBl. I S. 911 — und der Verordnung über die Einziehung von Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren vom 4. Oktober 1939 — RGBl. I S. 1998 — wird in Verbindung mit dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 — RGBl. I S. 303 —

das gesamte Vermögen ~~des~~ — der Jüdin
M e n d e l , Laura Sara
geborene , geboren am 3.4.82
in Nieder-Wiesen
zuletzt wohnhaft in Schw.-Gmünd, Königsturmstr.18
~~Straße/Platz-Nr.~~ ,
zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

Im Auftrage

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Stuttgart

*Verfügung der Geheimen Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Stuttgart — über die Einziehung des Vermögens von Laura Sara Mendel*

## Der Nachlaß der Verschleppten

Was geschah in Gmünd mit den Habseligkeiten der Opfer? Leopold Kahn war ja zuvor schon mit den Eltern nach Stuttgart gezogen und besaß in Gmünd nichts mehr. Das Eigentum der Schwestern Mendel bestand in der Hauptsache aus Hausrat, außerdem hatten sie geringe Beträge an Bargeld, bzw. als Bankguthaben zu eigen. Verwaltung und Verwertung des jüdischen Eigentums oblag unter der Aufsicht des Stuttgarter Oberfinanzpräsidenten den Finanzämtern. Diese hatten die persönliche Habe der Deportierten und die Wohnungseinrichtungen zu versteigern, soweit das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS keinen Anspruch darauf erhob.

So geschieht es auch in Gmünd. Der Vorstand des Finanzamts, Oberregierungsrat Rudolph, teilt dem Oberfinanzpräsidenten am 12. Dezember 1941 mit, das Vermögen der beiden Frauen bestehe nur in Fahrnissen, Bargeld und einer Forderung an die Deutsche Bank. Das Bargeld ist bereits bei der Finanzkasse vereinnahmt, ebenso hat Rudolph die Forderung an die Deutsche Bank eingezogen. Bei dem Hausrat hat er Bestecke, Bett-, Tisch- und Küchenwäsche, sowie Gardinen ausscheiden lassen. Die Bett-, Tisch- und Küchenwäsche geht an die Reichsfinanzschule in Sigmaringen; eine Aufstellung darüber samt Empfangsquittung befindet sich noch in den Akten des Finanzamts. Vorhänge, Bestecke und anderes werden an den Oberfinanzpräsidenten übersandt. Wegen der Bücher schreibt Rudolph an den Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg in Berlin; sie gehen auf dessen Anweisung an das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt. Den restlichen Hausrat läßt der Finanzamtschef durch den öffentlichen Auktionator schätzen. Er wird anschließend an Liebhaber verkauft; aus dem Erlös wird noch eine Arztrechnung bezahlt, den übrigen Erlös vereinnahmt die Finanzkasse.

Am 26. April 1942 verließ ein weiterer Zug mit Deportierten aus Baden und Württemberg Stuttgart. Sein Ziel war Izbika bei Lublin in Polen. Auch dieses Mal hatte die Jüdische Kultusvereinigung in Stuttgart an der Vorbereitung und Organisation des Transports mitzuwirken, ebenso waren die Landrats-, Bürgermeister- und Finanzämter beteiligt. Insgesamt waren es bei diesem Transport 286 Juden aus Baden, Württemberg und Hohenzollern, darunter aus Gmünd die Tochter von Samuel Fuchs, Ella Fuchs, und Hermann Heimann. Unter den Verschleppten befanden sich auch viele Kinder. Maria Zelzer berichtet, daß damals die letzten jüdischen Kinder aus Stuttgart weg kamen. Auch aus anderen Städten gingen Transporte nach Lublin. Die Deportierten wurden zunächst in einigen Orten um Lublin untergebracht. Die Lebensmittel waren äußerst knapp. Die 50 000 RM, die Nürnberger Gestapo-

V e r z e i c h n i s

der eingezogenen und von Aktionar nach ihrem derzeitigen Wert geschätzten Gegenstände der Jüdin Laura Sara M e n d e l

| | RM |
|---|---|
| 6 Wollkleider zus. | 70.-- |
| 4 leichte Kleider zus. | 15.-- |
| 2 Wintermäntel zus. | 30.-- |
| 2 Waschkleider zus. | 6.-- |
| 2 Röcke zus. | 5.-- |
| 1 Übergangsmantel | 15.-- |
| 1 Hauskleid | 3.-- |
| 8 Paar Strümpfe zus. | 3.-- |
| 1 Paar Handschuhe | 1.-- |
| 1 Morgenrock | 4.-- |
| 1 Schlafanzug | 2.-- |
| 2 Paar Schuhe zus. | 3.-- |
| 7 Handtücher zus. | 1.50 |
| 13 Hemden zus. | 12.-- |
| 1 Nachthemd | 2.-- |
| 2 Bettjacken zus. | 2.-- |
| 2 Untertaillen zus. | -.50 |
| 6 Blusen zus. | 5.-- |
| 2 Unterjacken) zus.<br>1 Pullover ) | 1.50 |
| 3 Schürzen zus. | 1.-- |
| 19 Taschentücher zus. | 1.50 |
| 6 Waschkleider zus. | 18.-- |
| 1 Bettstelle ohne Patentrost | 8.-- |
| 1 Nachttisch weiß | 4.-- |
| 2 wollene Kopfpolster. zus. | 6.-- |
| 1 Unterbett | 5.-- |
| 1 Überseekoffer | 18.-- |

*Verzeichnis des Finanzamts Schwäbisch Gmünd über den bei Laura Sara Mendel eingezogenen Hausrat*

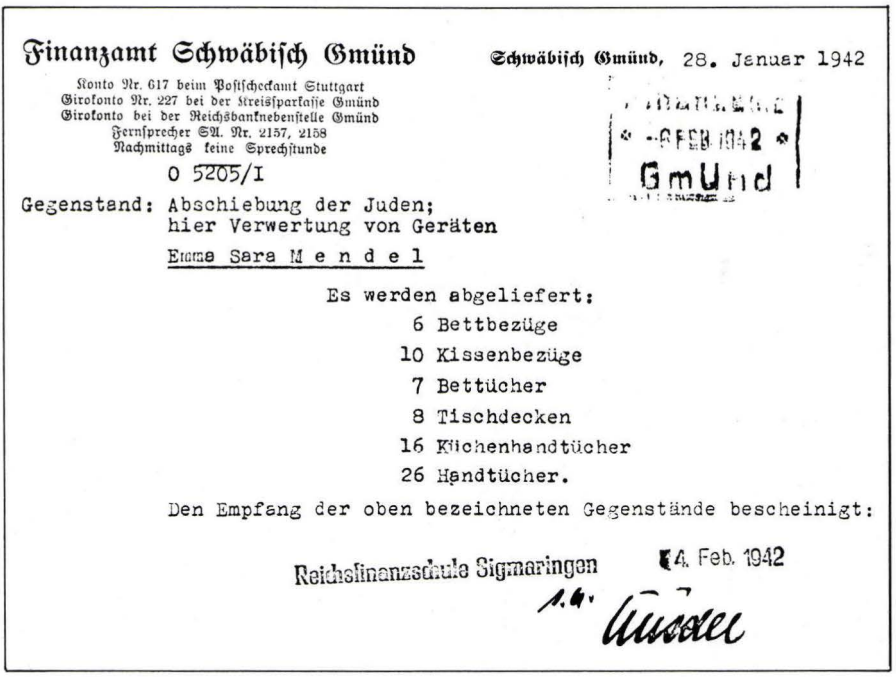
beamte der Lagerleitung übergaben, wurden nicht ausbezahlt, das mitgebrachte Gepäck den Verschleppten nicht ausgehändigt. Nachdem die Todeslager Belzec und Majdanek voll im Betrieb waren, wurden die Deportierten dort umgebracht. Von den 286 nach Izbika Verschleppten ist niemand zurückgekehrt.

Auch mit der Hinterlassenschaft von Ella Fuchs und Hermann Heimann verfährt das Finanzamt Gmünd in bürokratischer Korrektheit. Beide hatten zuletzt in Becherlehen 1/2 gewohnt; Hermann Heimann hatte als Hilfsarbeiter in einer Gmünder Gärtnerei gearbeitet. Ella Fuchs besaß ein Sperrkonto auf der Kreissparkasse; dieses wird eingezogen, ebenso das kleine Guthaben von Hermann Heimann. Dieser hatte bei der Allianz eine Lebensversicherung zu Gunsten seiner Schwester Fanny abgeschlossen; deren Rückkaufswert wird ebenfalls eingezogen. Der amtliche Versteigerer schätzt den Hausrat der beiden Deportierten. Der Hausrat von Ella Fuchs und der größte Teil des Hausrats von Hermann Heimann geht mit einem Abgebot an den Höheren SS- und Polizeiführer Südwest in Stuttgart, Gänsheidestraße 26. Auf dem Schriftstück steht der Vermerk: „Sicherstellung von Möbeln aus jüdischem Besitz für Umsiedlerzwecke." Ein kleines Küchenbuffet vermacht Ella Fuchs einer Gmünderin, die ihr öfters geholfen hat; das Finanzamt respektiert diesen Wunsch.

Hermann Heimann besaß außerdem eine Briefmarkensammlung, die größtenteils ungeordnet war. Das Finanzamt läßt die Sammlung von einem Fachmann schätzen, der dann auch den Verkauf besorgt.

Auch an dem kleinen Transport nach Auschwitz, der am 13. Juli 1942 Stuttgart verließ, waren Gmünder beteiligt. Über das Schicksal der 39 Juden aus Württemberg, die ihm angehörten, ist nie etwas bekannt geworden. Es waren in der Hauptsache alte und gebrechliche Leute, zum Teil Insassen von Heil- und Pflegeanstalten. Es waren aber auch junge Menschen dabei, so die Brüder Kurt und Heinz Lemberger aus Gmünd, deren Eltern nach Amerika ausgewandert waren. Man nimmt an, daß der kleine Transport direkt an die Rampe von Auschwitz-Birkenau gefahren und die Menschen dort gleich in die Gaskammern getrieben wurden.

Da dieser Transport vorwiegend aus alten, kranken und gebrechlichen Menschen bestand, zerbrach damit in der Heimat die bislang geschickt genährte Illusion von einer Ansiedlung der Abgeschobenen im Osten und von ihrem Arbeitseinsatz dort. Dieser Illusion waren auch die jüdischen Stellen erlegen, z. B. die Angehörigen der Jüdischen Kultusvereinigung in Stuttgart. Sie waren Handlanger der Gestapo bei den Transporten, sie waren praktisch zu den Handlangerdiensten gezwungen. Jetzt mußten sie der Tatsache ins Auge sehen, daß die Deportierten im Osten keine neue Lebenschance erhielten, sondern einem gewaltsamen



Finanzamt Schwäbisch Gmünd

Konto Nr. 617 beim Postscheckamt Stuttgart
Girokonto Nr. 227 bei der Kreissparkasse Gmünd
Girokonto bei der Reichsbanknebenstelle Gmünd
Fernsprecher SA. Nr. 2157, 2158
Nachmittags keine Sprechstunde

Schwäbisch Gmünd, 28. Januar 1942

FEB 1942
GmUnd

0 5205/I

Gegenstand: Abschiebung der Juden;
hier Verwertung von Geräten

Emma Sara M e n d e l

Es werden abgeliefert:

6 Bettbezüge
10 Kissenbezüge
7 Bettücher
8 Tischdecken
16 Küchenhandtücher
26 Handtücher.

Den Empfang der oben bezeichneten Gegenstände bescheinigt:

Reichsfinanzschule Sigmaringen 4. Feb. 1942

*Ablieferung von Hausrat aus dem Besitz von Emma Sara Mendel durch das Finanzamt Schwäbisch Gmünd mit Empfangsbescheinigung der Reichsfinanzschule Sigmaringen*

Tod entgegengingen. Diese Angst wurde noch genährt durch Gerüchte über Massenerschießungen, von denen aus dem Osten kommende Urlauber in der Heimat zu berichten wußten.

## Das „Altersghetto" Theresienstadt

Und doch schöpften die in der Heimat Verbliebenen nochmals neue Hoffnung, als im Sommer 1942 von einem „Altersghetto" Theresienstadt die Rede war, in das nun die Massenumsiedlung von alten Menschen, von Schwerkriegsbeschädigten und dekorierten Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs vorbereitet wurde. In Wirklichkeit war Theresienstadt, um es gleich zu sagen, Durchgangsstation für die Vernichtungslager im Osten, ein „Wartesaal des Todes."

Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 hatte Heydrich die

Teilnehmer von dem Plan unterrichtet, die über 65 Jahre alten Juden „nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto zu überstellen." Außer den älteren Menschen sollten dort auch schwerbeschädigte Juden aus dem Ersten Weltkrieg und Frontsoldaten mit hohen Auszeichnungen zusammen mit ihren Frauen und Kindern Aufnahme finden. Durch diese Lösung würden dann „mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet." Die Eingaben zugunsten schwerbeschädigter oder Juden mit hohen Kriegsauszeichnungen waren den Machthabern des Dritten Reiches höchst unangenehm, da diese Menschen durch ihre bloße Existenz die nationalsozialistische Lehre von der „verderbten jüdischen Rasse" Lügen straften.

Theresienstadt war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Kaiser Joseph II. zu Ehren seiner Mutter Maria Theresia als Festung nahe der Mündung der Eger in die Elbe angelegt worden. Um die Festung hatte sich eine kleine Stadt gebildet. 1930 lebten in Theresienstadt, Soldaten und Zivilbevölkerung zusammengerechnet, etwas über 7000 Menschen. Diese Zahl muß genannt werden, um die maßlose Überfüllung der Stadt während des Krieges damit zu kontrastieren.

Die ersten Pläne, Theresienstadt in ein jüdisches Ghetto umzuwandeln, gingen in den Sommer 1941 zurück. Damals suchten die führenden Männer der Jüdischen Kultusgemeinde Prag den Platz für ein Lager, in dem ein großer Teil der tschechischen Juden untergebracht werden konnte. Die SS bestimmte schließlich Theresienstadt für dieses Vorhaben. Die Stadt war ringsum befestigt, ließ sich also gut bewachen. Für eine Massenansiedlung von Juden erwies sie sich dagegen denkbar ungeeignet, da sie hauptsächlich aus Kasernen bestand und sonst nur wenige Häuser hatte. Während die Jüdische Kultusgemeinde Prag die tschechischen Juden in einem Ghetto zusammenfassen wollte, um sie möglichst vor einer Deportation zu bewahren, verfolgte die SS ganz andere Ziele. Sie hatte Theresienstadt von vornherein als Durchgangsstation geplant, in der Juden aus den tschechischen Gebieten, aber auch aus Deutschland und Österreich für einige Zeit gefangengehalten wurden, bis sie im Zuge der „Endlösung" weiter nach Osten verschleppt werden konnten. Heydrich und seine Leute beabsichtigten also keineswegs, die alten Menschen und die Schwerkriegsbeschädigten vor der Vernichtung zu bewahren. Aus optischen Gründen, auch dem Ausland gegenüber, fanden sie sich jedoch bereit, zeitweise Konzessionen zu machen. So vermied die nationalsozialistische Führung alles, was im Zusammenhang mit der Zwangseinweisung nach Theresienstadt als Deportation hätte ausgelegt werden können. Theresienstadt galt in der Sprache des Nationalsozialismus als „jüdisches Siedlungsgebiet" – „Der Führer schenkte den Juden eine Stadt"; die Überstellung dorthin wurde als „Wohnsitzverlegung" deklariert.

Die alten Leute wurden auf Geheiß der Gestapo von der Reichsvereinigung der Juden aufgefordert, den Rest ihres Vermögens in sogenannten Heimeinkaufsverträgen anzulegen. Es wurde ihnen die Illusion vorgegaukelt, sie bekämen dafür in Theresienstadt eine angemessene Unterbringung und lebenslange Versorgung.

Nachdem im November 1941 das erste Aufbaukommando aus jungen Prager Juden eingetroffen war, wurde die Stadt allmählich von der tschechischen Zivilbevölkerung geräumt. Rasch füllte sie sich mit Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren. Die ersten Monate des Ghettos waren durch kaum zu bewältigende Schwierigkeiten gekennzeichnet. Es fehlte an allem und jedem. Die Unterbringung in den leerstehenden Kasernen war überaus primitiv, die Menschen mußten reihenweise auf dem bloßen Boden liegen. Unter großen Schwierigkeiten wurden die notwendigen Versorgungseinrichtungen geschaffen. Das Regiment der SS war streng und willkürlich. Unter ihrer Aufsicht wurde eine jüdische Selbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der Judenälteste stand.

Daß Theresienstadt kein „jüdisches Siedlungsgebiet", sondern lediglich Durchgangsstation auf dem Todesweg der Juden war, mußten die Insassen bereits im Januar 1942 erfahren, als der erste Transport nach Osten das Lager verließ. Seit dieser Zeit überschattete die Angst vor dem „Transport" das Ghetto. Das Lager befand sich in ständiger Unruhe. Es herrschte ein Kommen und Gehen. Manche Juden waren nur Tage in Theresienstadt, andere mehrere Monate, eine Anzahl aber auch die ganze Kriegszeit bis zur Befreiung.

Bis Juni 1942 waren ausschließlich Juden aus dem Protektorat nach Theresienstadt eingewiesen worden. Nun trafen die ersten Transporte aus dem Reich und aus Wien ein; zu den tschechischen Gefangenen gesellten sich jetzt deutsche und österreichische. Im Lager entstanden starke nationale und soziale Spannungen. Die tschechischen Juden, vor allem die jüngeren unter ihnen, lehnten die Greise aus Deutschland ab; sie sahen in ihnen weniger Glaubensgenossen als vielmehr Deutsche, die sie für ihr Unglück mitverantwortlich machten. Dazu kamen die deutschen Juden zum Teil aus wohlversorgten Heimen, z. B. aus dem Altersheim in Sontheim bei Heilbronn, das Dorothea Cohn geborene Meth, eine Tochter von Alfred Meth, betreut hatte. Diese Juden standen der neuen Situation völlig hilflos gegenüber. Sie hatten den Versprechungen der Gestapo Glauben geschenkt und Heimeinkaufsverträge mit Tausenden von Reichsmark abgeschlossen; sie hatten einen angenehmen Alterssitz erwartet und fanden sich nun in überfüllten Massenquartieren, zum Teil auf dem Dachboden einer Kaserne wieder.

Am 22. August 1942 verließ der große Transport mit annähernd 1100 Juden aus Württemberg und Baden die Stadt Stuttgart. Ihm gehör-

ten 8 Gmünder Juden an. Es waren fast nur alte Menschen. 94 % hatten bereits das 50. Lebensjahr überschritten. Ohne die Schwerkriegsbeschädigten mit ihren Frauen und Kindern wäre die Altersstruktur noch ungünstiger gewesen. Die trostlosen Lebensbedingungen, die sie in Theresienstadt antrafen, haben die alten Menschen nach wenigen Tagen und Wochen reihenweise hinweggerafft, darunter gleich drei Gmünder, die diesem Transport angehörten: Louis Wallach, Rosine Neumaier und Fanny Heimann. Louis Wallach, der fast taubstumm war und jahrzehntelang in seinem Haus in der Alléstraße nahe St. Josef gelebt hatte, dann noch die Umzüge in Gmünd hatte mitmachen und Erdarbeiten im Schießtal hatte verrichten müssen, starb in Theresienstadt bereits am 4. September 1942, die beiden Frauen nur Tage danach. Johanna Gottschalk, langjährige Leiterin des jüdischen Altersheims „Wilhelmsruhe" in Heilbronn-Sontheim – eine der wenigen, die Theresienstadt überlebt haben – berichtet über die erste Zeit dort: „Der größte Teil der Transportteilnehmer wurde in der ‚Dresdener Kaserne' untergebracht, d. h. die Leute lagen auf dem Boden, in der ersten Woche ohne irgendetwas; nur das, was sie auf dem Leibe hatten. Die Klosetts lagen in einem tieferen Stockwerk, und die wenigsten der alten Menschen konnten sie rechtzeitig erreichen, zumal die meisten von ihnen in den ersten Tagen an Diarrhoe (Durchfall) erkrankten. Es gab zu der Zeit natürlich keinerlei Desinfektionsmittel, nicht einmal Eimer oder Putztücher. So war es für das Pflegepersonal sehr schwer, den Dachboden sauber zu halten . . . Es starben in den ersten Wochen täglich zwischen 180 und 200 Menschen . . . Die größten Schwierigkeiten und Drangsale zu dieser Zeit waren das Ungeziefer, wie Kleiderläuse, Flöhe, Ratten usw. Wer das nicht mitgemacht hat, kann es nicht verstehen".

Die Lage der Ankömmlinge in Theresienstadt wurde noch erschwert durch die Beschlagnahme des „Mitgepäcks" (Bettzeug, Matratzen). Sie bekamen, wenn sie Glück hatten, ihr Handgepäck wieder. Neben der SS bereicherten sich auf dem Bahnhof Bauschowitz beschäftigte Juden in schamloser Weise an dem Gepäck ihrer Leidensgenossen.

Im Juli 1942 stieg die Zahl der Gefangenen in Theresienstadt auf 43 000; sie wuchs bis Ende September auf 53 000 an, obwohl in den beiden Monaten August/September allein 16 000 Menschen aus Theresienstadt weitertransportiert worden waren. Man bedenke noch einmal die frühere Einwohnerzahl der kleinen Stadt. Die rapide Zunahme der Ghettobevölkerung vervielfachte naturgemäß die Schwierigkeiten im Lager. In dieser Zeit kam auch der Transport aus Stuttgart an. Die SS verschaffte sich durch eine „Großaktion" Luft. Tausende wurden, wie bereits erwähnt, mit unbekanntem Ziel weiter transportiert. Die Lagerleitung gab die Parole aus, sie kämen „in ein anderes Versorgungsghetto". In Wirklichkeit wurden sie in die Vernichtungslager des Ostens

befördert. Drei Transporte, denen auch Juden aus Baden und Württemberg angehörten, gingen Ende September sehr wahrscheinlich nach Maly Trostinec bei Minsk in Weißrußland. Die alten Leute wurden dort in Vergasungswagen ermordet, die die Russen „Duschegubky = Seelenvertilger" nannten. Überlebende der drei Transporte sind nicht bekannt. Unter den am 29. September 1942 aus Theresienstadt abtransportierten und nach Maly Trostinec verbrachten Juden war auch die Witwe von Abraham Kahn, Frau Selma Kahn aus der Ledergasse in Schwäbisch Gmünd.

Die Tochter von Alfred Meth, Dorothea, befand sich ebenfalls bei dem Transport vom 22.8.1942. Sie wurde im Oktober weiter nach Auschwitz verschleppt. Dorothea Meth war Wohlfahrtspflegerin. Sie zog am 1. August 1933 nach Ulm, heiratete dort einen verwitweten Rabbiner Dr. Julius Cohn und wurde nach kurzer Ehe selbst Witwe. Sie ging dann im Dezember 1940 nach Heilbronn-Sontheim und wurde Heimleiterin im Hause Dr. Picard, in dem zuletzt ein jüdisches Altersheim untergebracht war. Mit den Insassen dieses Altersheims kam sie nach Theresienstadt. Ihr Todesdatum ist unbekannt.

Ende September 1942 lebten von den am 22. August aus Stuttgart nach Theresienstadt Verschleppten bereits 52,1 % nicht mehr: 247 waren gestorben, 312 hatten ihr Leben auf gewaltsame Weise verloren. Und am Kriegsende sah die Bilanz dieser Deportation so aus: in Theresienstadt hatten ihr Leben verloren 551 Deportierte; weiter deportiert und in Maly Trostinec, bzw. Auschwitz ermordet wurden 473, überlebt haben 48 der 1072 Zwangsverschleppten = 4,5 %. Die beiden Gmünder Viehhändler Max Neumaier und Carl Rothschild starben 1944 in Theresienstadt. So sah die Wirklichkeit des „Altersghettos" Theresienstadt aus.

Gegen Ende 1942 besserten sich die Verhältnisse im Lager etwas. Die Arbeitsfähigen unter den Juden leisteten eine beachtliche Aufbauarbeit, Wohlfahrts- und Produktionsbetriebe wurden im Ghetto eingerichtet. Freizeitgestaltung war von der SS erlaubt, zeitweise sogar gefördert. Sie hatte, wenn man an das Ziel der „Endlösung" denkt, etwas Gespenstisches an sich. Schauspiel- und Opernaufführungen, Konzerte und Vorträge waren in reicher Fülle geboten, es stand auch eine umfangreiche Zentralbibliothek zur Verfügung.

Theresienstadt war von der SS die Rolle eines Renommierlagers zugedacht. An diesem Beispiel sollte gezeigt werden, wie gut die Juden im deutschen Machtbereich behandelt würden. Man wollte so in einer Art von Gegenpropaganda den Berichten von den Massenvernichtungen, die ins Ausland gelangt waren, entgegentreten und sie als Greuelmärchen abtun. 1943 erhielten Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes Gelegenheit, das Lager zu besichtigen. 1944 fand auf Drängen des Auswärtigen

Amtes eine Verschönerungskampagne im Lager statt; darauf erfolgte der Besuch von dänischen und schweizerischen Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes. Der Kommission wurde von der SS unter Mitwirkung der jüdischen Lagerverwaltung ein Bild vom Leben im „Jüdischen Siedlungsgebiet Theresienstadt" vorgegaukelt, in dem alle dunklen Flecken wegretuschiert waren.

Die Wirklichkeit sah dann wieder so aus: Zwischen dem 28. September und dem 28. Oktober 1944 wurden in elf Transporten über 18 000 Gefangene jeden Alters und Geschlechts, darunter auch Schwerkriegsbeschädigte, nach Auschwitz verschleppt, wo sie mit wenigen Ausnahmen in den Gaskammern endeten. In einem dieser Transporte befand sich die Frau des letzten Religionslehrers der Gmünder Gemeinde, Bella Wochenmark. Hier wirkte sich noch einmal die von Eichmann verfolgte radikale Ausrottungspolitik aus und zwar unmittelbar vor der Einstellung der Vergasungen in Auschwitz am 2. November 1944.

Es gab dann auch schon andere Tendenzen in der SS-Führung. Ein starker Flügel vertrat eine gemäßigtere Haltung. Für ihn waren die Juden als Arbeitskräfte wichtig, aber auch als Faustpfänder bei Verhandlungen mit den Alliierten. Am 9. Februar 1945 konnten aufgrund einer Abmachung zwischen dem Schweizer Alt-Bundespräsidenten Musy und Himmler 1200 Gefangene das Lager Theresienstadt verlassen und mit einem Sonderzug des Roten Kreuzes in die Schweiz gelangen. Unter diesen 1200 Geretteten befand sich eine Gmünderin, Nannette Rothschild, die Frau des ebenfalls nach Theresienstadt verschleppten Carl Rothschild, der im Lager verstorben war. Sie ist die einzige Überlebende von den deportierten Gmünder Juden. Frau Rothschild konnte 1947 von der Schweiz aus nach Palästina ausreisen zu ihrer Tochter Frau Helene Löwenstein. Sie lebte dort bis 1972.

In den letzten Kriegsmonaten wurden noch jüdische Mischehenpartner aus Württemberg in das Lager Theresienstadt eingewiesen. Die meisten dieser zuletzt Verschleppten konnten überleben. Unter ihnen befand sich eine Frau Rosa Sara Friedrich, die im Oktober 1944 mit ihrem Mann aus Eßlingen nach Tierhaupten im Kreis Schwäbisch Gmünd evakuiert worden war. Sie mußte sich am 12. Februar 1945 im Durchgangslager Bietigheim mit Marschverpflegung für fünf Tage einfinden.

## Weitere Einzelschicksale

Wir haben wiederholt von Dr. Josef Wochenmark gehört, dem letzten Religionslehrer der Gmünder jüdischen Gemeinde. Er stammte aus Roswadow in Galizien, war zuvor Religionslehrer in Tübingen und kam 1934 mit Frau und zwei Söhnen nach Schwäbisch Gmünd.

Wochenmark war eine interessante Persönlichkeit. Über ihn hat Maria Zelzer in ihrem Buch „Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden" einiges aus seiner Tübinger, bzw. Stuttgarter Zeit mitgeteilt. Danach nahm Wochenmark als ein lebhaft interessierter und geistig reger Mensch auch am Tübinger Universitätsleben teil und besuchte 1929 ein Seminar von Professor Hauer, dem späteren Gründer der dubiosen „Deutschen Glaubensbewegung". In diesem Seminar wurde das religionsgeschichtliche Problem des Schicksals behandelt. Wochenmark hielt ein Referat über die Schicksalsidee und daraus entwickelte sich auf Anregung Hauers eine Dissertation, mit der Wochenmark im Schicksalsjahr 1933 zum Dr. phil. promovierte. Die Arbeit trug den Titel „Die Schicksalsidee im Judentum" und erschien noch in den Veröffentlichungen des Orientalischen Seminars der Universität Tübingen. Von 1934 bis 1940 weilte Wochenmark als Religionslehrer und Mitglied des Vorsteheramts in Gmünd. Als solcher hatte er 1939 die Gemeinde zusammen mit Gustav Mayer und David Heimann zu liquidieren. Richard Heimann, der ihn in Gmünd noch als Religionslehrer und Vorsänger erlebt hat, schreibt über ihn, und es ist verständlich, daß er ihn mit Hermann Uhlmann und anderen Religionslehrern vergleicht: „Sein höherer Bildungsstand machte sich in seinen Predigten und in seiner Unterrichtsweise sehr bemerkbar, andererseits verstand er es wenig, ein persönlich freundliches Verhältnis mit seinen Gemeindemitgliedern herzustellen."

Wochenmark hat sich weiter mit jüdischer Geistesgeschichte beschäftigt und 1937 einen Vortrag in Stuttgart gehalten. Im gleichen Jahr schrieb er auch den erwähnten Artikel „50 Jahre Jüd. Gemeinde Schwäb. Gmünd" im Jüdischen Gemeindeblatt.

1939 trug sich Wochenmark offenbar mit Auswanderungsgedanken, denn vom 22. Februar 1939 datiert das bekannte rote Formular, das die Polizei bei Bekanntwerden der Auswanderungsabsicht sofort an das Finanzamt schickte. In dem Formular heißt es, Wochenmark beabsichtige, nach USA auszuwandern; er habe eine Berufung als Rabbiner an ein jüdisches College in Nordamerika erhalten. Sein älterer Sohn Alfred war bereits 1937 nach USA ausgewandert; sein jüngerer Sohn Arnold gelangte ebenfalls 1937 in die Schweiz. Weshalb Dr. Wochenmark seine Auswanderungsabsicht nicht verwirklicht hat, vielleicht auch nicht verwirklichen konnte, wissen wir nicht. Jedenfalls zieht er, der

1939 noch mit seiner Frau den Zwangsumzug in das Haus Königsturmstraße 18 mitmachen und sich dort mit einem Zimmer begnügen mußte, 1940 nach Stuttgart. Dort wird er Rabbiner der Religionsgesellschaft. Innerhalb der württembergischen Juden gab es verschiedene theologische Richtungen. Die große Mehrheit war gemäßigt liberal. Daneben bestand aber seit 1880 innerhalb der Stuttgarter Gemeinde eine orthodoxe Gruppe, eben die Religionsgesellschaft. Dr. Wochenmark ist der letzte Rabbiner dieser Religionsgesellschaft gewesen (1940–43). Auch diese Tätigkeit ging dann mit dem Einsetzen der Deportationen zu Ende. Seine Frau wird zuletzt als Hilfsarbeiterin registriert.

Als Wochenmark von seiner bevorstehenden Deportation erfuhr, wählte er mit seiner Frau den Freitod. Die beiden durchschnitten sich die Pulsadern. Seiner Frau mißlang der Versuch; sie blieb am Leben, wurde am 17. April 1943 nach Theresienstadt und von dort in den berüchtigten Herbsttransporten 1944 weiter nach Auschwitz deportiert, wo sie den Tod fand. Dr. Josef Wochenmark ist auf dem Pragfriedhof in Stuttgart begraben.

Von dem Gymnasialprofessor Dr. Ludwig Spiro war oben schon die Rede. Spiro weilte mit seiner Familie zweimal in Gmünd. In Gmünd ist auch sein zweiter Sohn Edwin geboren. Von 1909 bis 1917 lehrte Spiro Latein und Französisch am Humanistischen Gymnasium in Tübingen, dann ging er nach Gmünd und lehrte hier am Realgymnasium. Als seine Frau im Jahre 1928 starb, kehrte er im folgenden Jahr mit seiner Familie nach Tübingen zurück. Spiro war eine ausgesprochene Gelehrtennatur, etwas scheu, zurückgezogen. Er gehört in die Reihe der schwäbischen Gymnasialprofessoren der Anfangsjahrzehnte dieses Jahrhunderts, die mehr ihrer Wissenschaft lebten, mehr Gelehrte waren als Pädagogen. Spiro war Goethe-Forscher und besaß eine umfangreiche Goethe-Bibliothek. Schon als Student hatte er sich der Goethe-Gesellschaft angeschlossen und besuchte regelmäßig ihre Jahresversammlungen.

1939 wurde die Gesellschaft gezwungen, ihn auszuschließen. Auch durfte er die Universität Tübingen nicht mehr betreten. Sein Tod im März 1941 bewahrte ihn vor der Deportation. Dagegen sind alle seine Kinder in der Deportation umgekommen.

Die Tochter Elfriede Spiro, die mit dem Vater zusammen in Tübingen wohnte, gelangte mit dem bekannten Transport vom 22. August 1942 nach Theresienstadt, von wo sie 1943 weiter nach Auschwitz deportiert wurde. Die beiden Söhne, Hans und Edwin Spiro, die beide in Mischehen lebten, wurden aus nicht näher bekannten Gründen 1942 verhaftet und kamen nach kurzem Gefängnisaufenthalt in das KZ Welzheim, in das bekanntlich auch der Lehrer Moritz Warscher zeitweilig verschleppt wurde. Von dort wurden die Brüder Spiro 1943 nach

Auschwitz deportiert. Die Gmünder Schriftstellerin Lucie Stütz hat den Spiro-Kindern, insbesondere der Tochter Elfriede, in ihrer Erzählung „Nora" ein literarisches Denkmal gesetzt.

Von dem Fabrikanten Hugo Jontofsohn war ebenfalls schon die Rede. Er war nach seinem geschäftlichen Mißerfolg in Gmünd nach Heidenheim gezogen. Von dort kam er mit dem Transport am 22.8.1942 nach Theresienstadt und wurde, wie Selma Kahn, bereits am 29.9.1942 weiter nach Maly Trostinec verschleppt, wo er umgekommen ist. Sein Sohn Hans, 1911 in Gmünd geboren, wurde bereits am 1.12.1941 nach Riga deportiert und fand dort den Tod.

Von Frau Irma Bahl geb. Gutter, geboren am 9. Mai 1888 in Krakau, konnte ich nichts Näheres in Erfahrung bringen, auch nicht, wo sie in Gmünd gelebt hat. Sie ist am 8. November 1939 von Konstanz nach Schwäbisch Gmünd zugezogen und ist am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert worden; sie gilt seitdem als verschollen.

## Liste der deportierten Juden aus Schwäbisch Gmünd

enthalten sind alle Deportierten, die 1933 in Gmünd gelebt haben, bzw. nach 1933 nach Schwäbisch Gmünd zugezogen sind

| Name, Vorname | Zwischenaufenthalte | Schicksale in der Deportation |
|---|---|---|
| Bahl Irma geb. Gutter geb. 5.9.1888 Krakau | 1939 v. Konstanz nach Schwäb. Gmünd, Aufenthalt hier ungewiß | 2.3.1943 Auschwitz, verschollen |
| Einstein Karola | 1935 nach Nürnberg | 10.9.1942 Theresienstadt, verschollen |
| Fuchs Ella | | 26.4.1942 Izbika, verschollen |
| Fuchs Arthur | 1940 Heilanstalt Heggbach, 18.6.41 Berlin-Weißensee, später in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn | 15.6.42 nach unbekanntem Ort abtransportiert, verschollen |
| Heimann Fanny | 14.5.1942 nach Eschenau Krs. Heilbronn | 22.8.1942 Theresienstadt, dort gest. 11.9.1942 |

| | | |
|---|---|---|
| Heimann Hermann | | 26.4.1942 Izbika, verschollen |
| Kahn Selma | 1939 nach Bad Cannstatt<br>später nach Dellmensingen | 22.8.1942 Theresienstadt<br>29.9.1942 Maly Trostinec, für tot erklärt |
| Kahn Leopold | 1939 nach Bad Cannstatt | 1.12.1941 Riga, verschollen |
| Laster Dora | 1934 nach München | 3.4.42 nach dem Osten, verschollen |
| Lemberger Kurt | 1942 nach Stuttgart | 13.7.1942 Auschwitz, für tot erklärt |
| Lemberger Heinz | 1940 nach Stuttgart | 13.7.1942 Auschwitz, für tot erklärt |
| Mayer Sofie | 1939 nach Frankfurt (Altersheim) | 18.8.1942 Theresienstadt, dort gestorben 11.9.1942 |
| Mendel Laura | | 1.12.1941 Riga, für tot erklärt |
| Mendel Emma | | 1.12.1941 Riga, für tot erklärt |
| Meth (verw. Cohn) Dorothea | 1933 nach Ulm<br>später nach Heilbronn | 22.8.1942 Theresienstadt<br>19.10.1942 Auschwitz, verschollen |
| Neumaier Max | 1942 nach Buttenhausen | 22.8.1942 Theresienstadt<br>dort gest. 30.1.1944 |
| Neumaier Rosine | 1942 nach Buttenhausen | 22.8.1942 Theresienstadt<br>dort gest. 7.9.1942 |
| Rothschild Carl | 1939 nach Buttenhausen | 22.8.1942 Theresienstadt<br>dort gest. 3.6.1944 |
| Rothschild Nannette | 1939 nach Buttenhausen | 22.8.1942 Theresienstadt<br>1945 in die Schweiz<br>1947 zur Tochter nach Palästina |
| Wallach Louis Philipp | | 22.8.1942 Theresienstadt<br>dort gest. 4.9.1942 |
| Warscher Moriz | 1934 nach Rottweil | 1940 nach Frankreich<br>für tot erklärt |

| | | |
|---|---|---|
| Wochenmark Bella | 1940 nach Stuttgart | 17.4.1943<br>Theresienstadt<br>16.10.1944 Auschwitz<br>für tot erklärt |

**Aus Gmünd stammen, bzw. in Gmünd zeitweise gelebt haben folgende Deportierten**
(Diese Liste ist keineswegs vollständig!)

| Name, Vorname | Aufenthalte vor der Deportation | Schicksale in der Deportation |
|---|---|---|
| Jontofsohn Hugo<br>geb. 9.10.1873 Löbau | 1905–1929 in Gmünd<br>1929 nach Heidenheim | 22.8.1942<br>Theresienstadt<br>29.9.1942<br>Maly Trostinec<br>für tot erklärt |
| Jontofsohn Hans<br>geb. 12.12.1911 Gmünd | 1929 nach Heidenheim | 1.12.1941 Riga,<br>für tot erklärt |
| Spiro Elfriede<br>geb. 21.4.1894<br>Dürkheim | 1929 nach Tübingen | 22.8.1942<br>Theresienstadt<br>23.1.1943 Auschwitz<br>für tot erklärt |
| Spiro Hans<br>geb. 15.7.1898<br>Landau/Pfalz | 1927 nach Tübingen<br>1942 KZ Welzheim | 27.1.1943 Auschwitz<br>dort gest. 19.3.1943 |
| Spiro Edwin<br>geb. 10.5.1903 Gmünd | 1929 nach Stuttgart<br>1942 KZ Welzheim | 2.2.1943 Auschwitz<br>dort gest. 10.3.1943 |
| Reis Sofie<br>geb. Kahn<br>geb. 27.2.1876 Gmünd | Heilbronn,<br>später Haigerloch | 22.8.1942<br>Theresienstadt<br>29.9.1942<br>Maly Trostinec,<br>für tot erklärt |
| Rosenthal Martha<br>geb. 25.2.1896 Gmünd | Stuttgart | 1.12.1941 Riga,<br>verschollen |

| | |
|---|---|
| Insgesamt deportiert wurden von den 1933 in Gmünd lebenden, bzw. zwischen 1933 und 1939 zugezogenen Juden | 22 |
| überlebt hat | 1 |
| umgekommen sind | 21 |
| durch verfolgungsbedingten Freitod umgekommen (Dr. Wochenmark) | 1 |
| **Gesamtzahl der Opfer** | 22 |

An einige jüdische Geschäftsleute, an einen jüdischen Nachbarn oder einen Schulkameraden erinnert sich noch mancher ältere Gmünder. Geblieben sind von ihnen einige Häuser, die sie hier gebaut haben. In den Archiven liegen noch Schriftstücke, die von ihnen handeln. Aber sonst erinnert eigentlich nichts mehr an sie. Unsere Zeit ist über ihre Spuren hinweggegangen. Um diesem Nichtbeachten und Vergessen entgegenzuwirken, hat sich die Kreissparkasse Schwäbisch Gmünd in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister entschlossen, in der Eingangshalle der Kasse eine Inschrift anzubringen, die an die frühere Synagoge erinnert – eine begrüßenswerte Tat.

Die Juden waren einst, so klein ihre Gruppe auch war, ein belebendes Element in unserer Stadt, in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht. Einzelne frühere jüdische Mitbürger sind in den mehr als drei Jahrzehnten, die uns vom Kriegsende trennen, gelegentlich nach Gmünd gekommen, um Erinnerungen auszutauschen, die alte Heimat wieder zu sehen, wohl auch um geschäftliche Beziehungen weiter zu pflegen. Geblieben ist keiner.

## Anmerkungen

Es gelten folgende Abkürzungen:

Grimm = Joachim-Albrecht Grimm, Zur Geschichte der Juden in Schwäbisch Gmünd, Zulassungsarbeit an der Päd. Hochschule Schwäbisch Gmünd, 1963

Sauer = Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, Stuttgart 1969.

Dokumente = Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, zwei Teile, Stuttgart 1966

Gedenkbuch = Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945, ein Gedenkbuch, herausgegeben von der Archivdirektion Stuttgart, Stuttgart 1969

Tänzer = Aron Tänzer, Die Geschichte der Juden in Württemberg, Frankfurt 1937

Für jeden Juden, der im Jahre 1933 in Baden, Württemberg oder Hohenzollern lebte, wurde im Rahmen der amtlichen Dokumentation der Judenschicksale zu Beginn der sechziger Jahre ein Fragebogen in seiner Heimatgemeinde angelegt. Die Fragebogen über die Gmünder Juden wurden vom Stadtarchiv ausgefüllt und befinden sich dort.

Judenausweisungen am Ende des Mittelalters: Grimm S. 8 ff., aus Nördlingen: Hermann Kroner, Die Judengemeinde Wallerstein am Ries, die Muttergemeinde von Pflaumloch, Oberdorf und Aufhausen, in: Gemeindezeitung für die israelitischen Gemeinden Württembergs, 16.4.1927, S. 41 ff., die Judensiedlungen im Gebiet der Grafen von Öttingen: ebendort, Leben in den ländlichen Gemeinden: Ursula Laurentzsch, Zur Geschichte der Judengemeinde Aufhausen bei Bopfingen, Zulassungsarbeit an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd 1978, S. 38 ff.

Die Judengemeinden unter württembergischer Herrschaft: Paul Sauer, Die Juden in Baden, Württemberg und Hohenzollern vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus, Einleitung zu Band I der Dokumente, S. XXX ff., Gesetz von 1828: ebendort S. XXXIV ff., Tänzer, S. 21 ff., Vorsteheramt: Sauer, a. a. O. S. XXXV, Oberkirchenbehörde: Sauer S. XXXVI, Ernst Lämmle, Aus der Geschichte der Gmünder Juden, in: Heimat im Stauferland 2/1965; Emanzipationskommission, Gesetz von 1864: Tänzer S. 94 ff., Sauer S. XXXIX

Anfänge der Gemeinde in Gmünd, die ersten Niederlassungen von Juden: Dr. Josef Wochenmark, 50 Jahre Jüdische Gemeinde Schwäbisch Gmünd, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Israelitischen Gemeinden in Württemberg, 14.9.1937, das damalige Gmünd: Ernst Lämmle, Schwäbisch Gmünd vor 100 Jahren, in: Einhorn, Illustrierte Heimat- und Kulturzeitschrift für Stadt und Kreis Schwäbisch Gmünd, Nr. 110, April 1972, und folgende Nummern.

Die Brüder Heimann: Einträge in Gmünder Adreßbuch 1884, Gutmann und Söhne ebd., Einträge im Handelsregister, Amtsgericht Schwäbisch Gmünd, R. J. Mayer: Eintragung im Handelsregister, E. Lemberger, S. Fuchs und A. Levison: Adreßbuch 1884

Vorgeschichte der Gründung einer eigenen Gemeinde in Gmünd: Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Ordner 405030 „Jüdische Kirche", Akten in der Registratur des Landratsamtes Schwäbisch Gmünd, Büschel 373.00 (früher Altregistratur 5422), Gottesdienst im Hause David Mayer: Wochenmark, a. a. O., private Religionsgenossenschaft: Stadtarchiv, Ordner 405030, Errichtung einer selbständigen Gemeinde in Gmünd: Akten des Landratsamts 373.00, Betsaal in der Schmalzgrube: Stadtarchiv, Ordner 405030, Gemeinderatsprotokoll 16.8.1912 § 902, Anstellung des Lehrers Adler: Stadtarchiv Ordner 405030, jüdische Schüler 1891: Akten des Staatsarchivs Ludwigsburg E 214, Prüfung des Religionsunterrichts von 1886–1897, Fasz. 18, Visitationsbericht Dr. Kroner: ebd, Rabbiner Dr. Kroner: Tänzer S. 48 f., Bildung des Vorsteheramts in Gmünd: Stadtarchiv Ordner 405030, Gemeindepfleger Hermann Gutmann: Akten des Landratsamts 373.00, Vorsteheramt: Tänzer S. 83, Wahlen zum Vorsteheramt: Stadtarchiv Ordner 405030, Religionslehrer Hermann Uhlmann, zugleich Gemeindepfleger: Akten des Landratsamts 373.00

Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, Veränderungen beim Bankhaus Gutmann: Eintragungen im Handelsregister, Ende der Bank: Brief Ernest A. Goodman 3.8 1979, R. J. Mayer: Eintragungen im Handelsregister und im Grundbuchamt Schwäbisch Gmünd, sowie in den Adressbüchern 1894 ff., Aktivitäten von David Mayer: Adressbücher 1894, 1900, 1906, 1914, Gmünder Zeitung: Eintragungen im Handelsregister, Siegfried Gutmann: Mitteilungen an den Verfasser, Adressbuch 1914, Alfred Meth in Gmünd: Adressbücher 1903, 1906, 1909, 1914, Samuel Fuchs: Adressbücher 1884, 1900, 1903, 1914, Kaufhaus Stern: Adressbuch 1914, Herkunft der Familie Heimann: Richard Heimann in Brief v. 8.5.1965, David und Louis Heimann: Adressbücher 1884, 1900, 1909, Rechtsanwalt Heimann: Richard Heimann in Briefen vom 5.3.1967 und vom 30.3.1967, Prof. Spiro: Lilli Zapf, Die Tübinger Juden, S. 60 f.

Die Juden im Ersten Weltkrieg, Centralverein, Zionistische Bewegung: Sauer, Einleitung zu Band I der Dokumente, S. XLVIII, Kriegsteilnehmer unter den württ. Juden: Tänzer S. 115, David-Gutmann-Stiftung: Gemeinderatsprotokoll vom 29.3.1940 § 42

Auf dem Weg zum eigenen Gotteshaus, Bemühungen um einen Raum in der „Alten Kaserne" (Prediger): Stadtarchiv, Ordner 405030, Erwerb der Zweigle'schen Fabrik, Umbau zur Synagoge, Einweihung: mündliche Mitteilung von Max Häcker, Remszeitung 3.5.1926, Gmünder Zeitung 17.5.1926, Remszeitung 17.5.1926; Neuordnung der Religionsgemeinschaft nach dem Ersten Weltkrieg: Tänzer S. 125 ff., Einströmen von Ostjuden Sauer S. 32 ff., Mischehen: Sauer S. 54 f., Bank Gutmann und Naschold: Eintragung im Handelsregister, Käser und Uhlmann: Mitteilungen von Max Häcker und Alfred Uhlmann; Meth, Gamundia-Lichtspiele: Grundbuchamt, Einwohnerbuch 1931

Geschäftliche Niedergänge Jontofsohn u. a.: Eintragungen im Handelsregister, Uhlmann-Leinzell: Remszeitung 40/17.2.1933 ff., Gmünder Zeitung 129/7.6.1933, Remszeitung 159/13.7.1933, Protokoll der Inneren Abteilung des Gemeinderats vom 24.2.1933 § 319, Remszeitung 62/15.3.1934

Juden in Vereinen: Mitteilungen von Gmünder Bürgern

Einstellung der Juden zum Nationalsozialismus: Briefe von Richard Heimann und Bessie Blanks, s. Grimm S. 33 f.

Liste der Gmünder Juden 1933: Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale, Stadtarchiv Ordner 405030, Kartei des Einwohnermeldeamts Schwäbisch Gmünd, Jüdischer Grundbesitz 1933: Eintragungen im Grundbuchamt, Einwohnerbücher 1931, 1935 und 1938

Religiöses Leben und Brauchtum: Briefe von Richard Heimann an den Verf., insbesondere Brief vom 5.3.1967

Die Anfangsjahre des Dritten Reiches, wilde Aktionen der SA in Stuttgart: Remszeitung 59/11.3.1933, Boykott vom 1.4.1933: Remszeitung 78/3.4.1933, Gmünder Zeitung 78/3.4.1933, Remszeitung 80/5.4.1933, Aktionen des Kampfbundes: Ernst Lämmle, Schwäbisch Gmünd in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches", in: Einhorn-Jahrbuch 1975, S. 131, Beteiligung der Juden an den Märkten ebd., S. 132

Heimsuchung der Synagoge 1934: Richard Heimann in Brief vom 30.4.1963 an Grimm, Alfred Uhlmann in Brief vom 20.5.1965 an den Verf., Bessie Blanks in Brief vom 30.6.1966 an den Verf., Albert Deibele in einer Niederschrift für die Ev. Hilfsstelle für Rasseverfolgte in Stuttgart, 1961, und Albert Deibele, Zerstörung der Gmünder Synagoge, Maschinenschrift im Stadtarchiv, ohne Jahresangabe

Nürnberger Gesetze und ihre Auswirkungen, Anträge Sannwald im Gemeinderat: Gemeinderatsprotokoll 12.9.1935 § 543, Erlaß des württ. Innenministeriums Gemeinderatsprotokoll 3.10.1935, Verhalten der Gmünder Bevölkerung: Richard Heimann in Brief vom 30.4.1963 an Grimm, Ende des Kaufhauses Meth: Remszeitung 12/16.1.1936

Auswanderung der Juden: Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale, Stadtarchiv, Aufenthalt von Siegfried Gutmann in Stuttgart: Judenlisten, gefertigt vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart, im Besitz der Jsr. Religionsgemeinschaft Württembergs, Auswanderungsschicksale mitgeteilt von Richard Heimann, Alfred Uhlmann und Liselotte Burin an den Verf., Bewohner des Judenhofs: Ernst Lämmle, Schwäbisch Gmünd in der NS-Zeit, die Jahre 1934–1937, in: Einhorn-Jahrbuch 1977, S. 155, Juden auf Gmünder Märkten: ebd., Siegfried Schlesinger in den „Flammenzeichen": Dokumente I, Nr. 156, Boykott der Firma R. J. Mayer: Mitteilungen an den Verf., Übergang der Gebäude an die Firma Gladitz: Ernst Lämmle in Einhorn-Jahrbuch 1977, S. 154, Einhorn-Jahrbuch 1978, S. 146, Jüdische Gewerbebetriebe 1938 in Schwäbisch Gmünd: Stadtarchiv Ordner 405030, Praxis von Rechtsanwalt Heimann: Richard Heimann in Brief vom 5.3.1967 an den Verf., Vermögensverluste bei der Auswanderung: Sauer S. 125 ff.,

Schicksale der jungen Gmünder Juden: vgl. dazu meine Darstellung in der Beilage der Gmünder Tagespost „Heimat im Stauferland" 3/1967, zu ihrer Situation in der Schule: Bessie Blanks in Brief vom 1.5.1963 an Grimm, Fred Blanks in Brief vom 4.5.1963 an Grimm, Werdegang von Richard Heimann: er selbst in Brief vom 8.5.1965 an den Verf., Ernst Ludwig Heimann: Briefe von Richard Heimann vom 8.5.1965 und vom 5.3.1967 an den Verf., Alfred Daniel Rothschild: Brief von ihm selbst vom 17.4.1979 an den Verf., Max Rothschild: Brief vom 23.1.1979 an den Verf., Aenny Marberg: mündl. Mitteilung an den Verf., Rolf Marberg: Brief von Liselotte Burin, geb. Marberg, vom 5.5.1979 an den Verf., Liselotte Burin: Brief vom 3.2.1970 an den Verf., Kurt und Heinz Lemberger: Ernst Lämmle in: „Heimat im Stauferland" 3/1967, Möglichkeiten der Auswanderung nach USA: Sauer S. 202 ff.

Reichskristallnacht in Schwäbisch Gmünd, Blitzaktion gegen Juden polnischer Herkunft: Sauer S. 251 f. und Dokumente II, S. 7 ff., Vorgänge in Gmünd, Bericht von Frau Drechsel: Grimm S. 45 ff. und gegenüber dem Verf., Ernst Lämmle in: Einhorn-Jahrbuch 1978, S. 154 f., Fehlanzeige des Landratsamts: Akten des Landratsamts 373.00, Verkauf von Bocksgasse 25 an A. Heim: Akten des Landratsamts 373.00

Ende der Gemeinde, Haushaltspläne, Schreiben des Oberrats vom 15.6.1938: Akten des Landratsamts 373.00, Verkauf der Synagoge an die Kreissparkasse: ebd., Einziehung des Hauses Mayer in der Königsturmstraße zugunsten des Reiches: Akten des Finanzamts Schwäbisch Gmünd, Rückerstattungssache G. Mayer: ebd., Julius Mayer: Fragebogen zur Dokumentation, David-Gutmann-Stiftung: Gemeinderatsprotokoll vom 29.3.1940 § 42

Umquartierungen in Gmünd: Ernst Lämmle in: Einhorn-Jahrbuch 1978, S. 155, Anfrage des Oberbürgermeisters: Stadtarchiv, Ordner 405030, Leben im „Lülig-Dorf": Mitteilungen an den Verf., Reichsvereinigung der Juden: Sauer S. 107 f., Madagaskar-Plan: Schwäbische Rundschau 28.2.1939, Sauer S. 269, Lage der Juden nach Ausbruch des Krieges: Sauer S. 107 ff., Einweisung in Landgemeinden: Sauer S. 111

Die erste Deportation: Sauer S. 268 ff., Dokumente Bd. II, S. 232 ff., Hanna Schramm und Barbara Vormeier, Menschen in Gurs, Erinnerungen an ein französisches Internierungslager, Worms 1977, Sicherstellen des Vermögens der Deportierten: Akten des Finanzamts Schwäbisch Gmünd, Kinogebäude Bocksgasse 23: Gemeinderatsprotokoll 27.6.1939 § 168, Akten des Landratsamts 373.00, Alfred Meth nach dem Kriege: Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale, Stadtarchiv, mdl. Mitteilungen von Frau Babette Maier und Fabrikant Eugen Köhler

„Endlösung der Judenfrage", neben dem Völkerkampf der Rassenkampf: Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, S. 104 f., die Vernichtungslager: Sauer S. 283, Haffner S. 172, Wannsee-Konferenz Sauer S. 283 f., Deportation nach Riga: Sauer S. 285 ff., Dokumente Bd. II, S. 269, der Nachlaß der Verschleppten: Akten des Finanzamts Schwäbisch Gmünd, der Transport nach Izbika: Sauer S. 290, Dokumente Bd. II, S. 269, Transport vom 13.7.1942 nach Auschwitz: Sauer S. 291

Das „Altersghetto" Theresienstadt: Sauer S. 292 ff., Dokumente Bd. II, S. 270, Hans Franke, Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn, S. 218, Maly Trostinec: Sauer S. 299, Sonderzug des Roten Kreuzes in die Schweiz: Sauer S. 303, Frau Nannette Rothschild: Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale, Mitteilungen von Frau Helene Löwenstein; Frau Rosa Friedrich: Akten des Landratsamts 373.00, vgl. Sauer S. 306

Einzelschicksale, Dr. Josef Wochenmark: Maria Zelzer, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden, S. 457, Richard Heimann in Brief vom 8.5.1965 an den Verf., Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale; Dr. Ludwig Spiro: Lilli Zapf, Die Tübinger Juden, S. 60 f., Hans und Edwin Spiro: Sauer S. 307, Hugo Jontofsohn, Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale, Hugo und Hans Jontofsohn, Irma Bahl: Einträge im Gedenkbuch

## Quellen- und Literaturverzeichnis

*Literatur für den Bereich Baden-Württemberg*

Als grundlegendes Werk sei genannt die Dokumentation der Archivdirektion Stuttgart mit folgenden Bänden:

Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime, bearbeitet von Paul Sauer, zwei Teile 1966 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 16 und 17)

Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern. Denkmale, Geschichte, Schicksale, bearbeitet von Paul Sauer (Veröffentlichungen Bd. 18)

Sauer Paul, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, 1969 (Veröffentlichungen Bd. 20)

Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945, ein Gedenkbuch, herausgegeben von der Archivdirektion Stuttgart, 1969 (Beiband zu Bd. 20 der Veröffentlichungen)

Franke Hans, Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Vom Mittelalter bis zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen (1050–1945), Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn, Heft 11, 1963

Herrmann Gert-Julius, Jüdische Jugend in der Verfolgung. Eine Studie über das Schicksal jüdischer Jugendlicher aus Württemberg und Hohenzollern, 1967

Jeggle Utz, Judendörfer in Württemberg, 1969

Keil Heinz, Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger von Ulm, 1962

Marx Alfred, Das Schicksal der jüdischen Juristen in Württemberg und Hohenzollern, in: Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg, Jahrgang 1965, Heft 6, 7 und 8

Miller Max, Zur neueren Geschichte der Juden in Württemberg, in: Zeitschrift für Württ. Landesgeschichte Jahrgang XXVI (1967), S. 121 ff.

Stern Bruno, Meine Jugenderinnerungen an eine württembergische Kleinstadt und ihre jüdische Gemeinde, 1968

Zapf Lilli, Die Tübinger Juden, 1974

Zelzer Maria, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden, Sonderband der Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 1964

Deibele Albert, Zur Geschichte der Juden in Gmünd, in: Gmünder Heimatblätter, 10. Jahrgang 1937, Heft 6 und 7 (Kurze Zusammenfassung der an sich spärlichen Nachrichten über die Gmünder Juden in der Reichsstadtzeit mit antisemitischem Begleittext)

Herrmann Klaus-Jürgen, Zur Geschichte der Juden in Schwäbisch Gmünd im Mittelalter, in: Ostalb-Einhorn, Heft 15, September 1977, S. 271 ff.

Grimm Joachim-Albrecht, Zur Geschichte der Juden in Schwäbisch Gmünd. Studie zu einer Dokumentation über den Leidensweg unserer jüdischen Mitbürger, Zulassungsarbeit an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 1963

Kroner Hermann, Die Judengemeinde Wallerstein am Ries, die Muttergemeinde von Pflaumloch, Oberdorf und Aufhausen, in: Gemeindezeitung für die israelitischen Gemeinden Württembergs, 16.4.1927

Kucher Waltraud, Die Geschichte der Oberdorfer Judengemeinde von der Gründung bis zur Emanzipation, Zulassungsarbeit an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 1966

Lämmle Ernst, Schicksale der Gmünder Juden im Dritten Reich, in: Heimat im Stauferland, Beilage zur Gmünder Tagespost, Nr. 3/1964 und 1/1965

–, Aus der Geschichte der Gmünder Juden, drei Teile, in: Heimat im Stauferland Nr. 2, 4 und 5/1965

–, Die Rolle der Juden im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Stadt Schwäbisch Gmünd, vier Teile, in: Heimat im Stauferland Mai und Dezember 1966, April und November 1967

–, Das Schicksal der Juden von Schwäbisch Gmünd, in: Stuttgarter Zeitung 11.6.1966

–, Schwäbisch Gmünd in den Anfangsjahren des Dritten Reiches (1933–1934), in: Einhorn-Jahrbuch 1975, S. 109 ff.

–, Schwäbisch Gmünd in der NS-Zeit. Die Jahre 1934 bis 1937, in: Einhorn-Jahrbuch 1977, S. 136 ff.

–, Schwäbisch Gmünd in der NS-Zeit. Die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg 1937–1939, in: Einhorn-Jahrbuch 1978, S. 128 ff.

Laurentzsch Ursula, Zur Geschichte der Judengemeinde Aufhausen bei Bopfingen, Zulassungsarbeit an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 1978

Wochenmark Josef, 50 Jahre Jüdische Gemeinde Schwäbisch Gmünd, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Israelitischen Gemeinden in Württemberg, 14.9.1937

*Allgemeine Literatur*

Adler H. G., Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, 2. Auflage 1960

Anatomie des SS-Staates, Bd. 2: Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, Helmut Krausnick, Judenverfolgung, 1965

Ball-Kaduri Kurt Jakob, Das Leben der Juden in Deutschland 1933, 1963

Blau Bruno, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, 3. Auflage 1965

Bullock Alan, Hitler, eine Studie über Tyrannei, 7. deutsche Auflage 1960

Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, herausgegeben von Robert Weltsch, 1965

Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13, 1965

Fest Joachim C., Hitler, eine Biographie, München 1978

Haffner Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, 11. Auflage 1978

Poliakov Leon und Wulf Josef, Das Dritte Reich und die Juden, Dokumente und Aufsätze, 1961

Reitlinger Gerald, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, 4. Auflage 1960

Schoenberner Gerhard, Der Gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933–1945, 1960

*Örtliche Quellen*

Auskünfte des Hauptstaatsarchivs Stuttgart aus der Dokumentation der Judenschicksale 1933–1945

Staatsarchiv Ludwigsburg: E 214, Israelitischer Oberkirchenrat, Fasz. 18: Prüfungen des Religionsunterrichts 1890–1896

Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Ordner 405030 in drei Teilen: Jüdische Kirche, Juden A–Z (Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale), Juden – Allgemeines

Gemeinderatsprotokolle 1887 und 1888, Gemeinderatsprotokolle 1919, 1933–1945

Einwohnermeldeamt der Stadt Schwäbisch Gmünd: Alte Kartei

Landratsamt Schwäbisch Gmünd: Aktenbündel 373.00 (früher Altregistratur 5422, bzw. 7613)

Akten des Finanzamts Schwäbisch Gmünd, ohne Signatur

Auskünfte des Grundbuchamts Schwäbisch Gmünd, bzw. des Handelsregisters beim Amtsgericht Schwäbisch Gmünd

Mündliche Auskünfte von Gmünder Bürgern

Adreß-, bzw. Einwohnerbücher von Schwäbisch Gmünd der Jahre 1884, 1894, 1900, 1903, 1906, 1909, 1912, 1914, 1920, 1924, 1927, 1931, 1935, 1938

Remszeitung Jahrgänge 1888, 1890, 1926, 1933–1936

Gmünder Zeitung Jahrgänge 1926 und 1933

Remstalpost Jahrgänge 1934–1936

Schwäbische Rundschau Jahrgänge 1936–1945

## Bildnachweis

Liselotte Burin, Chicago, S. 32 und S. 38,
Frau Bronner, Schwäbisch Gmünd, S. 67,
Ernest A. Goodman, Pittsburgh, S. 12 und S. 24,
Elfriede Grunfeld, St. Petersburg, S. 42 und S. 43,
Richard H. Heimann, Flushing, S. 8, S. 34, S. 69 und S. 75,
Ernst Lämmle, Schwäbisch Gmünd, S. 87,
Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, S. 35 und S. 37.

JGS
DS
135
.G4
G56

Lammle, Ernst.
Die Gmunder Juden
1861-1945

Reference Only
Do Not Remove

Property of
J.G.S.G.W.